

2013

Jahresbericht



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Redaktion Bernd Pieper, Christel Schwiederski,
Jens Martens (Einleitung Eine Welt)
Gestaltung art_work_buero, Köln
Druck Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn
Papier Lenza Top Recycling,
ausgezeichnet mit dem Blauen Engel

Herausgeber **Stiftung Umwelt und Entwicklung
Nordrhein-Westfalen**
Kaiser-Friedrich-Straße 13
53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50
Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

ISSN 2196-9515

INHALT

NATUR UND UMWELT

6

KLIMA UND ENERGIE

16

ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

24

WIRTSCHAFT UND KONSUM

32

EINE WELT

42

MIGRATION UND INTERKULTUR

50

KOMMUNIKATION UND INFRASTRUKTUR

54

FINANZEN | STIFTUNG | MATERIALIEN | PROJEKTE

60

Bildnachweis Abzerit, Etienne Ansotte, Sylvie Bouchard,
Zakir Hossain Chowdhury, Countrypixel,
dpa/picture alliance, Frank Eichinger,
epa european pressphoto agency, Estivillml, Fotolia,
Fotoshiho, Geisler-Fotopress, Tim Glass,
Andreas Haertle, Hufnasi, Italian Navy Press Office,
Kflgalore, Nolte Lourens, Daniel Naupold,
Benjamin Nolte, Achim Pohl, Rees Peter, Rawpixel,
Rene Ruprecht, Philipp Schulze, Martin Schutt,
Dennis Van Tine, Vege, Zophoba

Alle weiteren Bildrechte sind in den
Bildunterschriften genannt oder liegen
bei den jeweiligen Projekten.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,



vor gut einem Jahr, am 24. April 2013, hat uns alle die Nachricht vom Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch erschüttert. Mehr als 1.100 Näherinnen starben in den Trümmern. Sie hinterließen Familien, die auf das Einkommen, so gering es war, angewiesen waren, und von denen viele bis heute täglich um ihre bloße Existenz kämpfen müssen.

Diese Katastrophe war beileibe kein Einzel- und schon gar kein Zufall, sondern die beinahe zwangsläufige Folge untragbarer Arbeitsbedingungen. Bereits im November 2012 waren über 100 Menschen einem Feuer in einer Textilfabrik in Dhaka zum Opfer gefallen, im Oktober 2013 starben dort mindestens zehn Menschen bei einem Brand. Und selbst in der idyllischen Toskana, in Prato, mussten sieben chinesische Arbeiter Ende vergangenen Jahres unsere Gier nach billiger Kleidung mit ihrem Leben bezahlen.

Angesichts des rasanten Tempos, mit dem solche Ereignisse in der Regel aus den Medien – und damit auch aus unserem Gedächtnis – verschwinden, ist es gut, dass so viel über den traurigen Jahrestag von Rana Plaza berichtet wurde. Und wir können feststellen, dass es ein paar Entwicklungen in die richtige Richtung gibt. Die Regierung von Bangladesch hat damit begonnen, die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen zu überprüfen. Immer mehr Auftraggeber verlangen von ihren Lieferanten die Einhaltung von Mindeststandards, die 50 schlimmsten Firmen wurden geschlossen. 150 Unternehmen, darunter 46 aus Deutschland, sind dem Gebäude- und Brandschutzabkommen Accord beigetreten. Und Gerd Müller, Bundesminister für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, will die deutsche Modebranche mit einem neuen Textilsiegel zur Einhaltung elementarer ökologischer und sozialer Kriterien bewegen.

Doch das ist noch längst nicht genug. Von den 30 Millionen Euro, die Bekleidungsfirmen nach dem Unglück als erste Hilfe versprochen, sind bis zum Frühjahr 2014 erst zehn Millionen in den Opferfonds geflossen. Das ist blamabel angesichts der Milliardengewinne in den Kassen der 28 Unternehmen aus Europa und den USA, die im Rana Plaza produzieren ließen. Und beschämend angesichts des Mindestlohns von umgerechnet 53 Euro, den eine qualifizierte Näherin nach einem Monat mit 14-Stunden-Arbeitstagen bekommt.

Ist also die Profitgier der Unternehmen verantwortlich für solche Katastrophen? Sind es wir Verbraucher, die wir nur auf den Preis im Laden, aber nicht auf die Kosten für Menschen und Natur schauen? Oder ist es „die Politik“, die es versäumt, den grundlegenden Widerspruch zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl auszutarieren, jenem zentralen Dilemma unserer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung?

Schuld tragen im Zweifel immer die anderen – ein folgenloser, aber auch verständlicher Reflex, denn unsere extrem ausdifferenzierte und arbeitsteilig organisierte Welt fördert die Sehnsucht nach einfachen Erklärungen. Dabei verlieren wir allerdings den großen Zusammen-

hang aus den Augen, die ökologischen und sozialen Folgen eines auf Eigennutz basierenden ökonomischen Systems. Ein System, das auf Dauer seine – und unsere – Lebensgrundlagen in Frage stellt. Und so ist es im Interesse von uns Kunden, Fragen zu stellen, kritisch eigenes Verhalten zu hinterfragen und so jene Kompetenzen zu entwickeln, die viele der von unserer Stiftung geförderten Organisationen bereits in hohem Maße besitzen.

Kompetenz und Beharrlichkeit – dieser Tugenden bedarf es auch, um die sogenannte Post-2015-Agenda auf einen guten Weg zu bringen. Viele der Millenniumsentwicklungsziele werden auch deshalb verfehlt, weil sie ausschließlich auf die Länder des Südens ausgerichtet waren. Es war ein ermutigendes Signal der Rio+20-Konferenz 2012, dass die daran anschließenden Ziele für nachhaltige Entwicklung für alle Länder gelten sollen und so auch die Industriestaaten in die Pflicht nehmen. Und ebenso ermutigend ist die Beteiligung der internationalen Zivilgesellschaft an der Post-2015-Debatte: Weit mehr als 350 Verbände, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften aus über 70 Ländern haben sich in dem Netzwerk „Beyond 2015“ zusammengeschlossen, um eine global nachhaltige Zukunft mit zu gestalten.

Manchmal stößt aber auch die größte Gestaltungsmotivation und -kompetenz an ihre Grenzen. Dieser Gedanke kommt einem unweigerlich beim Blick auf jene nordafrikanischen Länder, auf Syrien oder auch die Ukraine, wo der Wunsch nach Freiheit, nach einem besseren Leben vorerst in Chaos und Tod mündete. Die Rat- und Hilflosigkeit angesichts der Bilder von Gewalt und Zerstörung teilt die Zivilgesellschaft mit der Politik, und es dürfte eine der großen Herausforderungen für die kommenden Jahre sein, für die aktuellen und kommenden Umbrüche in vielen Ländern tragfähige Konzepte und Perspektiven zu entwickeln.

Einmischung tut not, auch in fremde „innere“ Angelegenheiten – aber welche Angelegenheiten sind in einer globalisierten Welt noch fremd? Wo ist in der Einen Welt „innen“ und wo „außen“? Wir Europäer erfahren gerade, wie mühevoll der Weg des Zusammenwachsens ist – und dass es dazu keine Alternative gibt. Soziale, ökonomische und ökologische Probleme machen nicht an Grenzen Halt, und wir dürfen uns nicht abschotten, sondern müssen gemeinsam eine Gesellschaft entwickeln, die uns und anderen eine nachhaltige Perspektive vermittelt. An einer solchen Perspektive arbeiten auch die fast 90 neuen Projekte, die wir im vergangenen Jahr gefördert haben und die wir Ihnen in diesem Jahresbericht vorstellen.

Ihr Alfred Buß

Vorsitzender des Stiftungsvorstands



Natur und Umwelt

Kennen Sie den Jangtse-Schweinswal? Oder das Weißbartpekari? Nein? Dann sollten Sie sich beeilen, denn aller Wahrscheinlichkeit nach werden sowohl der in China beheimatete Süßwasserwal als auch das in Costa Rica und Mexiko lebende Schwein nicht mehr lange auf dieser Erde anzutreffen sein. Sie gehören zu den 20.934 Arten weltweit, die von der International Union for Conservation of Nature (IUCN) im Juli 2013 als „vom Aussterben bedroht“ eingestuft wurden. Jane Smart, Direktorin der Abteilung Artenvielfalt bei der Weltnaturschutzorganisation, sprach von einem „alarmierenden Gesamtbild“ und einer „Aussterbenskrise“.

Davon sind nach IUCN-Angaben nicht nur Tierarten wie das vom Bürgerkrieg im Kongo akut bedrohte Okapi, das Sumatra-Nashorn, der Netz-Peitschenschwanz-Rochen oder knapp 30 Prozent der von Menschen als Delikatesse geschätzten Süßwassergarnelen betroffen,

sondern auch rund ein Drittel aller Nadelhölzer. Keine gute Nachricht, auch nicht für das Weltklima, schließlich speichern Wälder mit Nadelbäumen, die bis zu 5.000 Jahre alt und über 100 Meter hoch werden können, große Mengen des Treibhausgases CO₂. Insgesamt bewertet die IUCN 41 Prozent der Amphibien, 33 Prozent der Riffe bildenden Korallen, 25 Prozent der Säugetiere, 13 Prozent der Vögel und jede fünfte Pflanzenart als bedroht.

Artenvielfalt: Hohe Dunkelziffer

Niemand weiß genau, wie viele Arten es auf der Erde gibt. Die Schätzungen schwanken zwischen fünf und 100 Millionen, von denen bislang nur etwa zwei Millionen bekannt und wissenschaftlich beschrieben sind. Experten gehen davon aus, dass viele Arten aussterben, ehe sie entdeckt werden. Deshalb ist die Dunkelziffer auch relativ hoch, vermutlich verschwinden jeden Tag zwischen 50 und 100 Tier- und Pflanzenarten von der Erde.

Nach aktuellen Erkenntnissen hat sich die Aussterberate von Arten durch menschliche Einflüsse mittlerweile um den Faktor 1.000 bis 10.000 gegenüber der natürlichen Rate erhöht. Die Gründe dafür sind längst bekannt: Umweltverschmutzung und die Verdrängung heimischer Arten durch aggressive gebietsfremde Pflanzen und Tiere. Bei seltenen Arten – wie dem Nashorn oder dem Schneeleopard – droht auch die direkte Ausrottung durch Jäger, die mit ihrer Beute viel Geld verdienen können. Der mit Abstand wichtigste Faktor jedoch ist der Verlust an Lebensräumen durch wachsende menschliche Ansprüche, wie er in Deutschland vor allem in der Landwirtschaft zu beobachten ist (siehe dazu das Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“).

Das Beispiel Wald

Die 2013 veröffentlichte Studie „Global Forest Change“ hat den Rückgang der globalen Wälder in diesem Jahrhundert mit Hilfe von Satellitenbildern relativ exakt belegt. Zwischen 2000 und 2012 sind demnach rund 1,5 Millionen Quadratkilometer Wald verloren gegangen, insbesondere in den Tropen. Vor allem in Indonesien werden – trotz eines Moratoriums im Jahr 2011 – weiter gewaltige Regenwaldflächen abgeholzt, um Platz für Palmölplantagen zu schaffen.

Die Gier nach Profit bleibt also der größte Feind des Waldes und der gesamten Natur – ungeachtet der langfristigen Folgen, die ein solcher Raubbau auch für den Menschen hat. Nahrung, sauberes Wasser und das Klima hängen von einem gesunden Ökosystem ab. Wird das Ökosystem Wald zerstört, gerät auch die Existenzgrundlage der Weltbevölkerung in Gefahr. Die Maryland-Studie enthält übrigens auch positive Nachrichten: So wird in Brasilien dank intensiver politischer Bemühungen mit jährlich rund 20.000 Quadratkilometern nur noch halb so viel Regenwald abgeholzt wie noch vor zehn Jahren.



Rote Listen

Die internationale Rote Liste wird regelmäßig von der IUCN herausgegeben und gibt Auskunft über den Gefährdungsstatus von derzeit mehr als 70.000 Arten weltweit. Dazu werten Expertengruppen der IUCN nach strengen wissenschaftlichen Kriterien alle relevanten Daten aus. Neben der internationalen Roten Liste der IUCN gibt es auch nationale Rote Listen. In Deutschland existieren sogar eigene Listen der Bundesländer, darüber hinaus wird bei uns auch der Bestand von Biotoptypen und Pflanzengesellschaften erfasst.

➔ Mehr dazu unter www.iucn.org und www.bfn.de/0322_rote_liste.html



Globales Artenschutzabkommen

Das 1975 in Kraft getretene Washingtoner Artenschutzübereinkommen CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna) reguliert den internationalen Handel mit wild lebenden Tier- und Pflanzenarten und ist eines der wichtigsten internationalen Naturschutzabkommen. CITES reglementiert den Handel von rund 35.000 Tier- und Pflanzenarten, die nach unterschiedlichen Schutzkategorien gelistet werden.

Gute Nachrichten aus Bangkok

Auch die 16. Konferenz zum Washingtoner Artenschutz-Übereinkommen (CITES) in Bangkok lieferte einige positive Überraschungen. Für den Weißspitzen-Hochseehai, drei Hammerhai-Arten, den Heringshai und zwei Manta-Arten gibt es künftig strenge internationale Handelskontrollen. Auch der Manati – eine afrikanische Seekuh –, 50 Schildkrötenarten oder der bei europäischen Reptilienfreunden besonders beliebte neuseeländische Grüngiecko dürfen nicht mehr gehandelt werden. Länder wie Vietnam oder Mosambik, denen eine große Rolle beim Schmuggel oder illegalem Verbrauch von Tieren und Tierprodukten zugeschrieben wird, müssen künftig mit Handelssanktionen rechnen. Der Schutz von Eben- und Rosenhölzern sowie Palisander wurde auf der Weltnaturschutzkonferenz ebenfalls deutlich verstärkt.

Trotz dieser selbst für den World Wide Fund for Nature (WWF) „historischen Ergebnisse“ gab es in Bangkok auch einige Verlierer. Dazu gehört der Eisbär, mit dessen Produkten Kanada auch künftig Handel treiben darf. Und ein während der Konferenz vorgestellter Bericht der UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) machte deutlich, dass selbst ein striktes Handelsverbot durch das Washingtoner Artenschutzabkommen nicht immer ausreichenden Schutz bietet: So sind 2011 in Afrika rund 25.000 Elefanten von Wilderern getötet worden. Ähnlich sieht es bei Nashörnern aus, von denen 2013 alleine in Südafrika über 1.000 Tiere gewildert wurden – kein Wunder, wird doch das begehrte Horn dieser Tierart auf dem Schwarzmarkt mit rund 40.000 Euro pro Kilo gehandelt.

Europa: Stagnation und Fortschritte

Die Bestandsaufnahme im Jahr 2010 war verheerend: 25 Prozent der europäischen Tierarten sind vom Aussterben bedroht, nur 17 Prozent der EU-rechtlich geschützten Arten und Lebensräume befinden sich in einem günstigen Erhaltungszustand. Auch die meisten europäischen Ökosysteme müssen als geschädigt betrachtet werden. Um diesen Zustand grundlegend zu verbessern, hat die EU-Kommission im Mai 2011 eine Biodiversitätsstrategie mit sechs Zielen verabschiedet, die bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden soll. Kritiker, insbesondere aus den Umweltverbänden, zweifeln angesichts des bisherigen Umsetzungstempos daran, dass diese Ziele erreicht werden können.

Trotzdem gibt es Fortschritte. Der Naturschutz-Dachverband BirdLife International, die London Zoological Society und das European Bird Census Council belegen in ihrer 2013 vorgelegten Studie „Wildlife Comeback in Europe“, dass sich die Bestände vieler in Europa fast ausgerotteter Tierarten dank intensiver Naturschutzbemühungen wieder erholen – etwa von Alpensteinbock, Goldschakal, Vielfraß oder Sakerfalke. Dazu passt auch eine Meldung der Europäischen Umweltagentur aus dem Januar 2014, nach der die Zahl der Fledermäuse in neun europäischen Staaten von 1993 bis 2011 um mehr als 40 Prozent angestiegen ist. Der wichtigste Grund dafür: Alle europäischen Fledermausarten sind seit 1992 durch EU-Recht geschützt. Experten wie NABU-Präsident Olaf Tschimpke bestätigen, „dass die ab 1979 erlassenen Naturschutzrichtlinien der EU, mit denen sich die Mitgliedstaaten auf Mindeststandards zum Schutz bedrohter Arten und ihrer Lebensräume verpflichtet haben, Wirkung zeigen“. Alleine in Deutschland fußen knapp 80 Prozent der aktuell gültigen Gesetze in diesen Bereichen auf Richtlinien oder Verordnungen der Europäischen Union. Beispiele dafür sind die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie), die Wasserrahmenrichtlinie und die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Die Bedeutung der europäischen Umwelt- und Naturschutzpolitik ist also immens, wird jedoch von vielen weiterhin verkannt.

Deutschland: Kurskorrekturen sind nötig

Große strukturelle Probleme, aber durchaus auch vereinzelte Erfolge: Die Situation in Deutschland ist nahezu ein Spiegelbild der Lage in der EU. So zeichnet die kürzlich vom Bundesumweltministerium herausgegebene Bestandsaufnahme „Die Lage der Natur in Deutschland“ ein eher düsteres Bild. Mit rund 12.000 Stichproben sollte ermittelt werden, wie die europäischen Naturschutzrichtlinien (Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie) bei uns umgesetzt werden.

Dafür wurden 92 verschiedene Lebensräume, 195 EU-weit bedeutsame Tier- und Pflanzenarten sowie 361 Brut- und Zugvogelarten erfasst. Nur bei 25 Prozent der Arten und 28 Prozent der Biotope gilt der Zustand als gut. Vor allem die landwirtschaftlich genutzten Lebensräume befinden sich in einem schlechten Zustand (siehe Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“), was vielen Brutvogelarten, aber auch Schmetterlingen und Amphibien, große Probleme bereitet. Ein besonderes Sorgenkind ist die einzige deutsche Walart, der Schweinswal, der in Nord- und Ostsee zunehmend unter Druck gerät.

Gleichwohl gibt es auch in Deutschland ermutigende Erfolge, etwa bei der Wildkatze oder beim Biber. Von dem lebten Mitte des vorigen Jahrhunderts nur noch wenige Exemplare an der Elbe, heute wird der nationale Bestand auf mehr als 25.000 Tiere geschätzt. Die Zahl der in Deutschland brütenden Kraniche ist von knapp 1.500 Paaren im Jahr 1991 auf gut 7.800 im Jahr 2011 angestiegen – vor allem, weil wichtige Brut- und Rastplätze unter den Schutz des EU-Netzwerks Natura 2000 gestellt wurden. Und die aus Polen zugewanderten Wölfe erobern sich immer weitere Lebensräume bis in den Westen der Republik.

Dennoch ist sich die neue Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sicher: „Wenn wir gefährdete Tiere und Pflanzen in Deutschland erhalten wollen, brauchen wir eine Kurskorrektur in mehreren Bereichen.“ Vor allem in der Energiepolitik, in der Landwirtschaft und beim Hochwasserschutz müssten die Weichen neu gestellt werden. Bei letzterem gibt es Hoffnung: Die Große Koalition in Berlin will ein „Bundesprogramm Blaues Band“ auflegen. Es soll vor allem durch natürliche Überflutungsräume den Hochwasserschutz verbessern, wird so aber auch die Vielfalt an Lebensräumen und Arten in Fließgewässern und Auen steigern.

Ob die Probleme in der Landwirtschaft und der Energiepolitik ebenfalls angegangen werden, ist angesichts der aktuellen Entscheidungen zweifelhaft (siehe die Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“ sowie „Klima und Energie“). Vor allem die Umweltverbände vermisen eine klare Strategie für mehr Nachhaltigkeit, die umweltschädliche Subventionen für Landwirtschaft, Energie oder Verkehr reduziert und neue Impulse setzt.

Nordrhein-Westfalen: Ziele noch in weiter Ferne

Zu Beginn des Jahres 2014 haben BUND und NABU eine vergleichende Länderanalyse über den Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland veröffentlicht. Das traurige Ergebnis: In keinem Bundesland werden Tiere, Pflanzen und Lebensräume so geschützt, dass der Verlust der Artenvielfalt in Deutschland bis 2020 gestoppt und Lebensräume für gefährdete Arten wieder hergestellt werden können. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Das Land hat zwar den Flächenanteil der Naturschutzgebiete ausgeweitet, bleibt aber bei anderen Punkten weit hinter den durch die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt gesteckten naturschutzpolitischen Zielen zurück. Das betrifft vor allem den Schutz des Grünlandes, die Einrichtung neuer, streng geschützter Wildnisgebiete und die Förderung des Ökolandbaus.

Das größte Sorgenkind des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen bleibt die zunehmend intensive Landwirtschaft. Doch auch die Situation des Waldes hat sich wieder verschlechtert, wie der Waldzustandsbericht 2013 belegt. Waren bei der ersten Erhebung 1984 noch 59 Prozent der Bäume ohne Schäden und lediglich zehn Prozent in der höchsten Schadensklasse, liegt der Anteil heute bei nur noch 27 Prozent Bäumen ohne Schäden – „diese Werte sind besorgniserregend“, so NRW-Umweltminister Johannes Rammel. Die trockenen Sommer der letzten Jahre machten vor allem der Fichte mit ihrer flachen Wurzel schwer zu schaffen. Doch nicht nur die klimatischen Veränderungen, auch steigende Holzpreise und der hohe Bedarf an Energieholz verstärken den Druck auf die heimischen Wälder.

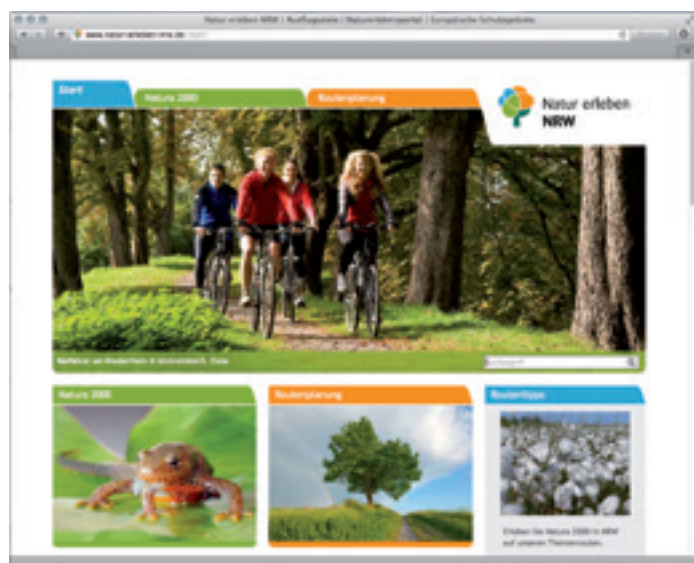
Beim Gewässerschutz muss sich das Land ebenfalls sputen, um die selbst gesteckten Ziele und europäischen Vorgaben zu erreichen. Danach müssen die Gewässer so verbessert und geschützt werden, dass bis 2015 natürliche Trinkwasserquellen nicht mehr aufwendig gereinigt werden müssen, schädliche Hochwasser weitgehend ausbleiben und bedrohte Flusslandschaften und Tierarten wie der Eisvogel sich erholen. Davon ist das Land nach Ansicht der Umwelt- und Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU noch weit entfernt. Über 80 Prozent der Flüsse und Seen sowie 40 Prozent der Grundwasserkörper seien in einem besorgniserregenden Zustand, so die drei Landesverbände in ihrer Analyse. Verantwortlich dafür seien insbesondere Einträge aus der Landwirtschaft sowie die fehlende Ausweisung von Auen und Gewässerschutzstreifen.



Erfolgreiches Engagement

Bei allen Problemen gibt es auch in NRW Entwicklungen, die Mut machen. Dazu gehört die Bestandsentwicklung des Wanderfalken, eine echte Erfolgsgeschichte des Naturschutzes. In den frühen 1970er Jahren galt die Art in Nordrhein-Westfalen als ausgestorben. Dank des Verbotes von Pestiziden und anderen Umweltgiften, vor allem aber durch das unermüdliche Engagement vieler ehrenamtlicher Naturschützer, erreichte die Wanderfalkenpopulation in NRW 2013 mit 189 Brutpaaren und 339 ausgeflogenen Jungfalken einen vorläufigen Höchststand.

Unsere Stiftung fördert viele Projekte, die sich dem Engagement für Natur und Umwelt verschrieben haben. Dabei erstaunt uns immer wieder die Fülle der Angebote und Ideen, mit denen insbesondere junge Menschen angesprochen und begeistert werden. Die folgenden Projektbeschreibungen liefern dafür zahlreiche überzeugende Beispiele. Und wer auf eigene Faust entdecken möchte, warum sich der Einsatz für eine vielfältige und intakte Natur lohnt, für den gibt es seit Beginn des Jahres 2014 einen besonderen Service: Mit Hilfe des Internetportals www.natur-erleben-nrw.de können sich Naturfreunde selbstständig Fahrradrouten zwischen 200 ausgewählten Gebieten des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 in Nordrhein-Westfalen erstellen.



Projekte Natur und Umwelt

Blühende (Stadt-)Landschaften

Stadt und Natur sind schon längst keine Gegensätze mehr. Tierarten wie Fuchs oder Krähe haben das süße urbane Leben für sich entdeckt, und viele Pflanzen erobern sich in erstaunlichem Tempo Brachflächen. Aber natürlich kann es nicht schaden, ab und zu ein wenig nachzuhelfen. Dieses Ziel verfolgt der Verein **Ravensberger LichtLandschaften** mit seinem **Blüten-Netzwerk für den Bielefelder Norden**. Gemeinsam mit Anwohnern, Initiativen und Bildungsträgern werden Vielfalt und Anzahl blütenreicher Flächen im städtischen Raum gesteigert. So entstand zum Beispiel ein Blühstreifen mit Sommerblumen, der für eine bunte Kunst-Installation genutzt wurde. Kindergartenkinder säten Wildblumen, die Schmetterlinge und Wildbienen anziehen und in Verbindung mit einem Insektenhotel Naturkundeunterricht für die Kleinsten ermöglichen. Oberstufenschüler untersuchten eine Streuobstwiese unter botanischen und faunistischen Kriterien. Anschließend pflanzten sie weitere Obstbäume, um die Insektenvielfalt zu fördern. Informationsveranstaltungen und -tafeln sollen die Öffentlichkeit für die Veränderungen in ihrer Umgebung sensibilisieren. Die Stiftung fördert das Blüten-Netzwerk mit 39.515 Euro.



Neue Blühstreifen durch das Blüten-Netzwerk für den Bielefelder Norden (Foto: H. Jung)



Exkursion am Köln-Mülheimer Rheinufer (Foto: BUND Köln/G. Falk)



Leckere Vielfalt: Äpfel auf Streuobstwiesen (Foto: E. Neugebohrn)

Artenparadies Streuobstwiese

Unter dem Titel **Natur in graue Zonen** hat der **Wissenschaftsladen Bonn** eine Kampagne zur Entsiegelung und naturnahen Neugestaltung innerstädtischer Gewerbeflächen gestartet. In Duisburg, Erfurt und Wiesloch sind Bürger, Unternehmen und deren Mitarbeiter dazu aufgerufen, den Lebensraum für Tiere und Pflanzen innerhalb der Städte zu verbessern und damit sowohl die biologische Vielfalt als auch die Lebensqualität für die Menschen zu erhöhen. In jeder der drei Städte können sich zehn Unternehmen von einem Landschaftsplaner beraten lassen und die Planungen ohne eigenen Kostenaufwand umsetzen. Sie müssen nur die Entsiegelung übernehmen. Interessierte Bürger erhalten in Workshops Grundlagenkenntnisse zur naturnahen Begrünung und Pflege und übernehmen Pflanzaktionen in Gewerbegebieten. Die dauerhafte Pflege der Beete soll über Patenschaften gesichert werden. Die Erfahrungen des Projekts werden so aufgearbeitet, dass die Idee in anderen Kommunen übernommen werden kann. Die Stiftung unterstützt die NRW-Aktivitäten des Projekts mit 60.000 Euro.

Der **BUND** setzt mit seinem Projekt **Köln kartiert** auf Wissenschaft „von unten“, die sogenannte citizen science. Fachleute geben ihr Wissen in Praxiskursen und Exkursionen an interessierte Menschen weiter und multiplizieren so die Möglichkeiten, Pflanzenvielfalt erfassen und für ihren Schutz eintreten zu können. Langfristig soll für die größte Stadt Nordrhein-Westfalens erstmals ein Pflanzenatlas erstellt werden. Die Stiftung fördert das Projekt mit 35.900 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.ravensberger-lichtlandschaften.de, www.natur-in-graue-zonen.de, www.köln-kartiert.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3495, U-3501 und U-3513

Streuobstwiesen, bei denen hochstämmige Obstbäume auf Wiesen oder Weiden stehen, gehören zu den artenreichsten Lebensräumen in Mitteleuropa. Rund 3.000 Obstsorten wachsen hier, und mehr als 5.000 Tier- und Pflanzenarten nutzen Streuobstwiesen als Lebensraum. Zu wenige Menschen wissen das, und deshalb hat die **Biologische Station im Kreis Euskirchen** eine **Qualifizierungsinitiative mit dem Schwerpunkt Streuobstpädagogik** gestartet. Dabei werden zunächst Konzepte für Bildungsveranstaltungen und Schulungsmaterial für die Ausbildung von zertifizierten Streuobstpädagogen erstellt. Ihren ersten Einsatz haben die Schulungsteilnehmer bei der Landesgartenschau 2014 in Zülpich: In rund 100 Bildungsveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene erproben sie ihre Konzepte. Nach Abschluss der Gartenschau führen die Streuobstpädagogen eigenständig weitere Veranstaltungen an Schulen, Kindergärten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung durch. Die Ergebnisse des von der Stiftung mit 84.900 Euro geförderten Projekts werden in einer Dokumentation zusammengefasst und veröffentlicht.

Ganz praktisch geht der **Heimatverein Keppeln** das Thema Streuobst an. Er hat einen **Obstschüttler plus Zubehör** und einen Obstigel zum Aufsammeln der Äpfel angeschafft. Die von unserer Stiftung mit 2.500 Euro kofinanzierten neuen Geräte werden in der Umweltbildung eingesetzt sowie an interessierte Privatleute und Institutionen verliehen.

➔ Weitere Informationen unter www.biostationeuskirchen.de, www.keppeln.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3535 und U-3538



Junge Medienexperten für biologische Vielfalt (Foto: OroVerde)

Lernziel Biodiversität

Biodiversität – viele Menschen verbinden mit diesem Begriff tropische „hot spots“ der Artenvielfalt. Dass auch die biologische Vielfalt bei uns ein wichtiges Thema ist, muss vielen erst vermittelt werden. An Jugendliche richtet sich das Projekt **Big FIVE – eine Wissensjagd zur Biodiversität** der **Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW**. In Zeiten der Großwildjagd in Afrika stand Big Five für die Tierarten Elefant, Nashorn, Büffel, Löwe und Leopard – die Big Five in NRW könnten Feldhamster, Grauspecht, Kreuzotter, Laubfrosch und Warzenbeißer sein. Am Beispiel von fünf repräsentativen heimischen Tierarten werden an 25 „Big FIVE-BioDIVEtagen!“ in Schulen und Jugendgruppen Informationen zu Lebensräumen und der Gefährdung von Arten vermittelt. Dabei werden die Jugendlichen angeleitet, ein fiktives Schutzkonzept für die fünf Arten zu entwerfen. Anschließend diskutieren sie die Ergebnisse mit lokalen Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Naturschutzverbänden. Für die Jugendlichen ist dies eine gute Möglichkeit, etwas über Konflikte und Interessenabwägungen bei der Umsetzung von Biodiversitätszielen vor Ort zu erfahren. Die Schutzkonzepte der Jugendlichen und weitere Artensteckbriefe aus unterschiedlichen Tierklassen werden auf einer Website fortlaufend veröffentlicht. Unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit 80.072 Euro.

An Schüler und Studierende richtet sich der Wettbewerb **Green Movie. Green Media**, mit dem die Tropenwaldstiftung **OroVerde** das Thema Biologische Vielfalt möglichst vielen Menschen nahebringen möchte. Die Teilnehmer des von Wissenschaftlern begleiteten Bildungsprojekts entwickeln Filme, Plakate oder andere Medien, die dazu motivieren sollen, sich für den Erhalt der biologischen Vielfalt einzusetzen. Materialien, Tipps sowie zahlreiche Informationen auf der Website von OroVerde unterstützen die jungen Medienmacher bei ihrer Arbeit. An mehreren Schulen im Raum Köln/Bonn werden Praxisprojekte durchgeführt, bei denen die Schüler mit professioneller Betreuung Filmclips entwickeln, drehen und schneiden. Die Stiftung fördert Green Movie. Green Media mit 105.388 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.lag21.de, www.oroverde.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3496 und Z-5235

Mehr Grün an Schulen und Kitas

Anschaulicher als jede theoretische Umweltbildung sind – gerade bei jungen Menschen – positive praktische Erfahrungen, am besten in einer vertrauten Umgebung. **Kindern naturnahes Lernen im lokalen Umfeld ermöglichen**, das hat sich der Förderverein **Wasser und Naturschutz Arche Noah** in Menden zum Ziel gesetzt. Mitarbeitende von Schulen und Kindergärten erhalten Anregungen, wie sie ihr Umfeld – einen kleinen Wald, einen Bach oder eine Wiese – als lokalen Lernort nutzen können. Für die jeweiligen Gegebenheiten wurden Unterrichtskonzepte und -materialien erarbeitet und den Lehrern und Erziehern in Fortbildungen vermittelt. Die Konzepte und Materialien werden in einer Broschüre zusammengefasst. Bei einigen Bildungseinrichtungen wird – ohne großen finanziellen Aufwand – das Umfeld umgestaltet, z. B. durch Anpflanzungen oder den Bau von Insektenhotels und Nistkästen. Diese Arbeiten werden gemeinsam mit den Kindern geleistet. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 25.000 Euro.

Ein **Kompetenznetzwerk Schule als Garten** baut der **BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen** mit Kölner Schulen auf, um diese bei der Einrichtung und Umgestaltung von Schulgärten und Schulfreiflächen zu unterstützen, u. a. in dem komplizierten Planungs- und Genehmigungsprozess. Zum Projektangebot gehören, neben individueller Beratung, auch Workshops, Vorträge und Exkursionen zu Themen wie „Gärtnern im Beton“ oder „Wo die wilden Bienen wohnen“. Informationen und Materialien zur Gestaltung und Pflege von Schulgärten stellt der BUND Köln auf seiner Internetseite zur Verfügung. Außerdem werden an zwei Schulen gemeinsam mit Schülern exemplarisch Schulgärten weiter ausgebaut. An dem von unserer Stiftung mit 43.100 Euro geförderten Kompetenznetzwerk beteiligen sich Akteure aus Schulen, Zivilgesellschaft, städtischer Verwaltung, Politik und Hochschule.

→ Weitere Informationen unter www.arche-menden.de, www.bund-nrw.de, www.bund-koeln.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3502 und U-3505



Begegnung mit einem König der Lüfte: Bei der Landesgartenschau in Zülpich erfahren Kinder Wissenswertes über Greifvögel (Foto: A. Dick)

Lernen in der Natur

Wo könnte nachhaltige Umweltbildung besser stattfinden als in der Natur selbst? Ein herausragendes Beispiel ist das Große Torfmoor, das größte Hochmoor in Nordrhein-Westfalen. Der **NABU Minden-Lübbecke** hat dort vor zwei Jahren das „Moorhus“ errichtet, um seine Umweltbildungsarbeit zu dem Thema **Mensch & Moor** auszubauen. Eine zweijährige Anschubfinanzierung unserer Stiftung in Höhe von 103.000 Euro ermöglicht die Konzeption und Erprobung zielgruppenspezifischer umweltpädagogischer Angebote. So können Schulklassen eine halbtägige „Kleine Moorbekannntschaft“ oder aber eine mehrtägige „Große Moorkunde“ buchen. Vorschulkinder lernen „Moorhexen“ kennen, und Familien können mit den Forscherutensilien aus dem ausleihbaren Familienrucksack Tiere und Pflanzen im Moor erkunden. Öffentliche Bildungsveranstaltungen und Fortbildungen für ehrenamtliche Mitarbeiter sind weitere Angebote des Projekts.

Die **NABU-Kreisgruppe Bonn** entwickelt für die Umgebung ihrer Naturschule Am Kottenforst zielgruppenspezifische Freiland-Unterrichtskonzepte und baut verschiedene Anlagen, etwa Frei-

landterrarien mit Tieren und Pflanzen oder musterhaft ausgebildete Biotoptypen. Mit dem **Outdoor-Unterricht** sollen Artenkenntnisse der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie landschaftsökologische Grundlagen vermittelt werden. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 51.600 Euro.

Bereits auf den letzten Landesgartenschauen hat sich das Konzept des **Grünen Klassenzimmers** bewährt und wird deshalb auch auf der **Landesgartenschau Zülpich 2014** umgesetzt. Spielerisch erkunden Kinder und Jugendliche die Natur. Dabei erkennen sie ökologische Zusammenhänge und beschäftigen sich auch mit Umweltproblemen. Unter dem Motto „Natur und Kultur be-greifen & er-leben“ findet ein Großteil der Kurse zu Themen wie Wasser, Klimawandel, Energie oder Landwirtschaft in den Ausstellungsbereichen der beteiligten Organisationen statt. Für zusätzliche Angebote und schlechtes Wetter wird außerdem ein Pavillon als „Grünes Klassenzimmer“ eingerichtet. Auch in Zülpich soll das von unserer Stiftung mit 115.105 Euro geförderte Grüne Klassenzimmer über die Landesgartenschau hinaus als außerschulischer Lernort dienen.

➔ Weitere Informationen unter www.nabu-minden-luebbecke.de, www.moorhus.eu, www.nabu-bonn.de, www.lagaz2014.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3510, U-3526 und U-3520



Kinder schauen über den Tellerrand hinaus (Foto: OroVerde)

Bildung mit Weitblick

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Menschen in die Lage versetzen, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei zu berücksichtigen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen und ferne Weltregionen auswirkt. Je früher man damit beginnt, umso besser, und deshalb möchten das **Eine Welt Netz NRW** und die **BUNDjugend NRW** unter dem Motto **Einfach ganz ANDERS** BNE stärker an den Ganztagschulen in Nordrhein-Westfalen verankern. Dabei werden außerschulische Bildungsgebote zu den Themen Klima und Konsum, Boden und Ernährung sowie Wasser in die schulische Arbeit integriert. Die Formate reichen von Mini-Aktionstagen über Projektwochen bis zu langfristigen Arbeitsgruppen. In speziell konzipierten Fortbildungen können sich künftige Multiplikatoren für die Arbeit als Honorarkraft an Ganztagschulen qualifizieren. Unter dem Motto „Werde Aktivist“ werden außerdem Trainings für Jugendliche durchgeführt, die gemeinsam mit Jüngeren BNE-Projekte realisieren wollen. Leitfäden, ein Aktionsheft und ein monatlicher Newsletter sind weitere Angebote, um die praktische Arbeit in den Schulen zu erleichtern. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 276.940 Euro.

Im Rahmen der Deutschen Aktionswoche Nachhaltigkeit vom 15. bis zum 21. Juni 2013 hat das **NaturGut Ophoven** an zwölf Schulen in Leverkusen einen **Aktionstag Nachhaltigkeit** durchgeführt. Rund 30 ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende vermittelten Schülern und Lehrern mit verschiedenen Aktionen das Konzept der Nachhaltigkeit. Schüler einer Realschule informierten sich zum Beispiel über die Umweltbelastungen durch Elektroschrott und die katastrophalen Folgen, die der Abbau des für Handys benötigten Rohstoffs Coltan für Menschen und Natur im Kongo hat. Seither sammeln die Schüler alte Handys ein und schenken sie dem Kölner Zoo. Der verkauft sie an einen Recycler und erhält für jedes Handy einen Betrag, der einem Gorilla-Schutzprojekt im Kongo zugutekommt. Unsere Stiftung hat den Aktionstag Nachhaltigkeit mit 2.558 Euro gefördert.

Hinterm Tellerrand beginnt die Welt lautet die Maxime von **OroVerde**. Die Tropenwaldstiftung hat, gemeinsam mit zwei Kindergärten aus dem Raum Köln/Bonn, Praxisprojekte zum Thema Nachhaltige Entwicklung erprobt. Woher kommt der Kakao in unserer Tasse? Woraus wird Papier hergestellt? Was bedeutet der Begriff Vielfalt? Zu diesen und weiteren Fragen wurden nach der Evaluation der Praxisprojekte Materialien erarbeitet, mit denen Kindergärten

die Bildungsprojekte eigenständig durchführen können. Zentraler Bestandteil ist eine Broschüre, die durch Bildmaterial, Bastel- und Malvorlagen, Grafiken, Kochrezepte und Audiodateien – zum Beispiel mit den Geräuschen des Regenwaldes – ergänzt wird. Die Stiftung hat das Projekt mit 31.308 Euro unterstützt.

Ein Thema der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist Generationengerechtigkeit. Die Bildungsorganisation **multilateral academy** (seit 2014 wert-voll gGmbH) entwickelte daher unter dem Motto **Wovon wir leben** ein Konzept, um Kinder und Senioren aus benachteiligten Stadtteilen in Dortmund und Hagen in Umweltbildungsprojekten zusammenzubringen. Es sieht vor, dass Senioren als Mentoren in folgenden drei miteinander verknüpften Bereichen Kindern Kenntnisse vermitteln sollen: „Wald“, „Kulturlandschaft/Landwirtschaft“ sowie „Essen & Trinken“. Unsere Stiftung hat die Konzeptentwicklung mit 4.100 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.einfachganzanders.de, www.naturgut-ophoven.de, www.oroverde.de, www.wert-voll.org sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5239, U-3529, Z-5228 und U-3532



Aktionstag Nachhaltigkeit an zwölf Schulen in Leverkusen (Foto: NaturGut Ophoven)



Ehrenpreis für Gro Harlem Brundtland beim Nachhaltigkeitstag 2013 (Foto: E. Neugebohn)

Die Grundlagen des Lebens

Naturkunde-Museum in Bielefeld modernisiert Ausstellung

Dank der Förderung durch unsere Stiftung konnte 2005 mit der Umgestaltung des **Naturkunde-Museums Bielefeld** (namu) zu einem Lernort für Umwelt und Entwicklung begonnen werden. Die 2007 eröffnete neue Dauerausstellung steht für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit naturkundlichen Phänomenen, die bei den Besuchern gut ankommt. Nun soll auch der „Mineralienkeller“ des namu modernisiert werden, der mit etwa 75 qm mehr als ein Viertel der gesamten Dauerausstellungsfläche ausmacht.

Die neue, als Rundgang angelegte Ausstellung dockt mit ihren acht Stationen thematisch an die Dauerausstellung „Aussterben – Überleben“ an. Sie schlägt einen Bogen von grundlegenden Kenntnissen zur Entstehung geologischer Ressourcen bis zum Eingriff des Menschen in diese Strukturen. Geologische Prozesse werden dabei an Beispielen der Region Teutoburger Wald gespiegelt. Im Mittelpunkt stehen Ressourcenverfügbarkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltvorsorge. Dabei werden, mit Bezug auf die Lebenswelt der Besucher, Chancen und Risiken der Ressourcennutzung erläutert. Ein technisches Highlight der durch einen stilisierten Bergwerkstollen erreichbaren Ausstellung ist die Geo-News-Station, die künftig in Echtzeit über Erdbeben weltweit informieren wird. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 46.000 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.namu-ev.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3509



Zeitgemäße Auseinandersetzung mit naturkundlichen Phänomenen (Foto: namu Bielefeld)

Zivilgesellschaft einbinden

Deutscher Nachhaltigkeitstag 2013

Unsere Stiftung war 2013 institutioneller Partner des 6. Deutschen Nachhaltigkeitstages, der am 21. und 22. November in Düsseldorf stattfand. Die jährliche Veranstaltung richtet sich an Verantwortliche aus Unternehmen und Kommunen sowie an Vertreter von Zivilgesellschaft, Politik, Forschung und Medien. Im Rahmen der Konferenz wurde auch der Deutsche Nachhaltigkeitspreis vergeben, der nach verschiedenen Kategorien vorbildliche Unternehmen und Kommunen auszeichnet. Einen Ehrenpreis erhielt Gro Harlem Brundtland. Die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin war in den 80er-Jahren Vorsitzende der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung.

Zielsetzung unserer Kooperation war eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft. Rund 50 NRO-Vertreter aus NRW beteiligten sich auf unsere Einladung hin an dem Kongress. Sieben Organisationen präsentierten ihre Arbeit auf einem Gemeinschaftsstand. Außerdem veranstaltete unsere Stiftung zwei Foren zur Nachhaltigen Beschaffung und, in Kooperation mit der Agentur Bildung für nachhaltige Entwicklung, zur Klimabildung.

➔ Weitere Informationen zum Nachhaltigkeitspreis unter www.deutscher-nachhaltigkeitspreis.de



Klima und Energie

Politik und Behörden der USA gehören sicher nicht zu den Vorreitern beim Klimaschutz. So ist es ernst zu nehmen, wenn die US-Raumfahrtbehörde NASA und die Klimabehörde NOAA das Jahr 2013 als eines der wärmsten seit Beginn der Messungen ermittelt haben. Ein Grund dafür sei der Anstieg des CO₂-Anteils in der Atmosphäre von 285 „parts per million“ (ppm) im Jahr 1880 auf aktuell 400 ppm. Als für Klima, Natur und Menschen langfristig erträgliche Obergrenze werden 350 ppm angesehen. Das New Yorker Goddard-Institut für Weltraumforschung hat angesichts der Tatsache, dass sämtliche Jahre im 21. Jahrhundert zu den wärmsten überhaupt gehörten, keinen Zweifel an einem anhaltenden globalen Klimawandel.

Betroffen davon sind bereits heute vor allem die Ärmsten. Eine Studie der Münchener Rückversicherung – weltweit einer der führenden Versicherer bei Naturkatastrophen – für die Jahre 1980 bis 2012 hat ergeben, dass 57 Prozent der rund 1.405.000 Todesopfer durch klimabedingte Wetterextreme aus den wirtschaftlich schwächsten Ländern kommen. Nikolaus von Bomhard, Vorstandsvorsitzender der Münchener Rück, hat in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung im Februar 2014 auf die 200 Millionen „klimainduzierten Migranten“ hingewiesen, die nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration 2050 auf der Flucht sein könnten – und noch ein weiteres Problem skizziert: „Wird es zum Beispiel gelingen, die arktischen Regionen gegen menschliche Eingriffe zum Abbau von Rohstoffen konfliktfrei zu schützen, während der Zugriff auf diese Ressourcen mit dem Schmelzen der nordpolaren Eismassen zusehends attraktiver wird?“ Entscheidend sei es, so von Bomhard, dass die internationale Staatengemeinschaft dieses Thema rechtzeitig auf die politische Agenda setze.

Weltklimagipfel: Dürftige Ergebnisse

Einen derartigen Weitblick darf man angesichts der Ergebnisse des Warschauer UN-Klimagipfels im November vergangenen Jahres kaum erwarten. Das schwammige Schlussdokument, in dem der Begriff „Verpflichtungen“ zum Klimaschutz durch das rechtlich weitaus unverbindlichere „Beiträge“ ersetzt wurde, war die Folge eines Streits zwischen Schwellenländern und Industrienationen. Erstere – wie China und Indien – hatten für ihre wachsenden Volkswirtschaften eine Reihe von Sonderregelungen gefordert, was insbesondere von den USA strikt abgelehnt wurde.

Auch die in der Gruppe G-77 organisierten Entwicklungsländer schauten in die Röhre: Nach wie vor ist unklar, wie die auf frühe-

ren Konferenzen zugesagten jährlichen 100 Milliarden US-Dollar für Klimahilfen an arme Länder aufgetrieben werden sollen. Der Wunsch der G-77, in Warschau eine Erhöhung der jährlichen Hilfsgelder auf 70 Milliarden Dollar bis 2016 festzuschreiben, wurde von den Industriestaaten mit der wohlfeilen Zusage einer „kontinuierlichen Steigerung“ gekontert.

Angesichts des Warschauer Minimalkompromisses erscheint es zweifelhaft, dass die 194 Vertragsstaaten 2015 in Paris ein verbindliches und den Herausforderungen angemessenes Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls beschließen werden. Vor allem die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zeigten sich über die schleppenden Verhandlungen und unzureichenden Ergebnisse enttäuscht und zogen die – in der Geschichte der Klimaverhandlungen bislang einmalige – Konsequenz: Viele von ihnen verließen den Warschauer Gipfel am vorletzten Tag unter Protest.

EU sucht ihre Position

Die Europäische Union sieht sich beim Klimaschutz gerne als Avantgarde. Dieser Selbsteinschätzung widersprechen jedoch die Vorschläge der EU-Kommission vom Januar 2014: Bis zum Jahr 2030 sollen die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent sinken, der Anteil erneuerbarer Energien EU-weit auf durchschnittlich 27 Prozent ansteigen. Das ist nicht sonderlich ambitioniert, schließlich hatte die EU 2013 bereits eine CO₂-Reduzierung um 32 Prozent bis 2030 prognostiziert, wenn die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen einfach weitergeführt würden. Bei den Ausbauzielen für die Erneuerbaren hat sich die EU-Kommission von konkreten Quoten für jeden Mitgliedsstaat verabschiedet, ebenso von der 2007 verabschiedeten Klimaschutzformel 20-20-20, nach der EU-weit bis 2020 der CO₂-Ausstoß um 20 Prozent reduziert, der Anteil Erneuerbarer auf 20 Prozent erhöht und die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden sollte.

Die Kommissionsvorschläge bleiben weit hinter den Vorstellungen der Umwelt- und Entwicklungsverbände zurück. BUND, Brot für die Welt, Germanwatch, Greenpeace, Misereor und der WWF haben im Januar 2014 ein Positionspapier zur Energiewende in Europa mit deutlich weitergehenden Zielen veröffentlicht. Dazu gehören eine Minderung der Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990, eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 45 Prozent und eine Senkung des Endenergieverbrauchs um 40 Prozent gegenüber 2005. Unterstützung erhielten die Nichtregie-



rungsorganisationen im Februar 2014 durch das EU-Parlament: Es geht mit seinen klimapolitischen Forderungen klar über die Kommissionspläne hinaus. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen um mindestens 40 Prozent gesenkt, die Energieeffizienz um 40 Prozent gesteigert und der Anteil erneuerbarer Energien auf 30 Prozent erhöht werden. Offenkundig sehen sich die EU-Gremien in einem Dilemma: Sie wollen sowohl Vorreiter beim Klimaschutz als auch ein attraktiver Standort für die Industrie sein.

Einen Ausweg hieraus könnte der Ausbau der „grünen“ Industrie bieten. Umweltfreundliche, energieeffiziente technische Entwicklungen und Produkte können die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Länder stärken und Arbeitsplätze schaffen. Höhere Investitionen in erneuerbare Energien würden zudem die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von teuren Öl- und Gasimporten aus politisch nicht immer stabilen Regionen langfristig reduzieren.

Deutschland kann mehr

Auch die deutsche Energiepolitik verfolgt andere Strategien als die EU-Kommission. Es geht um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Das verpflichtet die Netzbetreiber, Strom aus regenerativen Quellen vorrangig ins Netz einzuspeisen, und sichert deren Erzeugern über 20 Jahre einen festgelegten Vergütungssatz. Die Höhe dieser Einspeisevergütung richtet sich nach der Art der Stromerzeugung, nach dem Standort und der Anlagengröße. Die Differenz zwischen dem am Markt erzielten Strompreis und dem garantierten Vergütungssatz wird über die EEG-Umlage ausgeglichen. 2013 lag sie bei 5,277 Cent pro Kilowattstunde, 2014 beträgt sie 6,24 Cent.

Die EU sieht im EEG zwar eine nicht genehmigte Beihilfe und hat daher ein Verfahren eingeleitet, ist aber mit zentralen Punkten wie

der Einspeisevergütung im Grundsatz einverstanden. Schwere Einwände hat die Kommission allerdings gegen die Privilegien, die energieintensiven Unternehmen in Deutschland eingeräumt werden. So waren Anfang 2014 2.098 Unternehmen von der EEG-Umlage befreit – ein Ärgernis für die Verbraucher, und für die EU ein Verstoß gegen die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Mittlerweile haben sich Bundesregierung und EU auf einen Kompromiss geeinigt. Danach werden künftig nur noch rund 1.600 Betriebe den vollen Rabatt erhalten.

Das EEG ist für die Energiewende in Deutschland von zentraler Bedeutung. Bund und Länder haben sich Anfang April 2014 auf die Eckdaten einer EEG-Reform verständigt, mit der ein weiterer Kostenanstieg reduziert und der künftige Ausbau erneuerbarer Energien strukturierter als bislang umgesetzt werden soll (Details dazu unter www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/eeg-reform). Dass die Deckelung der Ausbauziele – insbesondere bei Windenergie und Biomasse – moderater als vorher angekündigt ausfällt, führen Kritiker vor allem auf die Zugeständnisse an einzelne Bundesländer zurück. Und während das Bundeswirtschaftsministerium hofft, so die Erhöhung der EEG-Umlage bis 2020 auf 0,2 Cent zu begrenzen, geht die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Begutachtung der Energiewende von rund zwei Cent aus.

Über den Erfolg der EEG-Novelle, die im August 2014 in Kraft tritt, lässt sich wohl erst in zwei Jahren urteilen. Eine zentrale Herausforderung der Energiewende wird dadurch allerdings nicht geringer: Der Bau neuer Leitungen, die den Strom von dort, wo er produziert wird, in jene Gegenden transportieren, wo er vor allem benötigt wird. Grundsätzlich sind alle dafür, wollen aber auf keinen Fall neue Leitungen vor der eigenen Haustüre – beziehungsweise im eigenen



Bundesland – haben. Ähnliches gilt für technische Anlagen, wie etwa Pumpspeicherkraftwerke, mit denen überschüssiger Strom für Flauteperioden gespeichert werden kann.

Einige energiepolitische Passagen des Koalitionsvertrages bleiben hinter den Erwartungen vor allem der Umweltverbände zurück. Zwar hält die neue Bundesregierung an dem Ziel fest, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, für die folgenden Jahre wurde aber auf ein konkretes Ziel verzichtet. Der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung – 2013 lag er bei 23,4 Prozent – soll bis 2025 auf maximal 45 Prozent steigen. Das klingt zunächst gut, bedeutet aber lediglich, dass nur die bis 2022 stillzulegenden Atomkraftwerke durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Ein Ersatz der aus fossilen Brennstoffen gewonnenen Energie ist damit noch nicht erreicht.

Die Bürger erwarten mehr: Nach einer Emnid-Umfrage im Februar 2014 fordern 83 Prozent der Deutschen, dass sich Kanzlerin Angela Merkel für ein CO₂-Reduktionsziel von 50 Prozent – auch in der EU – einsetzt. Für spürbare Verbesserungen beim Klimaschutz wäre auch eine Reform des europäischen Emissionshandels notwendig, dieser Aspekt fehlt im Koalitionsvertrag leider gänzlich. Dabei würde eine Verringerung – und damit Verteuerung – der Emissionszertifikate einen deutlichen Anreiz zum Energiesparen setzen. Doch das ist nicht in Sicht, und so wird der Preis für CO₂-Emissionen mit vier Euro (Stand Anfang April 2014) wohl weiter viel zu niedrig bleiben. Vor allem deshalb erlebt die Braunkohle seit Jahren eine Renaissance und lag 2013 im deutschen Energiemix mit einem Anteil von knapp 26 Prozent an der Spitze – kein gutes Signal für entschlossenen Klimaschutz.



Kraft-Wärme-Kopplung

Bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird elektrischer Strom durch einen Verbrennungsmotor, eine Gasturbine oder Brennstoffzellen erzeugt und die dabei entstehende Abwärme gleichzeitig zu Heizzwecken genutzt. Dadurch wird die eingesetzte Primärenergie um bis zu 60 Prozent effizienter eingesetzt als bei der getrennten Erzeugung von Strom und Wärme. Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die sich für den Einsatz von KWK interessieren, erhalten umfangreiche Informationen bei der EnergieAgenturNRW.

NRW zwischen Industriepolitik und Klimaschutz

Die schwarz-roten Pläne zur künftigen Energiepolitik haben heftige Diskussionen in Nordrhein-Westfalen entfacht. Kein Wunder, denn nirgendwo sonst ist die Aufgabe, die Energiewende voranzutreiben und gleichzeitig Arbeitsplätze auch in energieintensiven Wirtschaftssektoren zu erhalten, so anspruchsvoll wie im bevölkerungsreichen Industrieland NRW. So verwundert es auch nicht, dass die Landesregierung für eine Beibehaltung der bisherigen Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage eintritt – auch wenn der frühere Präsident des Umweltbundesamtes und jetzige Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, in unserem Stiftungsrundbrief „Resultate“ betonte: „Nordrhein-Westfalen wird besonders vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren, weil ein großer Teil der industriellen Vorkette gute Perspektiven auch für nordrhein-westfälische Unternehmen bringt.“



Klima-Wandelt

Der globale Klimawandel wirkt sich besonders stark in der arktischen Polarregion aus. Seit mehr als 25 Jahren dokumentiert der isländische Fotograf Ragnar Axelsson die schleichenden Veränderungen der Lebensbedingungen im Norden Grönlands. Einige seiner Bilder sind in der Ausstellung „Klima-Wandelt“ zu sehen, die Michael-Funcke Bartz von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit im Auftrag unserer Stiftung entwickelt hat. Neben Fotos bietet die Ausstellung allgemeine Informationen zum Klimawandel und zu seinen Folgen in verschiedenen Regionen der Welt. Nach ersten Stationen beim NRW-Klimakongress in Wuppertal und im Umweltministerium in Düsseldorf steht „Klima-Wandelt“ jetzt als Wanderausstellung für nordrhein-westfälische Organisationen, Institutionen und Schulen zur Verfügung. Der Verleih ist kostenlos, der Transport muss von den Ausleihern organisiert und finanziert werden.

➔ Weitere Informationen und Abbildungen von Klima-Wandelt gibt es unter www.sue-nrw.de/service/klimawandelt.html

NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) plädierte im Oktober 2013 in der „Wirtschaftswoche“ dafür, angesichts der vielen Probleme das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien erst einmal zu drosseln. Gleichzeitig müssten die Energieversorger finanziell dafür belohnt werden, dass sie für Zeiten ohne ausreichend Wind und Sonne eine konventionelle Reserve bereithielten. Das allerdings wäre eine Subvention klimaschädlicher Kohlekraftwerke und stünde im Widerspruch zum Ziel der Landesregierung, den Anteil der Erneuerbaren in NRW deutlich zu erhöhen. Bis 2025 sollen mehr als 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Auch hat Nordrhein-Westfalen im Januar 2013 als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz mit klaren Zielen zur Emissionsminderung verabschiedet. Der Ausstoß schädlicher Treibhausgase soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 verringert werden.

Eine immense Herausforderung, denn schließlich wird der nordrhein-westfälische Energiesektor immer noch von Braun- und Steinkohle dominiert. 2012 lag der Anteil regenerativer Energiequellen an der Stromerzeugung bei gut neun Prozent und damit noch nicht einmal halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig werden in NRW rund ein Drittel der in Deutschland entstehenden Treibhausgase emittiert, knapp ein Viertel des Stroms für Privathaushalte und 40 Prozent des Industriestroms verbraucht. Doch es gibt – neben dem Klimaschutzgesetz – auch weitere positive Impulse in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Klimaschutz-Start-Programm investiert die Landesregierung mehrere hundert Millionen Euro in eine zukunfts-fähige Energiepolitik. Den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, also der effizienten und klimaschonenden Produktion von Energie und Wärme, fördert das Umweltministerium mit einem 250 Millionen Euro schweren Impulsprogramm.

Mit dem Online-Handbuch „Kommunaler Klimaschutz“ (www.energieagentur.nrw.de) unterstützt die Landesregierung nordrhein-westfälische Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort – und stößt damit offensichtlich auf große Resonanz: Beim diesjährigen European Energy Award wurden 23 NRW-Kommunen für Energiesparen und klimapolitisches Engagement ausgezeichnet – kein Land war bundesweit besser. Außerdem beteiligten sich mehr als 400 Personen aus über 150 Institutionen und Organisationen an der Erarbeitung des NRW-Klimaschutzplanes. Von Dezember 2013 bis März 2014 konnten sich bei öffentlichen Workshops und via Internet alle Interessierten zu den 360 Expertenvorschlägen äußern. Der fertige Plan wird dem Landtag zum Beschluss vorgelegt und zukünftig an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Eine Initiative von Nichtregierungsorganisationen und anderen Institutionen ist der Verein KlimaDiskurs.NRW, dessen Arbeit von unserer Stiftung mit 559.714 Euro gefördert wird. Er bietet Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft eine Plattform für die Diskussion der zentralen Interessenkonflikte. Das starke gesellschaftliche Interesse am Klimaschutz spiegelt sich auch in den von uns geförderten Projekten wider. Dabei geht es um internationale Aspekte ebenso wie um Klimaschutzbildung in NRW. Eine stiftungseigene Aktivität ist die Ausstellung Klima-Wandelt, die wir Institutionen und Organisationen in NRW zur Verfügung stellen.



Projekte Klima und Energie

Atom und Agrosprit – Nein danke!

Tschernobyl 1986 war ein Schock, der viele Menschen zum Engagement in der Anti-AKW-Bewegung motivierte, und die Katastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 hat in Deutschland zum Ausstieg aus der Atomenergie geführt. An diese beiden Ereignisse erinnern die alljährlichen **Europäischen Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima** mit Veranstaltungen und Gesprächen mit Zeitzeugen. Darüber hinaus werden auch die Optionen einer künftigen nachhaltigen Energieversorgung diskutiert. 2013 haben sich vom 20. bis 28. April europaweit 150 Städte daran beteiligt, darunter auch zehn aus Nordrhein-Westfalen. In Deutschland wurden die Aktionswochen vom **Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk** aus Dortmund organisiert. Die Stiftung hat das Projekt in NRW mit 41.546 Euro gefördert.

Als Alternative zur unkontrollierbaren Atomkraft galt einige Jahre eine Energieversorgung aus nachwachsenden Rohstoffen. Mittlerweile hat sich das Bild gewandelt, zu offensichtlich sind die Umweltbelastungen durch Monokulturen oder die Flächenkonkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln. Doch während bei uns die Euphorie längst Ernüchterung gewichen ist, sieht es in den Ländern Lateinamerikas ganz anders aus. Mit dem Projekt **Agrosprit aus Nicaragua und die Folgen** hat das Wuppertaler **Informationsbüro Nicaragua** auf die ökologischen und sozialen Folgen des flächendeckenden Anbaus von Zuckerrohr für die Ethanolproduktion aufmerksam gemacht. Auf mehreren Veranstaltungen und mit einem ausführlichen Dossier wurden sowohl die Probleme als auch mögliche Lösungsansätze vorgestellt. Die Stiftung hat das Projekt mit 21.400 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.ibb-d.de,
www.informationsbuero-nicaragua.org
sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3511 und Z-5234

Kampagnenlogo: Informationsbüro Nicaragua



Weniger Auto – mehr Lebensqualität

Der Verkehrssektor hat einen Anteil von rund 20 Prozent an den CO₂-Emissionen in Deutschland, etwa die Hälfte davon geht auf das Konto von PKWs. Zwar haben technische Innovationen und strengere Grenzwerte dazu geführt, dass der absolute CO₂-Ausstoß trotz erhöhtem Verkehrsaufkommen und immer stärkerer Motoren unter dem Niveau von 1990 liegt, dennoch sind Autos keine nachhaltigen Verkehrsmittel. Dass Klima, Städte und Menschen davon profitieren, wenn weniger Autos fahren, zeigen die zwei folgenden Projekte.

Im Rahmen des europaweiten Aktionstages **In die Stadt ohne mein Auto** wurde am 22. September 2013 in Düren ein wichtiger Knotenpunkt für den Autoverkehr gesperrt. Das **Agendabüro Düren** und weitere Organisationen informierten dort mit Aktionen und Ständen über die Möglichkeiten nachhaltiger Mobilität. Die Stiftung hat den Aktionstag mit 2.475 Euro gefördert.

In Köln-Ehrenfeld organisierten mehr als 100 Gruppen, die sich in der **Bewegung Agora** zusammengeschlossen haben, gemeinsam mit dem Netzwerk **Cultura21** am 15. September 2013 einen autofreien Sonntag, einen Tag des guten Lebens. Den so gewonnenen öffentlichen Raum nutzten rund 80.000 Menschen für Aktionen, Workshops, Aufführungen und viele weitere Veranstaltungen rund um das Thema Nachhaltigkeit. Auch 2014 wird ein **Tag des guten Lebens** stattfinden, und zwar am 21. September in Köln-Sülz. Die Initiatoren wollen darüber hinaus Impulse für eine zukunftsorientierte und partizipative Kommunalpolitik in Köln setzen. Die Stiftung hat das Projekt mit insgesamt 41.215 Euro unterstützt.

→ Weitere Informationen unter www.dueren.de/buergerservice/rathaus/lokale-agenda-21, www.cultura21.de, www.agorakoeln.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3531, U-3497 und U-3534

Klimaschutz im Alltag

Wir verweisen beim Klimaschutz gerne auf „die Politik“ – mit Recht. Aber ebenso wichtig ist die Verantwortung, die jeder Einzelne von uns wahrnehmen kann und sollte. Seit 2009 organisiert das **NaturGut Ophoven** in Leverkusen und Köln Aktionen, Infostände und Veranstaltungen, um die Themen Klimawandel und Klimaanpassung im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern und Anstöße für das eigene Handeln zu geben. Mit dem Projekt **Klimaschutz – Öffentlich verankert!** hat das NaturGut die erfolgreiche Arbeit auch 2013 fortgesetzt. Die Stiftung hat das Projekt mit 99.130 Euro unterstützt.

Eine weitere Aufklärungskampagne für Klima- und Ressourcenschutz widmet sich einem Lieblingshobby der Deutschen, dem Grillen: Wie sich das nachhaltiger gestalten lässt, zeigt die **Evangelische Jugend Bielefeld** mit ihrem Projekt zur **Nutzung von Holzkohle aus Kokosnussschalen**. Die herkömmliche Holzkohle wird sehr oft aus Tropenhölzern hergestellt, deren Abholzung sowohl die biologische Vielfalt als auch das Klima bedroht. Mit einer Ausstellung, Infoständen und Mitmachaktionen machen die Bielefelder auf die umweltfreundliche Alternative aufmerksam. Die Stiftung fördert das Projekt mit 2.599 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.naturgut-ophoven.de, www.evangelische-jugend-bielefeld.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3512 und Z-5243



Rikscha im Kindermuseum mondo mio! (Foto: G. Gerhard)

Klima und Energie für Kids

Klimaschutz ist zu kompliziert für Kinder? Nein. Das beweisen immer mehr Initiativen, die Themen wie Klima und Energie sachkundig und fantasievoll für junge Menschen aufbereiten. So wurde im Dortmunder Kindermuseum **mondo mio!** die Ausstellung **NIJAMBO – Energie für die Zukunft** entwickelt, die sich vor allem mit kreativer Energie beschäftigt – Energie, die nötig sein wird, um Herausforderungen wie Klimawandel oder Ressourcengerechtigkeit zu bewältigen. „Nijambo“ bedeutet auf Suaheli die Fähigkeit, Probleme anzunehmen und kreativ zu lösen. Das spiegelt sich in der Ausstellung in künstlerischen Exponaten wider, die Kinder zum Mitdenken und Mitmachen anregen. Im Zentrum von „Nijambo“ stehen Kinder aus anderen Kulturen, die aus ihrem Leben erzählen, das mit unserem Alltag auf vielfältige Weise verbunden ist. Was etwa hat unser Heißhunger auf Hamburger damit zu tun, dass Miguel in Brasilien mit seiner Familie umziehen muss? Die Stiftung fördert die Ausstellung und ein pädagogisches Begleitprogramm mit 87.000 Euro.



Forschen macht Spaß (Foto: StandOut)

Auch das Projekt **Bergbau-Macht-Theater** nähert sich dem Thema Energie mit kreativen Mitteln. Es beschäftigt sich mit Mosambik, einem der ärmsten Länder der Erde, das zu einem der weltweit führenden Exporteure von Kohle werden will. Der anhaltende Hunger nach dem klimafeindlichen Energieträger, vor allem in den Schwellenländern, ruft global agierende Bergbaugesellschaften auf den Plan, die großen Profit wittern – aber leider auf Kosten der Umwelt und der vor Ort lebenden Menschen, die umgesiedelt und ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Zu dieser Thematik hat der Bielefelder **Koordinierungskreis Mosambik** von Schauspielern und Theaterpädagogen aus Deutschland und Mosambik eine Theaterperformance mit Schülern erarbeiten lassen. Mit den Methoden des „Theaters der Unterdrückten“ wurden der Klimawandel sowie die Auswirkungen des Kohleabbaus für die Bevölkerung in Mosambik dargestellt und auf einer DVD dokumentiert. Die Stiftung hat das Projekt mit 15.300 Euro gefördert.

Ein **Klimacamp für Jugendliche mit und ohne Behinderung** wollte der Essener **Verein Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit** (bezev) organisieren. Leider fanden sich nicht genügend Interessenten, so dass die Veranstaltung abgesagt werden musste.

➔ Weitere Informationen unter www.mondomio.de, www.kkmosambik.de, www.bezev.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5189, Z-5200 und Z-5241



Ernährung und Landwirtschaft

Die Herausforderungen sind immens: Laut einer Prognose der UN wird die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 von heute rund sieben Milliarden auf über neun Milliarden anwachsen. Doch bereits jetzt hungern nach einem Bericht der UN-Food and Agriculture Organization (FAO) vom Oktober 2013 weltweit 842 Millionen Menschen – 98 Prozent davon leben in den sogenannten Entwicklungsländern. Damit bleibt das erste Millenniumsentwicklungsziel – die Zahl der Hungernden bis 2015 gegenüber der Milliarde aus dem Jahr 1990 zu halbieren – in weiter Ferne. Die Gründe dafür sind längst bekannt. So steigen die Lebensmittelpreise durch klimabedingte schlechte Ernten und Lebensmittelspekulation Jahr für Jahr auf neue Rekordhöhen. Ein besonders großes Problem ist das für die Menschen in den ärmsten Ländern, die bis zu 80 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen – in den meisten Industrieländern sind es zwischen zehn und 20 Prozent.

Hunger nach Fleisch

Zudem steigt der weltweite Hunger nach Fleisch, wie der im Januar 2013 von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem BUND und der Zeitung „Le Monde diplomatique“ veröffentlichte „Fleischatlas“ mit einer Fülle an Zahlen und Fakten belegt: 2012 wurden danach mehr als 300 Millionen Tonnen Fleisch produziert, pro Erdenbürger also durchschnittlich 42,5 Kilogramm. Die Deutschen verzehren rund 60 Kilogramm pro Jahr, und in einem durchschnittlichen deutschen Leben kommen vier Rinder, vier Schafe, zwölf Gänse, 37 Enten, 46 Schweine, 46 Puten und 945 Hühner auf den Tisch. Ebenso verständlich wie gefährlich: Die ärmeren Länder holen beim Fleischkonsum auf. Verzehrte laut FAO im Jahr 2006 ein Bewohner eines Entwicklungslandes noch 30,7 Kilo pro Jahr, waren es 2012 schon zwei Kilo mehr – Tendenz steigend, und das in den Regionen der Welt, die das mit Abstand schnellste Bevölkerungswachstum aufweisen.

Die Produktion von Fleisch verschlingt gewaltige Ressourcen. Nach Angaben des United States Department of Agriculture werden rund 35 Prozent der globalen Getreideernte an Nutztiere verfüttert. Für die Herstellung eines Kilogramms Schweinefleisch werden etwa 10.000 Liter Wasser benötigt, bei Rindfleisch sind es sogar rund 15.000. Ähnlich desaströs sieht die Energiebilanz aus: Für die Produktion von einer Kalorie Rindfleisch müssen zehn pflanzliche Kalorien eingesetzt werden.



Investitionen in Hunger?

Agrarland als Geldanlage

Fruchtbares Agrarland wird weltweit immer knapper. Klimawandel, Flächenversiegelung, Bodenerosion, die wachsende Nachfrage nach Agrartreibstoffen und pflanzlichem Ersatz für Plastik, der zunehmende Fleischkonsum sowie der durch das Bevölkerungswachstum steigende Bedarf an Nahrungsmitteln machen Investitionen in wertvollen Ackerboden zu einer zunehmend attraktiven Geldanlage.

Gerade institutionelle Anleger wie Entwicklungsbanken oder Pensionskassen bewerten Geldanlagen in Agrarfonds als eine langfristige und stabile Möglichkeit, ihr Vermögen zu vermehren und die Renten zu sichern. Diese Agrarfonds verdienen allerdings dann besonders gut, wenn kleinbäuerliche Strukturen durch große Unternehmen in eine industrielle, exportorientierte Landwirtschaft umgebaut werden – ein Prozess, der oft mit Menschenrechtsverletzungen und Nahrungsmangel bei der örtlichen Bevölkerung einhergeht.

Wo investieren Pensionskassen und Entwicklungsbanken? Welche Folgen hat der massive Kauf von Ackerland für die örtliche Bevölkerung? Was kann politisch getan werden, um Agrarinvestitionen zu verhindern, die Hunger und Armut vergrößern? Das **FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk Deutschland FIAN** beleuchtet diese und andere Fragen im Rahmen einer Kampagne „Stopp Landgrabbing für Rendite!“. Veranstaltungen, Pressearbeit und verschiedene Materialien, etwa ein Videoclip, sollen die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam machen. Mit institutionellen Anlegern und politischen Entscheidungsträgern wird ein direkter Dialog geführt. Die Stiftung fördert das Projekt mit 58.435 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.fian.de
sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5245

Dürre, Subventionen und Biosprit

Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) hat in seinem Global Food Policy Report 2013 die Defizite beim Kampf gegen den Hunger deutlich formuliert. Danach haben zwar auch die anhaltenden Dürren in den USA, Australien, Russland und der Ukraine zur weltweiten Nahrungsmittelknappheit und damit zu Rekordpreisen bei Mais, Soja und Weizen beigetragen. Doch ein ebenso großes Problem sind die Subventionen, mit denen die USA und Europa ihre Landwirte vor internationaler Konkurrenz schützen und so Bauern aus Entwicklungsländern den Marktzugang erschweren. Der anhaltende Boom von Biosprit aus Nahrungspflanzen in den USA verschärft die Situation noch: So hat sich der Mais-Bedarf der US-Bioethanolproduzenten im Wirtschaftsjahr 2013/2014 nach Angaben des Internationalen Getreiderats gegenüber der Vorsaison um 5,4 Prozent auf 124,5 Millionen Tonnen erhöht.

Die Investitionen in landwirtschaftliche Flächen und Produkte wachsen – doch was zunächst wie eine gute Nachricht klingt, hat auch seine Kehrseite. So kritisieren Nichtregierungsorganisationen wie das Forum Umwelt und Entwicklung, Oxfam und das FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN), dass Saatgut- und Lebensmittelkonzerne in Entwicklungsländern zunehmend die Kontrolle über die Ressourcen übernehmen und mit dem Ausbau der industriellen Landwirtschaft kleinbäuerliche Strukturen zerstören. Eine katastrophale Tendenz, wie u. a. die Studie „Tipping the Balance“ belegt, die Oxfam und das International Institute for Environment and Development (IIED) im Dezember 2012 veröffentlicht haben. Die Untersuchung zeigt, dass gerade die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft die zentrale Maßnahme im Kampf gegen den Hunger ist, da sie die Einkommen der Bauern erhöht und die Versorgung mit Lebensmitteln verbessert.

Positive Signale

Der IFPRI-Report verweist auch auf Entwicklungen, die Mut machen. So wächst die globale Agrarproduktion seit 20 Jahren ununterbrochen, in den meisten Regionen dieser Welt werden bei gleichbleibendem Ressourceneinsatz immer höhere Erträge erzielt. Vor allem Schwellenländer wie China und Brasilien treiben die Erzeugung von Nahrungsmitteln voran. In einem Beitrag für die ZEIT vom 21. Juni 2013 bestätigt IFPRI-Generaldirektor Shenggen Fan die Bedeutung der kleinbäuerlichen Strukturen für Ernährungssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung. Viele Entwicklungsländer seien im Kampf gegen die Armut vor allem deshalb erfolgreich, weil sie besonderen Wert auf die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft legten. Fan nennt unter anderem Äthiopien als Beispiel, wo die Kleinbauern über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte erzeugen und vom Staat bei der Einführung effizienterer Anbaumethoden oder bei der Kreditaufnahme unterstützt werden. Grundsätzlich sieht das IFPRI in dem intelligenten Ausbau der Landwirtschaft eine große Entwicklungschance für den afrikanischen Kontinent, die sowohl ausreichend Nahrung als auch zusätzliche Arbeitsplätze bewirken kann. Europa könne die afrikanischen Länder dabei unterstützen – durch Technologietransfer, in erster Linie aber durch eine Reform seiner eigenen Agrarpolitik, die nach wie vor Landwirten aus Entwicklungsländern den Marktzugang erschwere.

Europa: Reform in der Kritik

Europa soll seine Agrarpolitik reformieren, so die immer wiederkehrende Forderung. Das hat die Europäische Union am 16. Dezember 2013 auch getan, als der Rat der EU-Landwirtschaftsminister nach zweijährigen intensiven Debatten die vier Grundordnungen für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 sowie die Übergangsregeln für das Jahr 2014 verabschiedete. EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos war voll des (Eigen-) Lobes: Diese Beschlüsse seien die „selbstbewusste Antwort der EU auf die Herausforderungen der Ernährungssicherheit, des Klimawandels und des Wachstums und der Beschäftigung in den ländlichen Gebieten. Die GAP wird wesentlich zur Förderung des übergeordneten Ziels eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums beitragen.“

Doch wie sieht die Realität aus? Zunächst einmal geht es um sehr viel Geld und darum, wie es verteilt wird. Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 sind für Agrar- und Fischereiausgaben der EU insgesamt rund 373 Milliarden Euro vorgesehen. Davon sollen etwa 278 Milliarden auf die Unterstützung der Landwirte durch Direktzahlungen (1. Säule) entfallen und 85 Milliarden Euro auf die Förderung der ländlichen Räume (2. Säule).

Das Zwei-Säulen-Modell wird flexibilisiert: So können die Staaten künftig 15 Prozent ihres nationalen Finanzrahmens von einer auf die jeweils andere Säule übertragen. 70 Prozent des für die Direktzahlungen vorgesehenen nationalen Finanzrahmens werden für die flächenabhängige Basisprämie verwendet. Die restlichen 30 Prozent werden an Umweltauflagen gebunden. Was sich zunächst positiv liest, ist bestenfalls ein halbes „Greening“ der EU-Agrarpolitik. Von den ursprünglichen Vorschlägen – u. a. die Koppelung sämtlicher Direktzahlungen an Umweltauflagen und sieben Prozent ökologische Vorrangflächen pro Betrieb – ist nicht mehr viel übrig geblieben. Weiterhin werden 13 Prozent der Betriebe – nämlich die größten – mehr als 85 Prozent der Subventionen einstreichen. Das ist weder ökologisch nachhaltig noch wird es die Chancen der Länder des Südens auf dem Agrar-Weltmarkt verbessern.



EU-Umweltauflagen

Damit Landwirte die an Umweltauflagen gebundene volle Subventionssumme erhalten, müssen sie fünf Prozent ihrer Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche nutzen. Je nach Betriebsgröße müssen zwei bzw. drei verschiedene Feldfrüchte pro Jahr angebaut werden, und das ökologisch wertvolle Dauergrünland muss mindestens auf dem Stand von 2014 erhalten werden. Beim Nichteinhaltung dieser Umweltstandards können die Beihilfen nach einer Übergangszeit um bis zu 37,5 Prozent gekürzt werden.



Energiepflanzen in Deutschland

Nach Angaben des Bauernverbandes ist Raps mit 0,9 Millionen Hektar Anbaufläche die flächenmäßig wichtigste Energie- und Industriepflanze. Mais wurde 2013 zwar auf einer Fläche von 2,5 Millionen Hektar angebaut, doch davon entfielen nur 0,8 Millionen Hektar auf Energiemais. Der weitaus größere Teil wurde als Viehfutter oder Körnermais verwendet.

Deutschland: Artenrückgang auf Agrarflächen

Selbst das Wenige, was nach der GAP-Reform möglich ist, ist in Deutschland umstritten. So können 15 Prozent der Direktzahlungen national ausgestaltet und etwa in gezielte Förderprogramme für den ländlichen Raum umgewandelt werden – Bund und Länder diskutieren über maximal fünf Prozent. Gleichzeitig hat der Bund den Entwurf eines Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes vorgelegt, der Landwirten auch auf den verbliebenen fünf Prozent ökologischer Vorrangflächen den Einsatz von Dünger und Pestiziden erlaubt. Das allerdings wird bislang vom Bundesrat mehrheitlich abgelehnt.

Diese wenig ökologisch ausgerichtete Agrarpolitik geht nicht zuletzt auf Kosten der Biodiversität. Gerade auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen vollzieht sich das Artensterben in Deutschland in großem Tempo. Bei der Vorstellung der Bestandsaufnahme „Die Lage der Natur in Deutschland“ (siehe Kapitel „Natur und Umwelt“) betonte die neue Umweltministerin Barbara Hendricks, „dass uns vor allem die Grünland-Lebensräume wie Weiden und Wiesen Sorgen machen“. Zwischen 2003 und 2012 sind in Deutschland über 250.000 Hektar Grünland verlorengegangen, das entspricht einem Rückgang des Dauergrünland-Anteils um etwa fünf Prozent. Immerhin: Bei der nationalen Umsetzung der GAP-Reform plant die Bundesregierung, das gesamte Dauergrünland in Gebieten des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 mit einem ausnahmslosen Umbruchverbot zu belegen. Flora und Fauna wären dann vor den für sie zerstörerischen Folgen des Pflügens geschützt.



Trendwende bei nachwachsenden Rohstoffen?

Nach den Vorstellungen von Hendricks sollen neue Biogasanlagen künftig nur noch mit Abfall und Reststoffen betrieben werden, um die weitere Ausbreitung artenarmer Mais-Monokulturen zu stoppen. Damit liegt die Ministerin im Trend – nach vier Wachstumsjahren sank 2013 die Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe in Deutschland leicht auf insgesamt 2,4 Millionen Hektar. Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe führt das insbesondere auf Effizienzsteigerungen bei der Biogaserzeugung zurück sowie auf den Umstand, dass bei Biokraftstoffen mehr Altöle und importierte Rohstoffe als heimischer Raps oder Mais verwendet wurden. Nach der Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), mit der unter anderem die kostenintensive Produktion von Biogas eingeschränkt werden soll, dürfte der Boom beim Anbau nachwachsender Rohstoffe in Deutschland seinen Höhepunkt überschritten haben.

Auf leichtem Wachstumskurs befindet sich dagegen der ökologische Landbau. Ende 2012 betrug der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche 6,2 Prozent. Das ist allerdings immer noch weit entfernt vom 20-Prozent-Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Deutschland lag damit leicht über dem EU-Durchschnitt von 5,5 Prozent, jedoch weit hinter den Spitzenreitern Österreich (18,9 Prozent) und Schweden (15,7 Prozent).

Die steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten führte nach Zahlen des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft zu einer Umsatzsteigerung von 1,48 Milliarden Euro im Jahr 1997 auf 6,59 Milliarden Euro im Jahr 2012. Nach einer Studie der Universität Bonn aus dem Jahr 2013 reicht die heimische Produktion dafür bei weitem nicht aus. Daher stammen rund jeder zweite Bioapfel und jede zweite Biomöhre aus dem Ausland – Obst- und Gemüsesorten, die problemlos bei uns produziert werden könnten.

NRW: Grünland unter Druck

2013 wurden in Nordrhein-Westfalen laut Landwirtschaftskammer NRW 1.665.654 Hektar landwirtschaftlich genutzt, das entspricht 48,8 Prozent der gesamten Landesfläche. Der Anteil biologischer Anbauflächen wächst langsam und liegt derzeit bei 4,8 Prozent. Nach Angaben der Arbeitsgruppe BIO NRW, in der ökologische Anbauverbände und die Landwirtschaftskammer NRW vertreten sind, bewirtschaften etwa 1.800 Höfe und Gärtnereien eine Gesamtfläche von 68.000 Hektar ökologisch. Rund 65 Prozent davon sind Grünland. Das ist relativ viel, wegen der geringen absoluten Fläche jedoch deutlich zu wenig angesichts der ökologischen Probleme, unter denen dieser Lebensraum auch in Nordrhein-Westfalen zu leiden hat.

Der anhaltende Verlust von Feuchtwiesen und extensiv genutztem Grünland ist der Hauptgrund für den Rückgang von Wiesenvögeln wie Feldlerche, Uferschnepfe und vor allem Kiebitz. Hier kommt neben dem geringen Flächenanteil noch etwas anderes zum Tragen. Grünland wird inzwischen schon im April gemäht – früher erfolgte die Heuernte erst im Juni, wenn die Brut fast aller Vogelarten abgeschlossen war. Die NRW-Landesregierung hat daher die Landwirte per Erlass dazu verpflichtet, Rücksicht auf Nester und Gelege zu nehmen. Eine Zuwiderhandlung wäre ein Verstoß gegen die sogenannten Cross-Compliance-Vorschriften der EU und könnte zur Rückzahlung der Flächenprämie führen.

Zumindest etwas Platz und Licht: Mastanlage in Sprötze (Foto: P. Schulze)



Klasse statt Masse

Sorgen bereiten Natur- und Verbraucherschützern auch die vielen Anträge für überdimensionierte Tiermastanlagen, vor allem am Niederrhein und im Münsterland. Über 55.000 Puten in einer Anlage oder 1.000 Milchkühe in riesigen Boxenlaufställen mögen zwar das Portemonnaie der Verbraucher schonen, sind aber weder mit den Kriterien des Tierschutzes noch mit denen einer naturnahen Landwirtschaft vereinbar – und mit einem Anspruch an Lebensmittel hoher Qualität wohl auch nicht. Die Klagen gegen neue oder erweiterte Anlagen nehmen zu, und gelegentlich schieben die Richter einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft den Riegel vor – etwa im Juni 2013 im Fall einer Putenmastanlage im Vogelschutzgebiet Unterer Niederrhein.

Rund 400.000 Menschen in NRW arbeiten in den Bereichen Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Ernährungshandwerk. Um Vielfalt und Qualität zu fördern, zeichnet das NRW-Landwirtschaftsministerium seit 2013 solche Bäcker- und Fleischerbetriebe mit dem Preis „Meister.Werk.NRW“ aus, die sich besonders um sorgfältige handwerkliche Produktion, gute Arbeitsbedingungen und Produktqualität verdient machen. Auch unsere Stiftung unterstützt Projekte wie „Essen macht ...“ oder „Regional mit Qualität“, die einen Beitrag zu einer regionalen und hochwertigen Ernährung leisten.

Projekte Ernährung und Landwirtschaft

Gartenkultur

Saatgut ist Kulturgut: So lautete das Motto des ersten **Bonner Saatgutfestivals**, das am 9. März 2013 stattfand. Veranstalter war der **Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt** (VEN) gemeinsam mit der Bürgerinitiative Nutzpflanzengarten Poppelsdorf. Mehr als 600 Gartenfreunde informierten sich über die Eigenschaften seltener Gemüsesorten, kauften Samen und fachsimpelten mit Anbietern und umweltpolitischen Organisationen über die Vielfalt von Nutz- und Wildpflanzen. Ein Rahmenprogramm mit Ausstellungen, Vorträgen und Workshops thematisierte die Auswirkungen von landwirtschaftlicher Vielfalt auf Gesundheit, Klima und Natur. Unsere Stiftung hat das Festival mit 2.400 Euro unterstützt.

Das Interesse am Gärtnern und am Austausch miteinander zu verbinden, war auch das Motiv für die Gründung des Margarethengartens, der sich auf einer Brachfläche mitten in Mönchengladbach befindet. Seit 2012 betreibt der kulturpädagogische Verein **Waldhaus 12** hier einen Gemeinschaftsgarten, der von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Interessen genutzt wird und sich zu einem attraktiven Treffpunkt des Quartiers entwickelt hat. Am 10. und 11. August 2013 wurde hier, unter der Anleitung eines Baubiologen, ein Workshop zum **Bau eines Lehmbackofens** durchgeführt. Diese traditionelle Form des Backens bereichert seither das Angebot im Margarethengarten. Unsere Stiftung hat das Projekt mit 1.475 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.nutzpflanzenvielfalt.de, www.waldhaus12ev.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3506 und U-3536



Wir bauen eine Ernährungspyramide (Foto: ART at WORK)

Bildung rund um den Teller

Woher kommen die gewaltigen Mengen an Obst, Gemüse und Fleisch, die wir täglich verbrauchen, ohne viel darüber nachzudenken? Warum verschwenden wir immer noch so viele Lebensmittel, welchen Einfluss hat die Massentierhaltung auf das Klima, können vegetarische Gerichte wirklich lecker schmecken? Und kann ich mit einer Änderung meines Ernährungsverhaltens tatsächlich etwas bewirken? Mit diesen und anderen Fragen zum Thema Ernährung beschäftigen sich mehrere von unserer Stiftung geförderte Projekte, die sich an Kinder und Jugendliche richten. Die **BUNDjugend NRW** bietet in ihrem Projekt „**Essen macht ...**“ eine Vielzahl von Aktivitäten an – vom Selbstexperiment „Zwei Wochen ohne Fleisch“ über das „Flying Dinner“ und Kochworkshops bis hin zu verschiedenen Straßenaktionen. Auf der Projektwebsite www.essen-macht-mehr.de gibt es zudem eine Reihe von Materialien, Hintergrundinformationen, einen Aktionsblog sowie eine ständig wachsende Rezeptesammlung. Unsere Stiftung fördert das NRW-weite Projekt mit 179.500 Euro.

Einen unkonventionellen Bildungsansatz verfolgt auch der Verein **ART at WORK** mit seinem Projekt **Kokopelli im Glück – Ernährung mal ganz anders**. In 40 eintägigen Schülerworkshops geht es nicht nur um gesunde Ernährung, sondern auch um Hunger und mangelhafte Lebensmittelversorgung in armen Ländern, die Macht von Lebensmittelkonzernen oder den Boom urbaner Gärten. Nach der Theorie am Vormittag und einem ebenso gesunden wie leckeren Mittagessen werden die Erkenntnisse am Nachmittag in einer Straßenaktion an den Mann und die Frau gebracht. Der Name Kokopelli bezieht sich übrigens auf eine mystische, flötenspielende Figur aus dem Südwesten der USA, die als Symbol für gute Laune und Fruchtbarkeit gilt. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 85.160 Euro.

Das **Welthaus Bielefeld** hat bereits 2009 sogenannte **Bildungs-Bags** mit Materialien zu verschiedenen Aspekten des Globalen Lernens entwickelt. Sie enthalten u. a. Filme, Spiele, Puzzles, Fotos oder Aktionsvorschläge. Die inhaltliche Palette der BildungsBags wird jetzt um den Themenkomplex Gesunde Ernährung, Klimaschutz und Entwicklung erweitert. Angesprochen werden sollen vor allem Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren, weil sich in diesem Alter eigene Konsumprofile herausbilden. Damit die BildungsBags weit verbreitet und im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden, bietet das Welthaus in jedem nordrhein-westfälischen Regierungsbezirk Lehrerfortbildungen an. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 45.900 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.essen-macht-mehr.de, www.art-at-work.de, www.welthaus.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3519, Z-5204 und Z-5225



Für eine faire Zukunft

Multimediashow Fair Future II

Multivision – das sind eingängige Texte sowie überraschende Sound- und Bildeffekte, von Pädagogen aufbereitet und mit moderner digitaler Technik auf einer Großleinwand präsentiert. Der Hamburger Verein für Jugend- und Erwachsenenbildung **Die Multivision** hat, basierend auf dem Konzept des ökologischen Fußabdrucks, „Fair Future II“ entwickelt, eine Schau zu den Themen Landnutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ernährung. Sie wird allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen angeboten und hat so das Potenzial, rund 100.000 Schüler zwischen 13 und 18 Jahren zu erreichen. Im Rahmen der Veranstaltung stellen sich auch entwicklungs- oder umweltpolitische Akteure aus der Region vor, damit die Schüler deren Aktivitäten und Angebote kennenlernen.

Um den Schülern Anknüpfungspunkte für eigenes Handeln zu geben, bietet die Multivision zusammen mit dem Eine Welt Netz NRW und der BUNDjugend NRW für mehr als 80 Schulen konkrete Nachfolgeprojekte an – von der Ausstellung „Mahlzeit. 9 Milliarden. Alle satt!“ über GPS-geführte Umwelttouren bis zu Bildungsprojekten mit Eine-Welt-Initiativen. Und unter dem Motto „Das ist meine Welt. Das ist meine Aktion für eine Faire Zukunft.“ steht auf der Projektwebsite ein digitales Storybook zur Verfügung, in dem die durchgeführten Projekte präsentiert werden und so Anstöße für weitere Aktivitäten geben. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 270.000 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.multivision.info, www.fairfuture.net sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5248

Regional mit Qualität

Umweltverträglich, wirtschaftlich, sozial

Regionale Produkte liegen im Trend. So hat das vom Bundeslandwirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Ökobarometer 2013 ergeben, dass 92 Prozent der Verbraucher auf regionale Herkunft ihrer Lebensmittel achten und sogar 72 Prozent bereit sind, dafür einen höheren Preis zu zahlen. Einige Handelsketten und Teile der Lebensmittelindustrie nutzen das positive Image allerdings auch bei der Bezeichnung keineswegs regionaler Produkte, etwa für einen in Bayern hergestellten Joghurt namens „Küstengold“. Der **Bundesverband der Regionalbewegung** möchte mit der Auszeichnung „Regional plus – fair für Mensch und Natur“ nordrhein-westfälische Regionalvermarktungsinitiativen fördern, die sich tatsächlich um nachhaltige Produktionsbedingungen sowie eine artgerechte Tierhaltung und heimische Futtermittel bemühen. Dazu hat der Bundesverband in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dem NABU NRW, dem Bioverband Biokreis und verschiedenen Regionalinitiativen strenge Kriterien erarbeitet.

Das zentrale Ziel des Projekts „Regional mit Qualität – umweltverträglich, wirtschaftlich, sozial“ ist die Vernetzung und Professionalisierung der Regionalvermarktungsinitiativen, Streuobstinitiativen und Erzeugerzusammenschlüsse in Nordrhein-Westfalen. So will man eine umweltverträgliche und regionale Wirtschaftsweise fördern und die Glaubwürdigkeit regionaler Produkte erhöhen. Der Verband hat deshalb zunächst eine Bestandsaufnahme zu Aktivitäten, Zielsetzungen und zum Unterstützungsbedarf der Regionalvermarkter in NRW gemacht. Darauf basierend wird jetzt eine Schulungsreihe mit Fachtagungen, Workshops und Exkursionen angeboten. Die Stiftung fördert das Projekt mit 75.792 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.regionalbewegung.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3504



Wirtschaft und Konsum

Es kommt in letzter Zeit nicht mehr häufig vor, dass die Ergebnisse einer globalen Konferenz – zu welchem Thema auch immer – gefeiert werden. Doch nachdem die 159 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO im Dezember 2013 auf der Insel Bali erstmals seit der WTO-Gründung 1995 eine umfassende Reform zur Liberalisierung des Welthandels beschlossen hatten, herrschte weitgehende Begeisterung. 21 Millionen neue Arbeitsplätze, gewaltige Einsparungen durch den Abbau von Zollschranken und bürokratischen Hürden – der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler zeigte sich überzeugt, „dass von den heutigen Ergebnissen die Bevölkerung in allen Staaten profitieren wird – vor allem auch in den Entwicklungsländern“. Doch was wurde eigentlich vereinbart? Die zehn Einzelvereinbarungen von Bali betreffen vor allem vier Bereiche:

- ➔ Die Zollregelungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr sollen vereinfacht werden.
- ➔ Entwicklungsländer sollen besseren Zugang zu den globalen Wirtschaftsmärkten erhalten.
- ➔ Die Entwicklungshilfe im Bereich des Handels soll verstärkt werden.
- ➔ Agrarsubventionen sollen abgebaut werden.

Einseitige Vorteile

Wie so oft waren es die Vertreter der Zivilgesellschaft, die Wasser in den Champagner gossen und bezweifelten, dass ärmere Länder tatsächlich von dem WTO-Abkommen profitieren werden. Das Netzwerk Attac kritisierte, dass vor den Verhandlungen massiver Druck auf einige Entwicklungsländer ausgeübt worden sei, und wertete den Abbau von Zollschranken als einseitigen Vorteil für die Länder des Nordens. Brot für die Welt bezeichnete die Beschlüsse von Bali als Beleg dafür, dass die WTO der falsche Rahmen sei, um globale Regelungen zur Ernährungssicherheit zu vereinbaren. Außerdem kritisierte die Hilfsorganisation es als schwer nachvollziehbar, dass in Zukunft kein weiteres Land umfassende staatliche Maßnahmen zur Stützung von Kleinbauern und zur Bekämpfung von Hunger ergreifen dürfe – kein weiteres, denn Indien hatte bei den WTO-Verhandlungen mit Unterstützung der in der G33-Gruppe zusammengeschlossenen Entwicklungsländer durchgesetzt, dass es seine heimische Landwirtschaft weiterhin mit staatlichen Käufen zu festgelegten Preisen fördern dürfe, um so die Nahrungsmittelversorgung für große Teile der eigenen Bevölkerung zu sichern. Da andere Länder diese Ausnahmeregelung als marktverzerrende Subvention ansehen, soll bei der nächsten WTO-Konferenz im Jahr 2017 erneut darüber verhandelt werden.

World Trade Organization (WTO)

Die WTO wurde 1995 in Genf als Nachfolgerin des Zoll- und Handelsabkommens GATT („General Agreement on Tariffs and Trade“) gegründet. Damit wurde die internationale Handelszusammenarbeit auf weitere wichtige Bereiche wie Dienstleistungen, Geistiges Eigentum oder Auftragsvergabe ausgedehnt. Selbst formulierte Ziele der WTO sind eine größtmögliche Transparenz der Handelspolitiken seiner Mitglieder, die Vereinbarung, Einhaltung und Überwachung der gemeinsamen multilateralen Handelsregeln sowie die fortwährende Liberalisierung des Welthandels durch die Reduzierung und Abschaffung von Handelshemmnissen. Die WTO verfügt über einen Sanktionsmechanismus, mit dem sie Länder bei Verstößen gegen die Vereinbarungen bestrafen kann.

Im Jahr 2001 wollten die WTO-Mitgliedsstaaten in Doha eine Entwicklungsagenda beschließen und dabei insbesondere die Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigen, die damals immerhin bereits 21 Prozent des weltweiten Exports bestritten. Ein wesentlicher Streitpunkt waren Fragen des weltweiten Agrarhandels. Die Entwicklungsländer forderten einen besseren Weltmarktzugang für ihre Produkte durch Abbau von Importquoten, Zöllen und Subventionen in den Industrieländern. Ein weiterer strittiger Punkt waren Fragen des geistigen Eigentums und des Patentrechts. Bei letzterem waren insbesondere zwei Punkte umstritten. Wie weit soll es den Entwicklungsländern erlaubt sein, dringend benötigte Medikamente selber zu produzieren (Generika) und zu Preisen auf den Markt zu bringen, die ihren Lebensverhältnissen angemessen sind? Und wie weit können Resultate traditionellen Wissens dem Patentschutz internationaler Konzerne unterworfen werden?

Über anderthalb Jahrzehnte sind alle Versuche gescheitert, die Doha-Runde zu einem positiven Abschluss zu bringen. Währenddessen haben viele Staaten bilaterale Abkommen geschlossen, bei denen häufig starke Industrieländer ihre Interessen gegenüber Entwicklungsländern durchsetzen konnten. Die WTO wird insbesondere von zivilgesellschaftlichen Akteuren dafür kritisiert, dass ihre Vereinbarungen vielfach in Widerspruch zur UN-Politik stünden, etwa zur Armutsminderung. Und es wird befürchtet, dass die WTO sich mit ihren Sanktionsmöglichkeiten gegen UN-Vereinbarungen, die ihre Freihandelsziele beschränken, durchsetzen werde, da die UN nicht über Sanktionsmechanismen verfügt.

➔ Weitere Informationen unter www.wto.org



Bilaterale Abkommen

Nicht wenige Beobachter der WTO gehen davon aus, dass ein Scheitern in Bali die Organisation stark beschädigt hätte. So erklären sich wohl auch die Tränen in den Augen von WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo, als er nach Abschluss der Verhandlungen erklärte, zum ersten Mal in ihrer Geschichte hätte die WTO „wirklich geliefert“ – damit waren sowohl die weitere Existenz der WTO als auch sein eigener Job gesichert.

Dennoch – immer mehr wirtschaftspolitische Entscheidungen werden auf bilateraler Ebene getroffen und sind wesentlich konkreter als die WTO-Vereinbarungen. Allerdings spielen dabei oft die ökonomischen Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle, und Entwicklungsländer können sich nur schwer gegen die Interessen der Industriestaaten durchsetzen. Dafür steht sicher auch das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru, dessen Ratifizierung der deutsche Bundesrat am 3. Mai 2013 mit knapper Mehrheit zugestimmt hat.

Zuvor hatten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und kirchliche Gruppen nachdrücklich darauf hingewiesen, dass ein solches Abkommen vor allem den wirtschaftlichen Interessen der EU diene. Europäische Unternehmen erhielten freien Zugang zu den Rohstoffen dieser Länder, gleichzeitig würden die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme durch den Rohstoffabbau weiter zunehmen und die dadurch ausgelösten Konflikte sich verschärfen. Jürgen Maier vom Forum Umwelt & Entwicklung hat das Abkommen in der Ausgabe 2-13 unserer „Resultate“ detailliert kritisiert – und die zivilgesellschaftliche Kampagne dagegen als einen Erfolg gewertet, der neuen Schwung in die Debatte um die internationalen Wirtschaftsstrukturen gebracht habe.

TTIP in der Diskussion

Ebenfalls kontrovers diskutiert wird das geplante Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA. Mit diesem Abkommen sollen einerseits die letzten verbliebenen Zölle zwischen den USA und der EU abgebaut, andererseits einheitliche Normen und Standards für Investitionen, Verbraucherschutz und geistiges Eigentum vereinbart werden.

Umwelt- und Entwicklungsverbände monieren unter anderem die fehlende Transparenz bei den Verhandlungen. Vor allem aber befürchten sie, dass die höheren EU-Standards beim Verbraucher-, Daten-, Gesundheits-, Klima- und Tierschutz nach den Vorstellungen der USA auf deren niedrigeres Niveau abgesenkt werden sollen. Ulrike Herrmann hat diese mit Schlagworten wie „Hormonfleisch“, „Genfood“ oder „Chlorhühnchen“ geführte Debatte in einem Beitrag für die TAZ am 27. Februar 2014 kritisiert und EU-Handelskommissar Karel De Gucht zitiert, der keine europäischen Standards aufgeben wolle, um eine Unterschrift unter das Abkommen zu bekommen.

Herrmann sieht die Gefahr eher darin, dass das TTIP als „living agreement“ gestaltet werden soll. Danach müsse künftig bei jeder neuen Gesetzesinitiative frühzeitig geprüft werden, ob sie einen wesentlichen Einfluss auf den transatlantischen Handel haben könnte. Europäische und amerikanische Unternehmen würden ihre Lobbyarbeit darauf einstellen und massiv an Einfluss gewinnen: „Ob beim Umwelt- oder Verbraucherschutz: Immer müssten die Firmen gefragt werden.“

Deutschland: Eine nachhaltige Exportnation?

Mit einem Exportvolumen von 1,094 Billionen Euro im Jahr 2013 und einem Handelsbilanzüberschuss von fast 199 Milliarden Euro ist Deutschland eines der weltweit stärksten Exportländer. Rund 7,3 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) kommen nach Angaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Export.

Die EU-Kommission stuft Exportüberschüsse von mehr als sechs Prozent als potenziell stabilitätsgefährdend ein. Kritiker wie das US-Finanzministerium machen Deutschland auch für die globale Finanz- und Schuldenkrise mitverantwortlich – schließlich stünden den hohen Exportüberschüssen Defizite in anderen Ländern gegenüber, die ihre Importe über Schulden finanzieren müssten.

Ob man diese Sicht der Dinge nun teilt oder nicht – ohne Frage hat die Exportnation Deutschland ein besonderes Interesse an einem funktionierenden Welthandel. Was sie allerdings nicht daran hindert, im Rahmen der europäischen Agrarpolitik oder bei der sogenannten Energiewende heimische Unternehmen weiterhin massiv zu fördern (siehe dazu die Kapitel „Klima und Energie“ sowie „Ernährung und Landwirtschaft“).

Eine der weltweit führenden Exportnationen ist Deutschland auch im Bereich der Rüstung. Nach einer Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI nahm Deutschland 2013 nach den USA und Russland den dritten Platz ein, bei U-Boot-Exporten ist es sogar führend. Besonders problematisch ist hierbei, dass weiterhin viele Waffen in Krisenländer gelangen oder in Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Bester Kunde der deutschen Rüstungsindustrie ist Saudi-Arabien, das die Rechte von Frauen, Arbeitsmigranten und Oppositionellen mit Füßen tritt.

Als ganz und gar nicht nachhaltig erweist sich Deutschland auch im Bereich der Automobilindustrie. Als im Juni 2013 die irische EU-Ratspräsidentschaft mit dem EU-Parlament nach langem Ringen endlich einen Kompromiss zu strengeren CO₂-Grenzwerten für Neuwagen ausgehandelt hatte, stellte die Bundesregierung sich quer. Der Kompromiss sah vor, das Limit für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen von 2015 bis 2020 von 130 Gramm je Kilometer im Schnitt auf 95 Gramm zu senken. Von deutscher Seite wurde massiv auf einen Aufschub von vier Jahren gedrängt, sonst sei die Belastung für sogenannte Premiumhersteller wie BMW und Mercedes-Benz zu groß.

Im Februar 2014 wurde die neue EU-Regelung verabschiedet: Sie sieht vor, dass im Jahr 2020 95 Prozent aller Neuwagen maximal 95 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen dürfen. Nach 2020 müssen dann alle Neuwagen diesen Grenzwert einhalten. Die Autohersteller können allerdings höhere Emissionen von hubraumstarken Fahrzeugen durch besonders sparsame Fahrzeuge ausgleichen. Mit ihrer Intervention im Sommer 2013 konnte die Bundesregierung letztlich ein Jahr Aufschub erreichen, für eine Autoindustrie, die den Erfordernissen der Zeit hinterher rollt. Auf der anderen Seite der Bilanz steht ein hoher Verlust an Glaubwürdigkeit. „Deutschland predigt Nachhaltigkeit, aber wenn es um die eigenen Interessen geht, bleibt davon wenig übrig“ – das sei der Eindruck in Brüssel, so ein EU-Beamter bei einer Veranstaltung des von unserer Stiftung geförderten Klima-Diskurs NRW.



NRW auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Nachhaltigkeit – als Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft mit ökologischer Verantwortung – zu einem Leitprinzip erklärt und im November 2013 „Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie für NRW“ verabschiedet (siehe Kapitel „Eine Welt“). Ein wichtiger Beitrag zu einem nachhaltig wirtschaftenden Nordrhein-Westfalen ist das 2011 verabschiedete Tariftreue- und Vergabegesetz. Es verpflichtet öffentliche Einrichtungen u. a. dazu, bei ihren Beschaffungen Umweltfreundlichkeit, Energieeffizienz und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu berücksichtigen. Letztere verbieten Zwangsarbeit, besonders brutale Formen der Kinderarbeit, ausbeuterische Arbeitszeiten, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen oder das Verbot von Gewerkschaften.

Das NRW-Gesetz sei ein großer Durchbruch, so empfanden es viele Nichtregierungsorganisationen, die sich lange für entsprechende Regelungen eingesetzt hatten. Enttäuschend war allerdings die Rechtsverordnung (RVO) zur Umsetzung des Gesetzes, die im Juni 2013 in Kraft trat. So reicht es, wenn Unternehmen Eigenerklärungen abgeben, dass sie internationale Arbeitsstandards einhalten. Zudem gilt selbst die theoretische Kontrollpflicht nur für die Bestandteile einer Anschaffung, die mehr als 20 Prozent des Auftragsvolumens ausmachen.

Gegen diese Aufweichung des Gesetzes wehren sich viele NRO. In einer „Synopsis zum Stand der Tariftreue- und Vergabegesetze in den Bundesländern“ fordern das Eine Welt Netz NRW und die Christliche Initiative Romero, „AuftragnehmerInnen anhand von geprüften Siegeln (z. B. Transfair) oder der Mitgliedschaft in einer Multi-Stakeholder-Initiative wie der Fair Wear Foundation (FWF) auszuwählen und sich die RVO aus dem Land Bremen zum Vorbild zu nehmen, in der eine Eigenerklärung nur in begründeten Ausnahmefällen gestattet ist“.

Unsere Stiftung fördert verschiedene Projekte, die sich des Themas „Beschaffung“ angenommen haben. Als Beispiel sei hier die vom Eine Welt Netz NRW initiierte „Netzwerkinitiative Kommunale Beschaffung“ genannt, an der sich einschlägige Nichtregierungsorganisationen, kommunale Spitzenverbände und andere Institutionen beteiligen.

Auf Initiative der Landesregierung und in Kooperation mit unserer Stiftung wurde am 1. März 2013 eine Kompetenzstelle für nachhaltige und faire Beschaffung eingerichtet, „newtrade NRW“, die in Düsseldorf bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien angesiedelt ist. Das Büro unterstützt Einrichtungen des Landes, Kommunen und öffentliche Institutionen dabei, ökologische und soziale Kriterien bei Beschaffungsvorgängen zu beachten. Nach der Erarbeitung eines Strategiepapiers und einer Kommunikationsstrategie hat „newtrade NRW“ begonnen, die Arbeit im Kontext kommunaler Beschaffungsprozesse zu entfalten. Unsere Stiftung hat zwei Mitarbeiter in das Büro entsandt und beteiligt sich am Steuerungsgremium der Einrichtung. Weitere Informationen unter www.newtrade-nrw.de.



Foto: Kreis Steinfurt

Fairtrade-Towns

Die internationale Kampagne Fairtrade-Towns, in Deutschland vom Verein TransFair getragen, bietet Kommunen eine Möglichkeit, durch Engagement auf politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene ein Zeichen für einen gerechteren globalen Handel zu setzen. Fünf Kriterien müssen erfüllt sein, damit man sich Fairtrade-Town nennen darf. Neben einem entsprechenden Ratsbeschluss und der Gründung einer Steuerungsgruppe gilt es, eine bestimmte Anzahl an Einzelhandelsgeschäften, Gastronomiebetrieben, Vereinen, Kirchen und Schulen vorzuweisen, die Faire Produkte im Sortiment führen oder Bildungsaktivitäten zum Thema anbieten. Erforderlich ist außerdem eine umfassende Berichterstattung in den lokalen Medien über alle Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Town.

Im April 2014 waren weltweit knapp 1.500 Kommunen als Fairtrade-Town ausgezeichnet, in Deutschland 242 und in Nordrhein-Westfalen 64. Darunter sind sechs Fairtrade-Landkreise in Deutschland, davon zwei in NRW: der Rheinkreis Neuss, als erster Fairtrade-Landkreis bundesweit, und der Landkreis Wesel. Demnächst könnte ein weiterer hinzukommen, der Faire Kreis Steinfurt. Einer der Initiatoren ist die **Aktionsgemeinschaft Humane Welt (AHW)**. Das erste Etappenziel war der politische Beschluss, der im April 2013 vom Kreistag einstimmig getroffen wurde. Inzwischen hat sich eine Steuerungsgruppe gebildet, mit Vertretern von AHW, Kreisverwaltung, Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt und dem Einzelhandelsverband Westfalen-Münsterland. Die Gruppe organisiert Vernetzungstreffen und Info-Veranstaltungen, wirbt für die Idee des Fairen Handels und recherchiert, welche Geschäfte, Vereine und Einrichtungen sich bereits für den Fairen Handel engagieren. Von den 24 Städten und Gemeinden im Kreis waren Anfang Mai 2014 bereits fünf als Fairtrade-Town ausgezeichnet. Unsere Stiftung fördert die Aktivitäten zum Fairen Kreis Steinfurt mit 40.300 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.fairtrade-towns.de, www.faires-nordmünsterland.de, www.weltladen-rheine.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4825

Projekte Wirtschaft und Konsum

Fair wirtschaften

Faire Produktion ist ein Anspruch, den wir alle ohne Zögern unterstützen würden. Doch jenseits dieser grundsätzlichen Zustimmung – was wissen wir über die Produktionsbedingungen in den Ländern des Südens, bei der Kakaoernte und dem Abbau von Kohle oder Bodenschätzen? Wenig, wenn nicht gerade eine Katastrophe wie der Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch für eine Weile in den Medien auftaucht. Die Analyse von Produktionsbedingungen fernab Deutschlands ist ein mühsames Geschäft. Das trifft auch auf die Bewertung des **Geschäftsverhaltens nordrhein-westfälischer Pharmafirmen in Uganda** zu, die derzeit vom **Verein Gesundheit und Dritte Welt** durchgeführt wird. Im Rahmen des Projekts werden die drei Pharmafirmen Bayer, Baxter und Boehringer Ingelheim untersucht, die eine Niederlassung in Nordrhein-Westfalen haben. Dazu wurden zunächst Daten in Uganda und in Deutschland erhoben, in Zusammenarbeit mit der ugandischen Partnerorganisation Coalition for Health Promotion and Social Development (HEPS). Eine Erfahrung in NRW war dabei: Die Unternehmen sind auskunftswilliger als noch vor wenigen Jahren bei der Analyse ihres Geschäftsverhaltens in Indien und Brasilien. Ein Zeichen dafür, dass sich die Firmen inzwischen der zivilgesellschaftlichen Forderung nach ethisch verantwortungsvoller Unternehmensführung stellen müssen, wenn sie ihr Image nicht schädigen wollen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden 2014 in einer Studie veröffentlicht und im Rahmen einer gemeinsamen Rundreise mit den ugandischen Experten vorgestellt und diskutiert. Auch dabei werden die betroffenen Unternehmen eingebunden. Unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit 40.000 Euro.

Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene hat sich mit dem Anbau von Kakao in Nigeria beschäftigt und ist dabei vor allem der Frage nachgegangen, wie deutsche Unternehmen zu einer Verbesserung der Situation beitragen können. Die im Dezember 2013 veröffentlichte Studie **„Nicht nur Öl. Kakaoanbau in Nigeria“** beschreibt große soziale und ökologische Missstände in einem Land, aus dem derzeit rund zehn Prozent der deutschen Kakaoimporte stammen. Nigeria muss deutlich stärker in den Fokus der deutschen Unternehmen rücken, die ihre Nachhaltigkeitsprojekte bislang vor allem auf die Elfenbeinküste und Ghana konzentrieren, so lautet ein zentrales Ergebnis der Studie. Unsere Stiftung hat das Projekt mit 17.000 Euro gefördert.



Kinder in Uganda (Foto: Pader/Wikicommon)



Kakaoschote (Foto: Transfair e. V., F. Eichinger)

Der Hunger nach Bodenschätzen, fossilen und nicht-fossilen Energieträgern wächst. Das hat oft fatale ökologische, aber auch soziale Folgen. Häufig befinden sich Lagerstätten für Kohle, Uran, Erdöl, Gold oder andere Rohstoffe in den Gebieten indigener Völker. Das **Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie** veranstaltete im November 2013 ein Wochenendseminar zum Thema **Rohstoffausbeute und indigene Rechte in der Transformation: Zahlen indigene Völker den Preis für den notwendigen Wandel?** Die Teilnehmer, darunter auch Gäste von den Philippinen und aus Kamerun, diskutierten mit Vertretern des BMZ, von RWE, verschiedenen NROs und mit Wissenschaftlern über menschenrechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Bergbau in ihren Ländern und Regionen. Das Ziel der von unserer Stiftung mit 6.895 Euro unterstützten Tagung war, neben dem Informationsaustausch, insbesondere die Erarbeitung konkreter Strategien und Vernetzungsmöglichkeiten für die weitere Arbeit zum Thema.

In einem früheren, ebenfalls von unserer Stiftung geförderten Projekt hat **urgewald** untersucht, woher die bei uns verfeuerte Kohle für die großen Energieerzeuger E.ON, RWE, STEAG, EnBW und Vattenfall kommt und welche sozialen und ökologischen Folgen der Abbau vor Ort hat. Mit dem neuen Projekt **Bitter Coal und die kommunale Verantwortung** will urgewald erreichen, dass sich öffentliche Anteilseigner von Energieunternehmen mit den Missständen auseinandersetzen, die bei der Produktion importierter Steinkohle auftreten. Nach der Anfangsrecherche wird eine Kommunikationsstrategie entwickelt und umgesetzt, die u. a. Gespräche mit Entscheidungsträgern, Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2014 sowie eine Rundreise mit Diskussionsveranstaltungen beinhaltet. Unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit 68.583 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.bukopharma.de, www.suedwind-institut.de, www.infoe.de, www.urgewald.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4814, E-4840, Z-5250 und Z-5251



Fair beschaffen

Öffentliche Einrichtungen in NRW geben pro Jahr rund 50 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen aus. Sie besitzen damit eine nicht zu unterschätzende Marktmacht – und auch eine Vorbildfunktion für nachhaltige und faire Beschaffung. Das **Eine Welt Netz NRW** will das **Nachhaltige öffentliche Beschaffungswesen in Nordrhein-Westfalen** fördern und das zivilgesellschaftliche Engagement vieler Gruppen zu diesem Thema bündeln. Ein wichtiger Schritt war im Frühjahr 2013 die Gründung des „Bündnis für öko-soziale Beschaffung NRW“, dem zurzeit 19 Organisationen angehören. Eine weitere Projektaktivität ist eine Musterausschreibung für Arbeitskleidung, die mit juristischer Begleitung von der Ausschreibung bis zum Kauf der Ware in zwei Kommunen durchgeführt wird. Darüber hinaus sollen Bildungsangebote und der Dialog mit Entscheidungsträgern dazu beitragen, dass soziale Anforderungen in Vergabe und Einkauf der öffentlichen Hand sowie in den Lehrplänen der Verwaltungshochschulen selbstverständlich werden. Im Rahmen des Projekts erhielt Bonn am 5. Dezember 2013 als erste NRW-Kommune den „Vergabepreis NRW 2013 – Wegweiser für sozial gerechte Beschaffung“. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 152.477 Euro.

Die IT-Produktion ist entlang der gesamten Wertschöpfungskette in hohem Maße von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen geprägt. Mit dem Projekt **Nachhaltige IT-Beschaffung in NRW** will der Verein **Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)** dazu beitragen, das Beschaffungswesen in NRW auch im Hinblick auf IT-Produkte schrittweise nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten. Dazu werden Schulungen, Fachtagungen und Beratungen angeboten. Außerdem werden Studien, investigative journalistische Berichte und eine Broschüre mit Beispielen zur nachhaltigen IT-Beschaffung veröffentlicht. Unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit 100.000 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de, www.weed-online.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4822 und Z-5232





Schülerinnen des Cusanus-Gymnasiums Erkelenz besuchen den Weltladen Aachen (Foto: Weltladen Aachen)

Faire Kitas und Schulen

Fairer Handel und eine gerechte Wirtschaft sind wichtige Inhalte der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Verschiedene Projekte engagieren sich dafür, diese Themen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zu verankern. Bei den ganz Kleinen setzt der **Förderkreis Informationszentrum Dritte Welt** mit **Faire Kita** an. Das Projekt unterstützt Kitas im Gebiet der Metropole Ruhr dabei, am Beispiel des Fairen Handels die Bildung für Nachhaltige Entwicklung in die Einrichtungen zu integrieren. In der ersten Projektphase wurden Multiplikatoren ausgebildet, die in Kitas Bildungseinheiten durchführen, zum Beispiel zu fairen Fußbällen oder Kinderspielen rund um die Welt. Ein anderes Angebot sind Fortbildungen für Kita-Mitarbeitende. Begleitmaterialien stehen auf der Projektwebsite zur Verfügung, u. a. ein Leitfaden „Faire Kita – Verantwortung von Anfang an“. Ein weiterer Projektbaustein ist die Auszeichnung „Faire Kita“. Gemeinsam mit drei Einrichtungen in Dortmund, Dinslaken und Lünen wurden dafür Kriterien entwickelt und überprüft. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 126.590 Euro.

Der **Weltladen Aachen** möchte **Nachhaltige Entwicklung und Fairen Handel in Schulen** verankern. Dafür werden ehrenamtliche Multiplikatoren in der Region Aachen aus- und fortgebildet, die in Schulen und im Weltladen Bildungsmodule anbieten. Interessierte Schulen werden außerdem bei der Einführung von Schul-Weltläden beraten und bei deren Aufbau begleitet, sodass sie als Schülerfirmen von Schülern eigenständig betrieben werden können. Weitere Projektbestandteile sind Öffentlichkeitsarbeit und die Entwicklung von Materialien. Unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit 119.930 Euro.

Der Verein **Service Civil International Deutscher Zweig** hat je zehn Multiplikatoren aus dem Globalen Süden und aus Deutschland in einem Trainingsseminar darauf vorbereitet, unter dem Motto **Wie gestalten wir die Welt von morgen?** selbstständig Bildungseinheiten an Schulen durchzuführen. Die Multiplikatoren vermittelten den Schülern theoretische Grundlagen, Perspektiven und Erfahrungen zu alternativen Wirtschaftsformen und nachhaltigem Konsum. Die Schüler wurden dadurch angeregt, sich gesellschaftlich zu engagieren und in ihrem Umfeld selbst als Multiplikatoren zu wirken. Unsere Stiftung hat das Projekt mit 30.000 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.faire-kita-nrw.de, www.aachener-weltladen.de, www.sci-d.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4823, E-4848 und Z-5240



Aktion beim ökoRAUSCH-Festival (Foto: M. Kniepe)

Grüne und faire Events

Im Rahmen der **Fair Trade & Friends**, einer jährlichen Messe rund um den Fairen Handel in den Dortmunder Westfalenhallen, organisierte das **Eine Welt Netz NRW** vom 6. bis zum 8. September 2013 ein Rahmenprogramm. In 17 Fachforen diskutierten über 600 Experten und Messebesucher unter dem Titel „Gesellschaft steuert Wirtschaft – eine Utopie?“, wie nachhaltiges Leben und Wirtschaften von Unternehmen und Verbrauchern konkret umgesetzt werden kann. Die Themenpalette reichte vom ersten fair gehandelten Smartphone über soziales und ökologisches Reisen bis hin zu gerechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsbranche. Die Fachforen der Fair Trade & Friends 2013 und 2014 werden von unserer Stiftung mit 69.302 Euro gefördert.

Vom 28. September bis zum 6. Oktober setzte das **ökoRAUSCH Festival** im Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum Impulse für einen grünen Lifestyle. Im Zentrum des Festivals stand die Ausstellung „react“. 24 Designer und sechs Künstler präsentierten inspirierende

Arbeiten – unter anderem gab das „Ministerium für Glück und Wohlbefinden“ Anstöße für die Steigerung des Bruttonationalglücks, und das Projekt „morethanshelters“ zeigte eine mobile Unterkunft, die schnell in Krisensituationen einsatzbereit ist. Ergänzt wurde die Ausstellung durch zahlreiche Workshops, Diskussionsrunden und Vorträge renommierter Referenten, die sich mit den Zusammenhängen von Nachhaltigkeit, Ökologie und Design befassten. Weitere Angebote waren Filmvorführungen und eine Fahrradtour zu umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen in Köln. Dieses Begleitprogramm wurde vom Verein **Stadt Land Welt** sowie der Volkshochschule Köln organisiert und von unserer Stiftung mit 21.061 Euro gefördert.

Die **Sounds for Nature Foundation** (SfN) entstammt einem Projekt des Bundesamtes für Naturschutz. Das Ziel ist die Auseinandersetzung mit „Natur und Umwelt“ im Kontext von Konzerten und anderen Großveranstaltungen. Ein wichtiges Thema, denn in Deutschland gibt es pro Jahr etwa 800 Musikfestivals und Open-Air-Veranstaltungen, die insgesamt rund zwölf Millionen Besucher anziehen. Allein in NRW finden 200 dieser Veranstaltungen statt. Die daraus resultierenden Umweltbelastungen sind immens, beispielsweise in Form von Abfallbergen, Tonnen zurückgelassener Campingausrüstung und zusätzlichen direkten Umweltschäden, die mit großen Kosten beseitigt werden müssen. Vom 24. bis zum 26. November 2013 richtete die SfN in Bonn bereits zum vierten Mal **GreenEvents Europe** aus, Europas wichtigste Konferenz für Nachhaltigkeit in der Veranstaltungsbranche. Rund 170 Teilnehmer aus 15 Ländern – u. a. Vertreter von Festivals, Unternehmen, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft – entwickelten in 15 verschiedenen Workshops Lösungsansätze zu Nachhaltigkeits- und Umweltthemen wie „The waste business“ oder „Catering without meat“.



➔ Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de, www.oekorausch.de, www.soundsfornature.eu sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5230, Z-5244 und U-3527



KonsumWandel

Mit Kopf, Herz und Hand die Welt gestalten

Mit richtigem Konsum die Welt retten: Dieser vor einigen Jahren unter dem Schlagwort „Lohas“ – Lifestyle of Health and Sustainability – populär gewordene Ansatz ist längst an seine Grenzen gestoßen. Dennoch bleibt die Diskussion um einen Wandel unseres Konsumverhaltens und um nachhaltige Lebensstile notwendig: In welcher Welt wollen wir leben? Was ist globale Gerechtigkeit und wie kann sie erreicht werden? Welche Auswirkungen hat die Nachfrage nach Konsumgütern auf Bedingungen ihrer Herstellung? Diesen und anderen Fragen geht der Verein **Vamos** aus Münster nach. Zu den exemplarischen Themenfeldern Landwirtschaft und Industrielle Fertigung

wird eine Wanderausstellung entwickelt. Sie wird ergänzt durch ein Begleitprogramm, Fortbildungen für Multiplikatoren sowie Bildungsmodulare für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Zielgruppen des Projekts sind Konsumenten, lokale Initiativen, kommunale und kirchliche Entscheidungsträger, Schüler, junge Erwachsene, haupt- und ehrenamtliche Multiplikatoren in der Bildungsarbeit sowie Lehrer. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 175.841 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.vamos-muenster.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5237



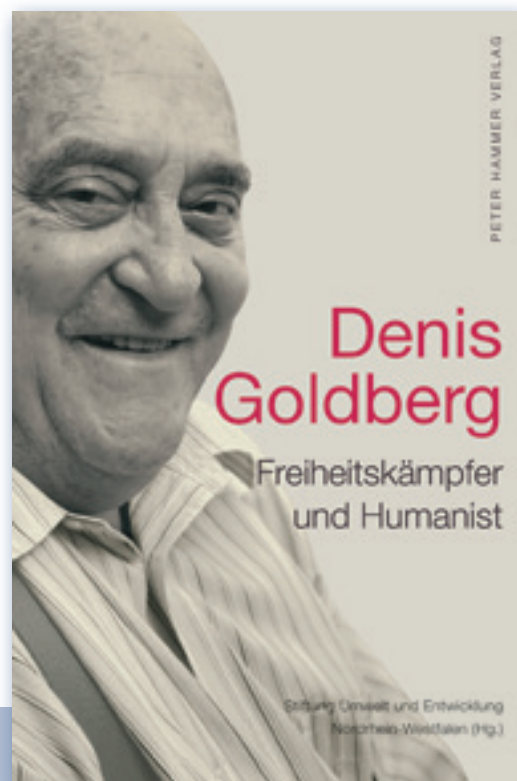
Eine Welt

Die Vereinten Nationen (UN) haben im Jahr 2013 entscheidende Weichenstellungen für die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik eingeleitet. Ziel ist es, bis zum kommenden Jahr eine Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu verabschieden. Den Ausgangspunkt bildete die Frage, wie es mit den Millenniums-entwicklungszielen (MDGs) nach dem Zieljahr 2015 weitergeht. Einen parallelen Diskussionsprozess initiierten die Regierungen mit ihrem Beschluss der Rio+20-Konferenz, bis zum Jahr 2015 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) zu vereinbaren. Diese sollen für alle Länder der Erde Gültigkeit besitzen und damit in ihrer geographischen und thematischen Reichweite über die bisherigen Entwicklungsziele weit hinausgehen.

Es geht bei der Post-2015-Agenda somit um mehr als nur die Zukunft der MDGs. Zur Debatte stehen vor dem Hintergrund veränderter geopolitischer und weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie verschärfter ökologischer Krisen die grundsätzlichen Leitbilder und Prioritäten internationaler (Entwicklungs-)Zusammenarbeit. Damit verbunden sind Diskussionen über die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung und neue Konzepte der Lastenteilung zwischen den Ländern.

Die Post-2015-Agenda soll auch dazu beitragen, dass die UN und ihr Generalsekretär Ban Ki-moon an politischer Relevanz zurückgewinnen. Beim Management der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bildeten nicht die Vereinten Nationen, sondern der Internationale Währungsfonds und die G20 die zentralen politischen Entscheidungsgremien; und auch bei der Bewältigung der zahlreichen militärischen Konflikte der letzten Jahre, von Libyen über Syrien bis zur Ukraine, blieben die UN infolge der wechselseitigen Blockade der Vetomächte politisch gelähmt. Zumindest in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik wollen die UN das Heft des Handelns in der Hand behalten.

Die Auseinandersetzungen über die Post-2015-Agenda und zukünftige SDGs bleiben aber keineswegs auf die UN-Ebene beschränkt. Im Jahr 2013 wurden in vielen Ländern Konsultationsprozesse angestoßen, die sich unter dem Motto „the world we want“ (www.worldwewant2015.org) mit den Prioritäten und Zielen gesellschaftlicher Entwicklung befassten. Grundsätzliche Fragen, die dabei diskutiert wurden, lauteten: Wie wollen Gesellschaften angesichts der Grenzen des globalen Ökosystems (Planetary Boundaries) in Zukunft leben? Wie können Wohlstand und gesellschaftlicher Fortschritt jenseits von rein quantitativem Wirtschaftswachstum definiert werden? Und wie können die Prinzipien der Solidarität und der globalen Verantwortung in praktisches Handeln übersetzt werden?



Festschrift zum 80. Geburtstag

Denis Goldberg kämpfte an der Seite Nelson Mandelas gegen das Apartheidsystem in Südafrika und saß für seine Überzeugungen 22 Jahre im Gefängnis. Nach seiner Freilassung 1985 war er im Exil ANC-Sprecher für Europa, die USA und Kanada. Bis heute engagiert Goldberg sich für die benachteiligte schwarze Bevölkerung in Südafrika. Für seine Verdienste um die deutsch-südafrikanischen Beziehungen und seinen Einsatz für eine gerechtere Welt erhielt er 2011 das Bundesverdienstkreuz.

Am 11. April 2013 wurde Denis Goldberg 80 Jahre alt. Unsere Stiftung, EXILE-Kulturkoordination und die Journalistin Birgit Morgenrath haben aus diesem Anlass eine Festschrift für den Humanisten und Freiheitskämpfer herausgegeben. Darin beschreiben Freunde und Wegbegleiter ihre Begegnungen mit Denis Goldberg. Bei einer Festveranstaltung am 25. April in der Düsseldorfer Villa Horion überreichten Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien NRW, und Dr. Alfred Buß, Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung, das Buch an Denis Goldberg. Das Buch „Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist“ ist im Peter Hammer Verlag erschienen.

Hochrangiges Panel zur Post-2015-Entwicklungsagenda

Das Hochrangige Panel zur Post-2015-Entwicklungsagenda wurde im Juli 2012 von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ins Leben gerufen. Unter seinen 27 Mitgliedern war auch Alt-Bundespräsident Horst Köhler. Das Panel veröffentlichte seinen Abschlussbericht unter dem Titel „A New Global Partnership“ am 30. Mai 2013. Leitmotiv des Berichts ist die „neue globale Partnerschaft“ aller Länder der Erde. Das Panel plädiert für einen Paradigmenwechsel weg von einer reinen Entwicklungsagenda hin zu einer globalen Agenda, die Verantwortlichkeiten von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern definiert. Notwendig sei eine globale strukturelle Transformation, die aus folgenden fünf Elementen besteht:

- ➔ **Leave no one behind** – Mit der neuen Agenda sollen weltweit Hunger und extreme Armut bis 2030 beseitigt und allen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht werden.
- ➔ **Put sustainable development at the core** – Um Wohlstand für alle zu ermöglichen und zugleich Klimawandel und Umweltzerstörung einzudämmen, muss ein struktureller Wandel hin zu ökologischem Wirtschaften erfolgen.
- ➔ **Transform economies for jobs and inclusive growth** – Die Schaffung guter Arbeitsplätze muss ein zentrales volkswirtschaftliches Ziel sein. Dazu ist anhaltendes inklusives Wirtschaftswachstum erforderlich. Ziel ist nicht länger „Wachstum um jeden Preis“. Wachstum soll vielmehr künftig allen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere Frauen und Jugendlichen, zugutekommen und gezielt der Reduzierung von Armut und Ungleichheit dienen.
- ➔ **Build peace and effective, open and accountable institutions** – Freiheit von Gewalt und Konflikten sind ebenso unabdingbare Grundlagen des Wohlstands wie gute Regierungsführung und politische Partizipation.
- ➔ **Forge a new global partnership** – Die neue globale Partnerschaft soll auf gemeinsamen Werten basieren und jenseits der reinen Hilfsagenda so unterschiedliche Themen wie Geldwäsche und Steuerflucht, Klimawandel, freien und fairen Handel, technologische Innovationen und Finanzmarktstabilität umfassen.



Aus den Schwächen der MDGs lernen

Einen Ausgangspunkt der gegenwärtigen Diskussionen bilden die MDGs, die bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden sollten. Sie dienten vor allem in den ärmeren Ländern des Südens als Referenzrahmen nationaler Entwicklungsstrategien und avancierten für die bi- und multilateralen Geber zum Leitmotiv ihrer Entwicklungspolitik. Den MDGs wurden eine Reihe positiver Merkmale bzw. Wirkungen zugeschrieben: Aufgrund der begrenzten Zahl von acht Zielen waren sie leicht kommunizierbar; ihre öffentlichkeitswirksame Konzentration auf die Bekämpfung der extremsten Formen von Einkommensarmut und die soziale Grundversorgung der Bevölkerung hat dazu beigetragen, mehr Mittel für die Armutsbekämpfung zu mobilisieren.

Auf der Strecke blieben dabei vor allem die ökologischen Fragen. Die MDGs waren umweltpolitisch nahezu blind und ein Rückschritt gegenüber umfassenderen Ansätzen nachhaltiger Entwicklung. Die besondere Verantwortung der Industrieländer und die Notwendigkeit einer Veränderung der dortigen Konsum- und Produktionsweisen blieben weitgehend ausgeblendet.

Vor diesem Hintergrund plädierte das Hochrangige Panel (s. links) zur Post-2015-Entwicklungsagenda in seinem Bericht 2013 für eine strukturelle Transformation der Volkswirtschaften und eine „neue globale Partnerschaft“, in der auch die Verantwortlichkeiten der Industrie- und Schwellenländer klar definiert werden.

Universelle Nachhaltigkeitsziele

Unter den Regierungen herrscht grundsätzliche Einigkeit darüber, dass die Ziele der Post-2015-Agenda über die bisherigen MDGs hinausreichen sollen. Bei der Rio+20-Konferenz einigten sie sich 2012 unter anderem darauf, dass die künftigen Ziele, wie schon die MDGs, leicht kommunizierbar und zahlenmäßig begrenzt sein sollen, aber alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung umfassen. Die künftigen SDGs sollen global ausgerichtet und auf alle Länder anwendbar sein, zugleich aber die unterschiedlichen nationalen Prioritäten, Kapazitäten und Entwicklungsstufen berücksichtigen.

Für die Diskussion über die SDGs hat die UN-Generalversammlung 2013 eine Offene Arbeitsgruppe eingesetzt (Open Working Group on Sustainable Development Goals), in der auch Deutschland vertreten ist. Ihr Themenspektrum reicht weit über die klassischen MDGs hinaus. Es umfasst auch ökologische Fragen wie den Klimawandel, Wirtschaftspolitik, Handel und Finanzsysteme, Menschenrechte, Friedenssicherung und Global Governance. Zu all diesen Themen soll die Arbeitsgruppe bis zum September 2014 einen Report mit Vorschlägen für konkrete SDGs vorlegen.

Besonders umstritten ist in den Verhandlungen die Frage, ob auch die (finanziellen) Mittel zur Umsetzung der SDGs Teil des Zielkatalogs sein sollen und wer diese Mittel bereitstellt. Die in der G77 zusammengeschlossenen Länder des globalen Südens betonen mit Verweis auf das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung (CBDR) die Pflicht der reichen Industrieländer zu Finanz- und Technologietransfer. Die USA und andere Industrieländer lehnen dieses Prinzip in der bisherigen Form ab. Sie begründen dies mit der gewachsenen politischen Bedeutung und wirtschaftlichen



Gesundheit, Hygiene und medizinische Versorgung waren die Schwerpunktthemen des Weltrisikoberichts 2013, S. 47 (Foto: T. Lohnes/Brot für die Welt)

Zukunftscharta für Deutschland

Leistungsfähigkeit von Ländern wie China. Eine Einigung ist in diesem grundsätzlichen Konflikt bislang nicht in Sicht. Um zu einem Konsens zu kommen, müssten die Länder der G77 anerkennen, dass sie kein monolithischer Block sind, sondern in ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit und ihrem Beitrag zur globalen Umweltbelastung ebenso stark differieren wie die klassischen Industrieländer. Diese wiederum müssten sich entsprechend ihrer Wirtschaftskraft zur Finanzierung der Post-2015-Agenda verpflichten. Dies gilt gerade für Länder wie Deutschland, die von der Verwirklichung bisheriger Finanzierungszusagen („0,7-Prozentziel“) weit entfernt sind.

Mit der Entwicklung der Sustainable Development Goals befassen sich auch zwei durch unsere Stiftung geförderte Projekte. Das Global Policy Forum Europe widmet sich insbesondere den Aspekten Zukunftsgerechte Entwicklung und Alternative Wohlstandsmodelle. Das Südwind-Institut untersucht im Zusammenhang mit der SDG-Finanzierung die Rolle der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Das Silo-Denken überwinden

Eine zentrale Herausforderung wird für die Regierungen darin bestehen, die Post-MDG- und SDG-Diskussionen in einem einzigen Verhandlungsprozess zusammenzuführen und die Ergebnisse der diversen Parallelverhandlungen, insbesondere im Klimabereich, zu integrieren, um so zu einer umfassenden und konsistenten Post-2015-Agenda zu kommen. Im September 2013 hatten die Regierungen bei der Sonderveranstaltung der UN-Generalversammlung zu MDGs und Post 2015 dafür die Voraussetzung geschaffen. Sie betonten dort die Notwendigkeit eines kohärenten Ansatzes von Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung und eines einheitlichen Sets globaler Ziele. Damit unterstrichen sie einmal mehr, dass die Post-2015-Agenda und ihre Ziele für alle Länder der Welt gelten sollen.

Diese Position wird auch von der Bundesregierung geteilt. Sie erklärte in ihrem ersten Kabinettsbeschluss zur Post-2015-Agenda im August 2013: „Wir engagieren uns für eine neue, werteorientierte Post-2015-Agenda, die Entwicklung weltweit nachhaltig gestaltet und die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde respektiert.“

Diese Haltung wurde von der neuen Bundesregierung und ihrem Bundesentwicklungsminister Gerd Müller bekräftigt. Dieser hat in einer Grundsatzrede im Bundestag am 29. Januar 2014 überraschend deutlich einen Paradigmenwechsel in der Politik angemahnt: „Würden alle Menschen heute auf der Erde auf dem Konsumniveau von uns Deutschen und Europäern leben, dann bräuchten wir drei Planeten; denn die Menschen hinterlassen einen gewaltigen ökologischen Fußabdruck. So stellt sich für uns natürlich auch die Frage nach den Grenzen dieses Wachstums. (...) An dieser Stelle sind wir uns einig, dass wir nicht business as usual, einfach so weitermachen können; wir brauchen vielmehr einen Paradigmenwechsel, im Denken und im Handeln, national, europäisch und international. (...) Nachhaltigkeit muss das Prinzip allen Tuns und aller Entwicklung sein. Deshalb müssen wir die Globalisierung so gestalten, dass sie den Menschen dient und nicht ausschließlich den Märkten und der Wirtschaft.“

Gerd Müller hat bereits kurz nach seinem Amtsantritt die Initiative für eine „Zukunftscharta“ ergriffen. Sie soll Ausgangspunkt für eine nationale Partnerschaft für das Entwicklungsjahr 2015 und zur Umsetzung der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung in Deutschland werden (www.zukunftscharta.de). Müller befindet sich dabei allerdings in einem Zuständigkeitsdilemma. Nimmt man seinen Anspruch an eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsagenda ernst, würde die Zukunftscharta weit über das Mandat und den Ressortzuschnitt des Bundesentwicklungsministeriums hinausreichen. Die Zukunftscharta müsste eigentlich innerhalb des Bundeskabinetts zur Chefsache erklärt werden.

Nachhaltigkeitsstrategie für NRW

Ähnliche Diskussionsprozesse wie auf UN- und Bundesebene vollziehen sich derzeit auf Landesebene in NRW. Nachdem die nordrhein-westfälische Landesregierung bereits im Dezember 2012 ihre Eine-Welt-Strategie verabschiedet hatte, beschloss sie im November 2013 die Eckpunkte einer ambitionierten Nachhaltigkeitsstrategie für NRW. Sie soll bis Ende 2015 gemeinsam mit dem Landtag sowie Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft erarbeitet werden. Auch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen beteiligt sich an diesem Prozess.

Projekte Eine Welt

Gleiches Recht für alle!

In ihrem Eckpunktepapier definierte die Landesregierung 14 prioritäre Handlungsfelder, die in ihrer Bandbreite viele Gemeinsamkeiten mit der internationalen Post-2015/SDG-Diskussion aufweisen (vgl. S. 46).

Wenn es gelingt, eine landesweite Strategie zu formulieren, die den Notwendigkeiten der vielzitierten strukturellen Transformation gerecht wird und ökologische Grenzen mit sozialen Rechten und globaler Verantwortung kombiniert, könnte Nordrhein-Westfalen damit auch eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der globalen Post-2015-Agenda übernehmen.



Handlungsfelder der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Die Landesregierung hat im November 2013 die Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen beschlossen und die folgenden 14 Handlungsfelder definiert:

- Klimaschutz
- Energiewende
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Schutz natürlicher Ressourcen: Biodiversität, Wald, Wasser, Flächen/Boden, nachhaltige Landbewirtschaftung, Luft, Umwelt und Gesundheit
- Demografie
- Faire Arbeit
- Integration und Interkulturalität
- Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe
- Nachhaltige Finanzpolitik
- Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung
- Nahmobilität
- Nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Eine-Welt-Politik

Die Handlungsfelder sollen nicht isoliert, sondern in einer Gesamtperspektive und unter Berücksichtigung ihrer Wechselwirkungen betrachtet werden. Hinzu kommen Querschnittsthemen, die immer einzubinden sind, etwa die Gleichstellung der Geschlechter, bürger-schaftliche Teilhabe oder Barrierefreiheit und Inklusion.

Was bei uns (weitgehend) eine Selbstverständlichkeit ist, gilt noch lange nicht für viele Länder in Afrika, Asien und Südamerika. Dort bedeutet der Kampf um die Menschenrechte oft ein tägliches, mitunter lebensgefährliches Risiko. Der **Verein für entwicklungs-bezogene Bildung zu Südostasien** entwickelt derzeit eine Ausstellung und eine Broschüre zur Presse- und Meinungsfreiheit in Südostasien und will damit **Den Mutigen eine Stimme geben**. Die Stiftung fördert das Projekt mit 17.940 Euro.

Das **Informationsbüro Nicaragua** hat in seiner Bildungslabor-Reihe ein Werkheft zum Thema **Menschenrechte in Lateinamerika** entwickelt. Das Heft ist konzipiert für alle Schulformen ab Klasse 9 sowie für die außerschulische Bildungsarbeit. In interaktiven und



Ausstellung zu Meinungsfreiheit und Menschenrechten (Foto: Asienhaus)

partizipativen Übungen erarbeiten sich die Jugendlichen, welche Konflikte die Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte in Lateinamerika bedrohen und wie sich die Menschen organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen. Zusätzlich wurden in einem Multiplikatoren-Seminar Methoden des Globalen Lernens und die Anwendung der Bildungsmaterialien vermittelt. Die Stiftung hat das Projekt mit 35.000 Euro unterstützt.

→ Weitere Informationen unter www.asienhaus.de, www.informationsbuero-nicaragua.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4829 und E-4834

Globales Lernen verankern



Auch 2013 hat unsere Stiftung verschiedene Projekte aus dem Bereich Globales Lernen gefördert. Eines davon war die Weiterentwicklung der **Ausstellung Weltgarten** durch das **Eine Welt Netz NRW**. Der Weltgarten, mit deutlich über zwei Millionen Besuchern seit 2005 das größte Bildungsprojekt des Eine Welt Netzes, widmet sich den Themen „Welt im Wandel“ und „Konsum und Lebensstil“. Bei den verschiedenen Mitmachstationen kann man zum Beispiel aus dem „Globarium“ Fakten zur Globalisierung fischen oder am „Lebens-Kompass“ über Kurswechsel beim eigenen Lifestyle nachdenken. Für Schulklassen werden spezielle Führungen durch die Ausstellung angeboten. Außerdem haben Eine-Welt-Gruppen die Gelegenheit, ihre Projekte eine Woche lang im Weltgarten zu präsentieren und so neue Unterstützer für ihre Arbeit zu gewinnen. Die von der Stiftung mit 111.415 Euro geförderte Ausstellung im Kuppelzelt ist seit dem 13. April 2014 im Kölner Zoo zu Gast und wird ab dem Frühjahr 2015 im Allwetterzoo Münster zu sehen sein.

Der **Weltladen Köln** ist mehr als ein Fachgeschäft für fair gehandelte Produkte. Er betreibt auch eine umfassende Bildungsarbeit, unter anderem mit Vorträgen, Schul- und Gruppenstunden sowie konsumkritischen Stadtrundgängen. Mit dem Projekt **Globales Lernen lokal fairankern** wird der Weltladen sein Bildungsangebot ausbauen und mit Multiplikatorenschulungen sowie einer Mediathek zum Globalen Lernen erweitern. Die Stiftung unterstützt dieses Vorhaben mit 44.900 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de, www.weltladen.de/weltladenkoeln sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4833 und E-4838

Menschenrecht Gesundheit

Auch Gesundheit ist ein Menschenrecht. Das betrifft eine ausreichende medizinische Behandlung ebenso wie die Einhaltung von Hygienestandards oder die Versorgung von Menschen in Not-situationen. Das **Bündnis Entwicklung Hilft**, ein Zusammenschluss von sieben Hilfswerken, analysierte in dem Projekt **Medizinische Versorgung/Gesundheit und Katastrophen** die Situation in den Entwicklungsländern unter den Aspekten Vorsorge, Schutz besonders anfälliger sozialer Gruppen und direkte Hilfe im Katastrophenfall. Die Analysen betonen den Stellenwert der medizinischen Versorgung in Entwicklungsländern. Ihre Ergebnisse wurden im Weltrisikobericht 2013 publiziert und bei einer Pressekonferenz vorgestellt. Die Stiftung hat das Projekt mit 31.000 Euro gefördert.

Zentrale Voraussetzungen für Gesundheit sind Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene, kurz: WA-S-H. Im **WASH-Netzwerk** haben sich 18 deutsche Nichtregierungsorganisationen aus der humanitären Hilfe und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zusammengeschlossen, um gemeinsam einen Beitrag zur Lösung eines der größten Probleme des 21. Jahrhunderts zu leisten. Nach wie vor müssen etwa 900 Millionen Menschen weltweit ohne Zugang zu sauberem Wasser und 2,6 Milliarden ohne sanitäre Grundversorgung auskommen. Mit einem **Aktionsprogramm zu Qualitätssicherung & Politikdialog** wird die Arbeit des Netzwerks weiter ausgebaut. Zu den Programmbestandteilen gehören unter anderem Netzwerktreffen, öffentlichkeitswirksame Events, Symposien auf nationaler und internationaler Ebene, eine Publikationsreihe und der Aufbau einer Datenbank. Die Stiftung fördert das Aktionsprogramm mit 113.291 Euro.

Mit einer besonders perfiden und menschenverachtenden Technik beschäftigt sich das Projekt **Auswirkungen von Uranmunition auf Gesundheit und Umwelt im Irak**. Uranmunition ist ein billiges Abfallprodukt der Nukleartechnik mit einer enormen Härte und Durchschlagskraft. Sie ist darüber hinaus radioaktiv – mit einer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren – und hochgradig giftig. Seit 1991 wurde diese Munition von den USA und Großbritannien in verschiedenen Kriegen eingesetzt, auch und vor allem im Irak. Dort verschossen die „Alliierten“ mehrere hundert Tonnen – mit katastrophalen Folgen: Im heftig umkämpften Süden des Irak und in den Städten Bagdad und Falludscha haben Experten Radioaktivität gemessen, die um 20.000-mal höher liegt als die natürliche Erdstrahlung. Die Leukämierate bei Kindern ist seit 1990 um das 13-fache, die Zahl schwerer angeborener Fehlbildungen um das 15-fache angestiegen. Der Kölner Verein **Ost-Westlicher Diwan** hat den Einsatz der Uranmunition und die Folgen im Irak in mehreren Veranstaltungen beleuchtet. Das Projekt wurde von der Stiftung mit 7.450 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.entwicklung-hilft.de, www.washnet.de, www.irakischerkv.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4835, Z-5260 und Z-5233

Eine Uran-Patrone, wie sie auch von NATO-Truppen in Bosnien und im Kosovo verwendet wurde. (Originalgröße)



Der Politische Salon Essen (Foto: C. Gnyppek)

Eine-Welt-Diskurse

Unser Wissen um die Probleme, Potenziale und Zusammenhänge der Einen Welt ist nach wie vor rudimentär. Wie etwa sieht die Zukunft von Indien aus, welche Rolle wird das riesige Land mit seinen derzeit etwa 1,1 Milliarden Einwohnern, seinen verschiedenen Religionen und seinen gewaltigen sozialen Unterschieden künftig in der Welt-politik spielen? Das vom Kölner Verein **Recherche International** erarbeitete Buch **Indien – Die Größte Demokratie der Welt?** präsentiert den Blick von Vertretern unterschiedlicher sozialer Milieus in Indien auf die Atom-, Verkehrs-, Handels- und Industriepolitik des Landes. Das Buch erscheint im Mai 2014 und wird bei Veranstaltungen in mehreren Städten präsentiert. Die Stiftung fördert das Projekt mit 7.800 Euro.

Der 2006 gegründete **Politische Salon Essen** ist ein Projekt des **Eine Welt Forum Essen** in Kooperation mit weiteren Organisationen und dem Grillo-Theater. In dessen Café Zentral finden fünf Diskussionsveranstaltungen statt, zu Fairem Handel und nachhaltigem Konsum, Flucht und Migration, Welternährung und der Gier nach Land sowie den Perspektiven für eine global gerechte Zukunft. Die Stiftung unterstützt die Veranstaltungen des Politischen Salons mit 14.500 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.politischer-salon.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4854 und Z-5247

Millenniumsentwicklungsziele – wie geht es weiter?

Im September 2000 vereinbarten die Staats- und Regierungschefs aus 189 Ländern beim UN-Gipfel in New York acht Millenniums-entwicklungsziele. Längst ist absehbar, dass diese Ziele bis 2015 nicht oder nur teilweise erreicht werden. Die Staatengemeinschaft hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon beauftragt, eine Nachfolgeagenda für die MDGs auszuarbeiten, die Sustainable Development Goals. Wie also geht es weiter mit der globalen nachhaltigen Entwicklung? Diese Frage beschäftigt auch NROs, etwa **Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene**. Im Rahmen des Projekts **Die Rolle der BRICS und des Privatsektors am Beispiel Investitionen** untersucht Südwind, welche Rolle die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) im Post-MDG-Prozess spielen und welche Investitionsmöglichkeiten die angestrebte nachhaltige Entwicklung vorantreiben können. Die Ergebnisse werden in zwei Studien veröffentlicht und auf zehn Bildungsveranstaltungen präsentiert. Die Stiftung fördert das Projekt mit 19.500 Euro.

Auch das **Global Policy Forum Europe** befasst sich mit der **Zukunftsgerechtigkeit Post-2015**. Auf Fachveranstaltungen, bei Hintergrundgesprächen mit Politikern und anderen Entscheidungsträgern sowie in Berichten werden vor allem drei Themen diskutiert: Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, die Berücksichtigung der Natur bei der Bemessung des Wohlstands und die Finanzierung weltweiter zukunftsgerechter Entwicklung. Der erste Bericht „Gemeinsame Ziele – unterschiedliche Verantwortung“ ist im Februar 2014 erschienen. Er beschäftigt sich mit dem Gerechtigkeitsprinzip in den Klima- und Post-2015-Verhandlungen. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 73.325 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.suedwind-institut.de, www.theglobalpolicy.eu sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4837 und Z-5226



Angelica Schwall-Düren, NRW-Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, und Sumesh Mangalasseri von der indischen NRO Kabani bei der 17. Eine-Welt-Landeskonferenz (Fotos: Eine Welt Netz NRW)

Internationale Vernetzung

Eine gerechte Welt ist das Ziel. Dafür müssen wir alle den Blick über den Tellerrand heben, müssen uns mit Partnern weltweit vernetzen und gemeinsame Entwicklungsperspektiven entwickeln. Genau darum ging es beim **Global Media Forum** der Deutschen Welle, das vom 17. bis 19. Juni 2013 in Bonn stattfand. Mehr als 2.500 Teilnehmer aus aller Welt – darunter so hochkarätige Gäste wie Globalisierungskritiker Noam Chomsky und die indische Menschenrechtlerin Vandana Shiva – diskutierten über **Die Zukunft des Wachstums – Wirtschaft, Werte und die Medien**. Im Zentrum der Debatten stand die wichtige Rolle der Bürger bei gesellschaftlichen Veränderungen und die zentrale Bedeutung einer zuverlässigen Information durch die Medien. Um die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu fördern, beteiligte sich die Stiftung als Kooperationspartner an der Konferenz. Sie subven-

tionierte die Teilnahmegebühren für NRO-Vertreter aus NRW und lud NROs aus NRW dazu ein, drei Workshops zu gestalten und ihre Arbeit an einem gut besuchten Gemeinschaftsstand zu präsentieren.

„... nur noch kurz die Welt retten“ war das vom Musiker Tim Bendzko entlehnte Motto der **17. Eine-Welt-Landeskonferenz NRW** am 15./16. März 2013 in Münster. Mehr als 300 Gäste – weiteren 100 Interessierten musste aus Platzgründen abgesagt werden – diskutierten Themen wie Postwachstumsökonomie, Ansätze für global gerechte Lebensformen und Sustainable Development Goals. Die Eine-Welt-Landeskonferenz 2013, eine Kooperationsveranstaltung von **Eine Welt Netz NRW**, Katholisch-sozialer Akademie Franz Hitze Haus und Jugendnetzwerk OpenGlobe, wurde mit 36.068 Euro von der Stiftung gefördert.



Die indische Menschenrechtlerin Dr. Vandana Shiva (Foto: DW/M. Magunia)

→ Weitere Informationen unter www.dw.de, www.eine-welt-netz-nrw.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4846 und Z-5220



Migration und Interkultur

Am 3. Oktober 2013 sank vor der italienischen Insel Lampedusa ein 20 Meter langer Kutter, auf dem sich rund 550 Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea befanden. Fast 400 von ihnen kamen dabei ums Leben. Das Unglück von Lampedusa ist eine von vielen Flüchtlingstragödien, die sich – in kleinerem oder größerem Ausmaß – weltweit ständig ereignen. Nach einem im Juni 2013 veröffentlichten Bericht der UN-Flüchtlingskommission werden täglich rund 23.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, und die Zahl dürfte sich durch Flüchtlinge aus Nordafrika, aus Syrien und aus anderen Bürgerkriegsländern weiter erhöht haben. 81 Prozent der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern – vor zehn Jahren waren es noch 70 Prozent. Die Länder, in denen sich 2012 die meisten Flüchtlinge aufhielten, waren Pakistan (rd. 1,6 Millionen), gefolgt vom Iran (rd. 870.200) und Deutschland (rd. 590.000).

Willkommenskultur mit hohen Barrieren

Nach dem Unglück von Lampedusa geriet die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union erneut in heftige Kritik. Nach drei Monaten verkündete EU-Kommissarin Cecilia Malmström die Empfehlungen einer Expertengruppe. Trotz einiger Bekenntnisse zu Solidarität und Humanität bestanden sie vor allem aus weiteren Abschottungsmaßnahmen. Zum Beispiel soll ein „Europäisches Patrouillen-Netzwerk“ das Seegebiet zwischen Spanien und Zypern überwachen und durch das frühe Aufspüren von Flüchtlingsbooten ein schnelles Eingreifen möglich machen. Das kann Leben retten – aber auch dazu dienen, „irreguläre Migranten“ direkt zurückzubefördern.

Die deutsche Politik gegenüber Zuwanderern ist außerordentlich widersprüchlich. „Wir werden die Willkommens- und Anerkennungskultur in unserem Land stärken. Dies fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigert zugleich die Attraktivität unseres Landes für ausländische Fachkräfte, die wir brauchen.“ So steht es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, der Ende November 2013 vereinbart wurde. Nur wenige Wochen später schallte es dann aus der CSU: „Wer betrügt, der fliegt.“ Die Parole richtet sich gegen Rumänen und Bulgaren, für die seit dem 1. Januar 2014 die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Suggestiert wird, dass viele von ihnen vor allem den Zugang zum deutschen Sozialsystem missbrauchen wollen. Tatsächlich ist aber die Zahl der Zugewanderten, die Hartz IV in Anspruch nehmen, geringer als der deutsche Durchschnitt.

Im Hinblick auf Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien belegt eine Anfang 2014 veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, dass bei den 25- bis 64-Jährigen jeder Vierte einen Hochschulabschluss hat, deutlich mehr als bei der deutschen Bevölkerung. Darunter sind viele Personen mit naturwissenschaftlicher und technischer Qualifizierung, die bei der Wirtschaft besonders gefragt sind. Allerdings wäre es falsch zu leugnen, dass in einigen Groß-

städten auch Probleme mit neu zugewanderten Südosteuropäern existieren. Zur Unterstützung der betroffenen NRW-Kommunen hat die Landesregierung ein 7,5-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, mit den Schwerpunkten Bildung der Kinder, Integration auf dem Arbeitsmarkt, Bewältigung der Wohnungsprobleme und gesundheitliche Vorsorge.

Die Macht der Vorurteile zeigt sich auch bei Unternehmen. Einerseits fordern sie vom Staat eine stärkere Öffnung für ausländische Fachkräfte, andererseits bleibt die Personalpolitik oft diskriminierend. Das belegt auch eine Anfang 2014 veröffentlichte Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration, in deren Rahmen 3.600 fiktive Bewerbungen mit deutschen und türkischen Nachnamen verschickt wurden. Das Ergebnis: Um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, musste ein Kandidat mit einem deutschen Namen durchschnittlich fünf Bewerbungen schreiben, ein Bewerber mit türkischem Namen sieben. So ist es nicht erstaunlich, dass in den letzten Jahren Hunderttausende junge und oft gut ausgebildete Migranten türkischer Herkunft in die Türkei abgewandert sind, weil sie sich dort mehr Anerkennung und bessere berufliche Chancen erhofften. Passend dazu: Die Zahl der Einbürgerungen bleibt niedrig und ist zum Beispiel in NRW im Jahr 2013 um 2,2 Prozent gesunken, von 30.282 auf 29.629.

Gemeinsam gestalten

Häufig sind es zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Offenheit, Toleranz und ein interkulturelles Miteinander einsetzen. Die von unserer Stiftung geförderten Projekte im Bereich Interkultur bezogen sich in den letzten Jahren mit wenigen Ausnahmen auf den entwicklungspolitischen Bereich. Das gilt auch für das Jahr 2013, könnte sich aber bald ändern, denn das Thema „Umwelt und Muslime“ gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Initiatoren sind häufig Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund, die den Umwelt- und Klimaschutz als eine wichtige Aufgabe erkannt haben, von der sie auch ihre Communities überzeugen wollen. Gleichzeitig sehen sie ihre Aktivitäten als Chance, die Gesellschaft, in der sie leben, zu gestalten und dabei mit anderen Organisationen zu kooperieren. Ähnliches gilt für den Fairen Handel, für den sich immer mehr muslimische Gemeinden und Verbände interessieren und engagieren (s. dazu auch die Ausgabe 1/2014 unserer Zeitschrift „Resultate“).

Wir freuen uns über diese Entwicklung und unterstützen sie gerne durch Projektförderungen und eigene Aktivitäten, zum Beispiel ein Fachgespräch zu „Umwelt und Muslime“, das wir im Mai 2014 veranstaltet haben. Schön fänden wir es, wenn sich der Kreis der Aktiven erweitern würde, so dass interkulturelle Kooperation nicht als bilaterale Angelegenheit, sondern als internationales und interreligiöses Zusammenwirken begriffen wird.



Projekte Migration und Interkultur

Lesen verbindet

Welterfahrung durch die Vermittlung von Literatur – dieser Aufgabe widmet sich seit einigen Jahren das **Soziokulturelle Zentrum Bahnhof Langendreer** mit seiner Veranstaltungsreihe **WortWelten**. Auch 2013 waren Autorinnen und Autoren aus den Ländern des Südens in Bochum zu Gast, darunter Ana Paula Maia („Krieg der Bastarde“), Abdella Taia („Der Tag des Königs“) und Abbas Khider („Brief in die Auberginenrepublik“). Im Mittelpunkt der Lesungen und Diskussionen standen entwicklungs- und migrationspolitische Aspekte sowie die globalen Einflüsse auf die soziale und natürliche Umwelt. Die Stiftung hat WortWelten 2013 mit 6.310 Euro gefördert.



Afrika-Tag auf der Bonner Buchmesse Migration (Foto: H. Sachs)

Die Bonner Buchmesse Migration fand 2013 zum neunten Mal im Haus der Geschichte statt, und in ihrem Rahmen auch wieder ein **Afrika-Tag**. Er wurde vom **Deutsch-Afrikanischen Zentrum Bonn** und dem Projekt „Stimmen Afrikas“ des Allerweltshauses Köln am 9. November ausgerichtet. Die Ausstellung „Through my eyes“ zeigte Fotos, die Kinder aus Südafrika und Namibia von ihrem Lebensalltag geschossen haben. Im Werkstattgespräch „Forum junger Autoren“ stellten literarische Newcomer ihre Texte vor, und André Ekama, In Koli Jean Bofane, Muepu Muamba, Ute Schaeffer und Cesaire Beyel diskutierten das Thema „Afrika im Aufbruch“. Die Stiftung hat den Afrika-Tag mit 7.610 Euro unterstützt.

→ Weitere Informationen unter www.bahnhof-langendreer.de, www.dazbonn.de, www.stimmenafrikas.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4845 und E-4856

Schulen für Vielfalt

Vielfalt ist spannend, und „das Fremde“ ist nicht bedrohlich, sondern interessant und bereichernd – zustimmendes Nicken, vor allem bei jungen Menschen. Es gibt in Deutschland viele einzelne Partnerschaftsinitiativen zwischen Jugendlichen in Deutschland und den Ländern des Südens, die bislang aber kaum etwas voneinander wissen. Die Initiative **bridge-it!** möchte als bundesweite Anlaufstelle Brücken bauen zwischen den Schülerinnen und Schülern, die sich für globale Themen interessieren. bridge-it! honoriert die interessantesten Partnerschaftsprojekte mit einem Förderpreis und vermittelt den Dialog zwischen engagierten Schulen. In NRW waren bislang das Ruhrtal-Gymnasium in Schwerte und die Französische Schule in Düsseldorf Gastgeber solcher Dialogveranstaltungen. Die Düsseldorfer erhielten außerdem für ihr Partnerschaftsprojekt mit Schülern in Togo den 1. Preis beim Bridge-it-Award 2013. Die Stiftung hat bridge-it! mit 7.700 Euro gefördert.

Das **migration-audio-archiv** in Köln ist eine Sammlung von hörbaren Migrationsgeschichten. Mehr als 130 Frauen und Männer unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft erzählen ihre Geschichte: Wie und warum sie nach Deutschland gekommen sind, wie sie empfangen und aufgenommen wurden – und wie sie sich zurechtfinden und -finden. Die Geschichten wurden teilweise im WDR-Hörfunk ausgestrahlt und sind auf der Website des Archivs zu hören. Im Rahmen des Projekts **Erzählte Migrationsgeschichte – Dialoge im Unterricht** erstellt das migration-audio-archiv in einem Team aus Medien- und Bildungsexperten Unterrichtsmaterialien und Arbeitsmodule zu zahlreichen Facetten der Migration. Im Zentrum stehen Jugendliche, die ihre Lebensgeschichte erzählen. Die Materialien sind an die Rahmenlehrpläne der Sekundarstufe I und II angelehnt, eignen sich aber auch für die außerschulische Bildungsarbeit. Die Zusammenarbeit mit Vertriebsorganisationen und eine Bewerbung der Materialien in Veranstaltungen für Bildungsmultiplikatoren und Schulen sichert eine umfassende Verbreitung. Die Stiftung unterstützt das Projekt mit 82.700 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.bridge-it.net, www.migration-audio-archiv.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4836 und E-4804

Afrika im Blickpunkt

Unser Bild von Afrika hat sich in den letzten Jahren zunehmend gewandelt. Zwar sind die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme immer noch sehr groß, aber wir sehen den Kontinent und seine Menschen nicht mehr alleine als bedauernswerte Opfer, denen wir helfen müssen. Trotz aller Fortschritte hält sich dieses Zerrbild in manchen Köpfen jedoch recht hartnäckig. Mit der interdisziplinären Fachtagung **Afrika 3.0** hat der Verein **Africa Positive** zu seinem 15. Geburtstag am 21. Juni 2013 in der TU Dortmund einen Beitrag dazu geleistet, den Menschen in Deutschland ein realistisches, differenziertes und auf Fakten basierendes Bild Afrikas zu vermitteln. Die Tagung wurde von unserer Stiftung mit 19.100 Euro unterstützt. Mitveranstalter waren das Erich-Brost-Institut für Internationalen Journalismus der TU Dortmund und das Institut für Kommunikationswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Auch als Wirtschaftsfaktor wird Afrika zunehmend interessant. Konzerne aus den USA, Europa und vor allem China ringen um Einfluss, wollen sich Märkte und insbesondere den Zugang zu Rohstoffen sichern. 2011 hatte der chinesisch-afrikanische Wirtschaftsaustausch das Rekordvolumen von umgerechnet 135,3 Milliarden Euro erreicht. Unter dem Titel **China – der heiß ersehnte Partner Afrikas?** veranstaltete das **Ethiopian German Forum** am 20. Februar 2013 eine von der Stiftung mit 8.500 Euro geförderte Konferenz, die sich mit den komplizierten Perspektiven dieser Verbindung beschäftigte.

Ein weiteres Projekt des **Ethiopian German Forum** ist die Veranstaltungsreihe **Blickpunkt Afrika**, in Kooperation mit dem Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum. Damit wird der Diskussion über gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Themen Afrikas eine Plattform gegeben. Die Stiftung unterstützt Blickpunkt Afrika mit 25.000 Euro.

Weibliche Genitalbeschneidung ist nicht allein ein afrikanisches Problem, sondern findet auch direkt vor unserer Haustür statt. In Nordrhein-Westfalen sind etwa 5.600 Frauen von Genitalbeschneidung betroffen, rund 1.200 Mädchen gelten als gefährdet. Mehr als 200 Ärzte und medizinische Fachkräfte informierten sich am 15. Juni 2013 in Düsseldorf auf der Fachtagung **Weibliche Genitalbeschneidung** über Prävention, medizinische Versorgung, die rechtliche Situation und die Arbeit mit Betroffenen. Die Veranstaltung wurde vom Verein **stop mutilation** ausgerichtet, Kooperationspartner war die Ärztekammer Nordrhein. Die Ergebnisse der Tagung sowie weitere Informationen werden in einer Broschüre veröffentlicht. Die Stiftung hat das Projekt mit 16.000 Euro unterstützt.

➔ Weitere Informationen unter www.africa-positive.de, www.eg-forum.de, www.stop-mutilation.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4843, E-4827, E-4847 und E-4819

Global Erfahrungen sammeln

Im Digital Participation Camp brachte das Netzwerk **The Global Experience** in Münster rund 70 junge Menschen zusammen, die digitale Medien nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Die Teilnehmer aus Europa, dem Nahen Osten, Afrika, Südamerika und Asien diskutierten vom 19. bis zum 28. Juli über die Möglichkeiten international vernetzter, digitaler Jugendarbeit und entwickelten gemeinsame Projekte. An der von unserer Stiftung mit 8.800 Euro unterstützten Abschlussveranstaltung, dem **Digital Participation Summit**, nahmen auch Studierende und Schüler aus Nordrhein-Westfalen teil.



Junge Menschen für nachhaltige Entwicklung (Foto: A. Rodas)

Mit dem Projekt **Teach Global** wollen die Vereine **for fair education** und **The Global Experience** rund 150 Lehramtsstudierende aus Nordrhein-Westfalen durch Praktika in Asien, Afrika und Lateinamerika für Globales Lernen qualifizieren. Das Konzept basiert auf dem Austauschprogramm **easyGo – easyCome**, das **for fair education** organisiert. Parallel zu dem Austausch wird ein Mentorenprogramm aufgebaut, in dessen Rahmen etwa 40 Lehramtsstudierende unter fachlicher Anleitung Unterrichtskonzepte erarbeiten. Die Stiftung fördert Teach Global mit 92.200 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.theglobalexperience.org, www.for-fair-education.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4846 und Z-5221





Kommunikation und Infrastruktur

Die knappen personellen und finanziellen Ressourcen, mit denen viele Organisationen aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich arbeiten müssen, werden zuerst und weitgehend in die inhaltliche Arbeit gesteckt. Das mag auf den ersten Blick sympathisch sein – denn es geht doch um „die Sache“ und nicht um Werbung für eine Organisation. Längerfristig jedoch kann mangelnde Kommunikation den Erfolg der Arbeit gefährden. Schließlich sollen möglichst viele Menschen für das Engagement und die Ziele der NRO begeistert werden, sollen sich beteiligen und gerne auch finanzielle Unterstützung leisten, um die Arbeit für Naturschutz oder Menschenrechte auf eine nachhaltige Basis zu stellen.

Was über der Betriebsamkeit des Alltags ebenfalls häufig vernachlässigt wird, ist der Blick auf die eigenen Arbeitsweisen und Strukturen. Mehr Mitarbeitende, mehr Mitglieder und mehr Projekte führen bei vielen Organisationen dazu, dass Entscheidungen, Arbeitsteilung und Zusammenarbeit komplizierter werden. Andere kämpfen mit Mitgliederschwund, den immer schon Engagierten geht die Puste aus. In beiden Fällen müssen die Beteiligten gründlich überdenken, wie es mit der Arbeit weitergehen soll. Sehr hilfreich ist dabei eine professionelle externe Unterstützung. Wir freuen uns, dass unsere Stiftungsregelungen es erlauben, nicht nur die inhaltliche Arbeit zu Umwelt und Entwicklung zu fördern, sondern auch Prozesse der Organisationsentwicklung finanziell zu unterstützen.

Ein weiteres Angebot unserer Stiftung ist die Fundraising-Studientagung, die wir wie in den Vorjahren gemeinsam mit der Katholisch-Sozialen Akademie Franz Hitze Haus, der Fundraising-Akademie Frankfurt, dem Eine Welt Netz NRW und dem NABU Nordrhein-Westfalen veranstaltet haben. Die zweitägige Veranstaltung im Januar 2013 in Münster richtete sich an Verantwortliche aus umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, die ihr Fundraising weiterentwickeln wollen.



Projekte Kommunikation und Infrastruktur

Effiziente Kommunikation

Für erfolgreiche inhaltliche Arbeit ist eine effiziente Kommunikation unverzichtbar. Hier gewinnt das Internet immer stärker an Bedeutung. Eine moderne und interaktive Website ist daher ein sinnvolles und relativ kostengünstiges Angebot, mit dem viele Menschen erreicht werden können. Zu diesem Schluss kam auch das **Asienhaus** in Köln nach einer ebenfalls von unserer Stiftung geförderten Organisationsberatung. Die neue **Website** bildet den Netzwerkcharakter des Asienhauses besser als zuvor ab, bindet Social-Media-Formate ein, beinhaltet ein Intranet und ist weitgehend barrierefrei. Die Stiftung hat die neue Website mit 8.350 Euro gefördert.

Der Kölner Verein **FilmInitiativ** bemüht sich seit 1992 um eine umfassende Präsentation des zeitgenössischen afrikanischen Kinos, unter anderem mit dem Festival „Jenseits von Europa – Neue Filme aus Afrika“ sowie thematischen und länderspezifischen Sonderreihen. In einem von unserer Stiftung mit 96.000 Euro geförderten Projekt werden die **Internetseite** www.filme-aus-afrika.de sowie die **Datenbank zu Afrika-Filmen** ausgebaut und durch didaktische, entwicklungs- und kulturpolitische Hinweise zu Themen, Ländern und Regionen ergänzt. Die Informationen werden in deutscher, englischer und französischer Sprache angeboten.

Bereits zum 29. Mal fanden 2013 die Düsseldorfer Eine Welt Tage statt und machten die Landeshauptstadt zu einer Stätte der Begegnung. Unter dem Motto „Kulturen und Partnerschaft – Wir bringen zusammen“ beteiligten sich knapp 200 Organisationen an den rund 178 Veranstaltungen zwischen Juni und Dezember. Um möglichst viele Menschen tatsächlich „zusammenzubringen“, wurde die Bewerbung der Veranstaltung sowohl online als auch mit verschiedenen Printmedien sowie einer kontinuierlichen Pressearbeit optimiert. Mit großem Erfolg: Zu den Eine Welt Tagen kamen über 15.000 Besucher, die sich nicht nur für die kulturellen Angebote, sondern auch für die entwicklungspolitischen Aktivitäten in Düsseldorf interessierten. Insbesondere durch die Ankündigungen auf Facebook wurden auch viele junge Menschen erreicht. Unsere Stiftung hat die verbesserte **Öffentlichkeitsarbeit zu den Eine Welt Tagen** mit 9.671 Euro unterstützt.

→ Weitere Informationen unter www.asienhaus.de, www.filminitativ.de, www.eine-welt-tage.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4830, E-4839 und E-4841





Erstrahlt bald in neuem Glanz: das Welthaus Bielefeld (Foto: Welthaus)

Räume schaffen

Ein Ort der Information, eine Stätte der Begegnung, ein Raum für neue Erfahrungen – all' das und noch mehr ist das **Welthaus Bielefeld**. Unter dem Motto **Erkennbar einladend** wird der 1895 errichtete Altbau jetzt saniert und im Erdgeschoss ein offener Eingangsbereich mit Empfang, Informationen, Fair-Trade-Produkten sowie einem Café eingerichtet. Warenverkauf, Beratung und Getränkeausschank werden ehrenamtliche Mitarbeitende übernehmen, die auf diese Tätigkeiten durch Schulungen vorbereitet werden. Im Rahmen des Umbaus wird auch die bestehende Mediothek neu gestaltet, sie setzt in Zukunft stärker auf Beratung und Internetangebote. Die Stiftung fördert die Umgestaltung des Eingangsbereichs und die Mitarbeiter-schulungen mit 77.000 Euro.

Die Verwandlung der Emscher von einer Kloake zu einem an manchen Stellen naturnahen Gewässer ist eine der Erfolgsgeschichten des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen. Die **Emschergenossenschaft** hat, zusammen mit der Stadt Dinslaken und dem Kreis Wesel, eine alte Hofanlage zu einem modernen Informationszentrum über die ökologischen Umgestaltung der Emscherregion ausgebaut. Im Außenbereich des **Emschermündungshofes** entstehen Färbergärten, Obstgärten und ökologische Entwicklungsflächen. Eine Radstation bietet Leihräder für Touren auf den zahlreichen Routen an, die am Hof vorbeiführen. Die Stiftung hat mit 41.900 Euro die Errichtung eines Werk- und Seminarraums sowie eines Lagerraums gefördert, die vor allem vom NABU und vom Färbergartenprojekt „sevangardens“ für ihre Bildungsarbeit genutzt werden. Im Mai 2014 wird der Hof mit einem großen Bürgerfest eröffnet.

→ Weitere Informationen unter www.welthaus.de, www.emschergenossenschaft.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4831 und U-3476



Der Emschermündungshof wurde zu einem Informationszentrum umgebaut (Foto: Emschergenossenschaft/R. Oberhäuser)



Organisationen entwickeln

Wie können wir uns gegenüber anderen Organisationen profilieren? Haben wir die richtigen Strukturen und Verfahren? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum eines Organisationsentwicklungsprozesses, den die Hilfsorganisation **CARE Deutschland-Luxemburg** im Frühjahr 2013 durchführte. Mit Unterstützung eines externen Beraters wurde eine **Organisationsstrategie** entwickelt, um die Zukunftsfähigkeit des Vereins zu sichern. Die „Perspektive 2020“ setzt auf klar definierte Entscheidungswege und Aufgabenbereiche sowie auf thematische Fokussierung, etwa die Gleichstellung der Geschlechter und Förderung von Frauen und Mädchen. Die Stiftung hat den Prozess mit 9.751 Euro gefördert.

Der **Deutsch-Äthiopische Studenten- und Akademikerverein** konnte in den letzten Jahren seine Aktivitäten deutlich ausbauen und neue Mitglieder gewinnen. Der Hauptanteil der kontinuierlichen Arbeit wurde jedoch von wenigen Ehrenamtlichen geleistet. In einem professionell unterstützten **Organisationsentwicklungsprozess** werden jetzt die Vereinsstrukturen partizipativer gestaltet und mehr Mitglieder aktiviert, um die Arbeit besser zu verteilen. Die Stiftung fördert die Organisationsentwicklung mit 10.000 Euro.

Auch der Verein **Aktion Weißes Friedensband**, ein Träger der freien Jugendhilfe, verbessert seine Arbeit in den Bereichen Kommunikation, Finanzierung, Personal- und Projektmanagement. In die von einem externen Berater begleitete **Organisationsentwicklung** werden Mitarbeiter und Mitglieder des Vereins eingebunden. Die Stiftung unterstützt den Prozess mit 9.977 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.care.de, www.daesav.de, www.friedensband.de sowie in unserer Projektdatenbank unter O-2314, O-2316 und O-2317



Nachwuchs für den Natur- und Umweltschutz (Foto: NAJU NRW)

Bildung organisieren

Es ist ein offensichtliches Vorurteil, dass sich junge Menschen nicht für Naturschutz oder eine gerechte globale Entwicklung interessieren. Sie engagieren sich und nehmen Angebote gerne wahr, wenn diese ihre Interessen und Sichtweisen aufgreifen. Diese Erfahrung hat auch die **Naturschutzjugend (NAJU) NRW** gemacht, unter anderem bei ihrem Modellprojekt **NAJU-Regionalbetreuer**, das ebenfalls von unserer Stiftung gefördert wurde. Dabei unterstützten zwei Regionalbetreuer die Arbeit von NAJU-Kinder- und Jugendgruppenleitern in den Regionen Münsterland und Unna/Märkischer Kreis. Sie führten Schulungen durch, boten Materialien an und sorgten für einen regelmäßigen Austausch der ehrenamtlich Aktiven. In der Folge gründeten sich 14 Kindergruppen, zwei Jugend- und vier Familiengruppen. 27 neue Gruppenleiter konnten gewonnen werden. Um möglichst vielen Kindern, Jugendlichen und Familien in NRW eine außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, wird das erfolgreiche Konzept der Regionalbetreuer jetzt auf weitere Regionen ausgedehnt. Auf der Agenda stehen außerdem Schulungen zum Fundraising und die Erarbeitung eines Finanzierungskonzepts, um die Arbeit in den Regionen langfristig zu sichern und auszubauen. Das Projekt, das die NAJU NRW gemeinsam mit dem NABU-Landesverband sowie dem NABU Märkischer Kreis durchführt, wird von uns mit 82.200 Euro gefördert.

Auch der **BUND Nordrhein-Westfalen** baut, gemeinsam mit seiner Jugendorganisation, seine Umweltbildungsarbeit aus. Konkret geht es um eine engere Kooperation der didaktisch und methodisch erfahrenen Umweltbildner mit den fachlich Engagierten. Über die Verzahnung der Bildungs- mit der Facharbeit sollen neue Ansätze

der Umweltbildungsarbeit entstehen, um so Themen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Zur **Bildungsoffensive BUND** gehören Qualifizierungen, Vernetzungstreffen und Beratungen zur örtlichen Öffentlichkeitsarbeit. Die Schulungen vermitteln Anregungen für vielfältige Aktionsformen wie eine politische Radtour, eine globalisierungskritische oder klimapositive Stadtführung, ein Naturerlebnis-Picknick oder eine Umwelt-Agenten-AG. Best-Practice-Pakete mit Materialien zu 20 Themen, zum Beispiel „Klimaschutz in Topf und Pfanne“ oder „Fledermaus-Aktionen für Groß und Klein“, sind ein weiteres Angebot der Bildungsoffensive. Unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit 277.060 Euro.

Bildung für nachhaltige Entwicklung soll ein fester Programmbestandteil der Volkshochschulen (VHS) in Nordrhein-Westfalen werden. 30 Volkshochschulen beteiligen sich an der Initiative **Zukunft nachhaltig gestalten** des **Landesverbands der Volkshochschulen**. Bestandteile dieses auf zunächst zwei Jahre angelegten und von der Stiftung mit 159.680 Euro geförderten Projekts sind u. a. Ringvorlesungen zu Nachhaltigkeitsthemen für VHS-Mitarbeitende, der Aufbau einer Internetplattform zur Vernetzung aller am Projekt Beteiligten sowie die Ausstellung „Ich und meine Stadt – Zukunft gestalten“. Sie beschäftigt sich mit den Themen Klima/Wetter, Stadtplanung/Raump lanung, Mobilität, Bauen/ Wohnen, Geld/Konsum, Gesundheit und Bildung. Der Hauptteil der Wanderausstellung wurde von einem Künstler gestaltet, ein weiterer Teil entsteht durch die Besucher vor Ort, die ihre Ideen zur Zukunft ihrer Stadt ausdrücken können. Ein Abschlusskongress soll die Projektergebnisse präsentieren und andere Volkshochschulen zu eigenem Engagement inspirieren.

→ Weitere Informationen unter www.naju-nrw.de, www.bund-nrw.de, www.vhs-nrw.de und www.campus-fuer-nachhaltigkeit.de sowie in unserer Projektdatenbank unter O-2315, U-3488 und Z-5206

Finanzen der Stiftung

Vertrauen beruht nicht nur auf Kontrolle, aber Kontrolle kann Vertrauen aufbauen und stärken. Als Fördereinrichtung des Landes brauchen wir Vertrauen, und deshalb ist uns die jährliche Kontrolle unserer Finanzen durch unseren Wirtschaftsprüfer sehr recht. Außerdem verpflichtet uns unsere Satzung zur Prüfung unseres Jahresabschlusses durch einen anerkannten Wirtschaftsprüfer.

Für den Jahresabschluss 2013 wurde diese Prüfung durch die Axis GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Köln vorgenommen. Der Abschluss hat das uneingeschränkte Testat der Wirtschaftsprüfer erhalten. Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Einnahmen

Die **Zinserträge** des Jahres 2013 lagen mit 535 T€ um 299 T€ unter den Erträgen des Jahres 2012. Dieser starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Laufzeiten mehrerer älterer Geldanlagen, deren Verzinsung weit über dem derzeitigen Zinsniveau lag, zu ihrem Ende gekommen sind. Die Stiftung hat damit im Jahr 2013 eine Rendite von gut zwei Prozent auf ihr Vermögen erwirtschaftet.

Die **Zuweisung des Landes** Nordrhein-Westfalen betrug 4.468 T€. Das waren 1.067 T€ weniger als im Vorjahr. Diese Reduzierung hat zwei Gründe. Zum einen verminderten sich die Einnahmen des Landes aus dem Lotterie-Pool, aus dem ein Teil der Zuweisungen des Landes an unsere Stiftung finanziert wird. Zum anderen hatten wir im Vorjahr zusätzliche ungeplante Mittel aus der Auflösung eines Sicherungsfonds der Landeslottogesellschaft bekommen, die im Jahr 2013 nicht zur Verfügung standen.

Die **Bewilligungslöschungen** betrugen im Jahr 2013 93 T€. Bewilligungslöschungen kommen zustande, wenn Fördernehmer bei den Nachweisen ihrer Projektausgaben unterhalb der ursprünglich angenommenen Kosten bleiben. Da die Förderbeiträge der Stiftung jeweils maximal einen bestimmten Prozentanteil der Projektkosten betragen, mindern sich bei geringeren Gesamtvolumina auch die Fördersummen.

Auf der Einnahmeseite der Bilanz schlägt auch der aus dem Jahr 2012 nach 2013 übertragene Haushaltsrest von 7.876 T€ zu Buche. Im Vorjahr (2011 nach 2012) war dieser Übertrag um 1.413 T€ geringer.

Unter Einrechnung des Haushaltsrests aus dem Vorjahr weist die Einnahmeseite eine **Gesamtsumme** von 12.971 T€ auf, 14 T€ weniger als im Jahr 2012.

Ausgaben

Die **Personalkosten** betrugen im Jahr 2013 498 T€, das waren gut 10 T€ mehr als 2012. Gründe sind zum einen die Besetzung einer im Vorjahr zeitweilig noch vakanten Stelle in der Geschäftsstelle der Stiftung und zum anderen der zeitweilige Einsatz einer Aushilfsarbeitskraft, um das gestiegene Förderantragsvolumen zu bewältigen.

Die **sächlichen Verwaltungskosten** lagen mit 81 T€ um 16 T€ über der Vorjahressumme. Hintergrund dafür sind unter anderem gestiegene Energiekosten, Rechtsberatungskosten und Reparaturen.

Für **Investitionen** haben wir 22 T€ ausgegeben, gegenüber 6 T€ im Vorjahr. Der Anstieg ist vor allem auf notwendige Investitionen in die IT-Infrastruktur sowie den Ersatz für ein altes Druck- und Kopiergerät zurückzuführen.

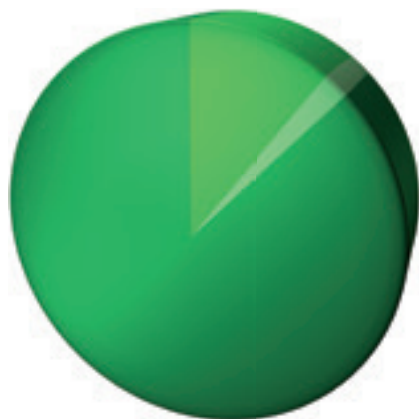
Für die Arbeit der **Stiftungsorgane** (Vorstand und Stiftungsrat) haben wir 6 T€ ausgegeben. Die **Personal- und Verwaltungskosten** insgesamt betrugen 607 T€. Sie waren damit um 44 T€ höher als im Vorjahr.

Die Ausgaben für die **Projektförderung** waren mit 4.068 T€ annähernd so hoch wie im Vorjahr (4.153 T€). Die **BnE-Agentur** haben wir im Jahr 2013 mit 80 T€ mitfinanziert. Im Vorjahr betrug die Summe dafür nur 25 T€, weil die Agentur ihre Arbeit erst im vierten Quartal 2012 aufgenommen hatte. Auf die im Jahr 2013 gestartete **Fachstelle für nachhaltige und faire Beschaffung „newtrade“** entfiel 2013 eine Ausgabensumme von 89 T€. Für andere **Eigenprojekte** der Stiftung haben wir 309 T€ ausgegeben, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 298 T€. Zu ihnen rechnen u. a. die Beteiligung der Stiftung am Global Media Forum der Deutschen Welle mit 100.000 € und am Deutschen Nachhaltigkeitstag 2013 mit ca. 60.000 €. Für **Öffentlichkeitsarbeit** haben wir 68 T€ ausgegeben, nach 76 T€ im Vorjahr.

Die **Ausgaben für Stiftungszwecke** betrugen im Jahr 2013 insgesamt 4.613 T€, gegenüber 4.266 T€ im Vorjahr. Damit hatten wir im Jahr 2013 **Ausgaben** von **insgesamt** 5.220 T€, gegenüber 4.829 T€ im Vorjahr.

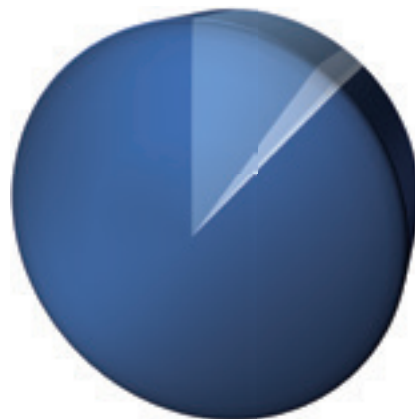
Dem **Stiftungskapital** haben wir zum Ausgleich von Inflationsverlusten der Vorjahre 180 T€ **zugefügt** (Vorjahr 280 T€). Im Wirtschaftsplan waren 250 T€ vorgesehen, diese Summe konnten wir aber aus steuerrechtlichen Gründen nicht in voller Höhe dem Stiftungskapital zufügen.

Es verbleibt ein **Haushaltsrest** von 7.571 T€, der für die künftige Realisierung des Stiftungszweckes zur Verfügung steht. Dieses freie Vermögen der Stiftung ist um 305 T€ kleiner als im Vorjahr.



Einnahmen 2013

87,7 %	Zuweisungen aus Landeshaushalt
10,5 %	Zinserträge
1,8 %	Bewilligungslöschungen
0 %	Tilgung Förderdarlehen
0 %	Sonstige Erträge und Erstattungen



Ausgaben 2013

88,4 %	Ausgaben für Stiftungszwecke
9,5 %	Personalausgaben
1,6 %	Sächliche Verwaltungsausgaben
< 1 %	Investitionen
< 1 %	Ausgaben für Stiftungsorgane

Einnahmen 2013	in T€	in %	2012	Veränderung
Zinserträge	535	10,5	833	-299
Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	4.468	87,7	5.535	-1.067
Bewilligungslöschungen	93	1,8	53	+40
Tilgung Förderdarlehen	0	0,0	100	+1100
Sonstige Erträge und Erstattungen	0	0,0	0	0
Summe Einnahmen	5.095	100	6.522	-1.427
Auflösung Rücklagen	0			0
Haushaltsrest Vorjahr	7.876		6.463	+1.413
Summe Auflösung Rücklagen und Haushaltsrest Vorjahr	7.876		6.463	+1.413
Gesamteinnahmen	12.971		12.985	-14

Ausgaben 2013	in T€	in %	2012	Veränderung
Personalausgaben	498	9,5	487	+10
Sächliche Verwaltungsausgaben	81	1,6	65	+16
Investitionen	22	0,4	6	+16
Ausgaben für Stiftungsorgane	6	0,1	4	+2
Summe Personal- und Verwaltungskosten	607	11,6	563	+44
Projektförderung	4.068	77,9	4.153	-86
BnE-Agentur	80	1,5	25	+54
Fachstelle „newtrade“	89	1,7	0	+89
Sonstige Eigenprojekte	309	5,9	11	+298
Öffentlichkeitsarbeit	68	1,3	76	-8
Summe Ausgaben für Stiftungszwecke	4.613	88,4	4.266	+347
Gesamtausgaben	5.220		4.829	+391
Zuführung zum Stiftungskapital	180		280	-100
Haushaltsrest	7.571		7.876	-305

Bilanz

Die Bilanz gibt unseren Vermögensstatus zum Jahresende 2013 wieder. Die Seite der Aktiva dokumentiert die Verwendung des Vermögens, die Seite der Passiva dokumentiert die kaufmännische Herkunft der Vermögenswerte.

Aktiva

Das **Anlagevermögen** der Stiftung besteht aus Finanzanlagen, immateriellen Vermögenswerten (z. B. Software-Lizenzen) sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Finanzanlagen waren in 2013 mit 10.939 T€ um 4.769 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Grund dafür ist eine Umschichtung unserer Vermögensanlage, die zu einem zeitweiligen höheren Bestand des Umlaufvermögens führte. Die immateriellen Vermögensgegenstände hatten am Jahresende einen Wert von 8 T€. Der Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung war mit 20 T€ um etwa 3 T€ niedriger als im Jahr zuvor.

Das **Umlaufvermögen** umfasst im Wesentlichen Forderungen der Stiftung, kurzfristige Finanzanlagen sowie den Bestand auf Bankkonten und in der Kasse. Die kurzfristigen Finanzanlagen dienen der Stiftung zur Deckung ihres Liquidationsbedarfs für ihren laufenden Geschäftsbetrieb sowie für die Erfüllung ihrer aktuellen Förderverpflichtungen. Das gesamte Umlaufvermögen betrug am Jahresende 2013 insgesamt 12.334 T€. Dieser hohe Betrag übersteigt selbstverständlich den laufenden Liquiditätsbedarf der Stiftung. Er ist darauf zurückzuführen, dass kurz vor dem Jahresende eine Vermögensanlage zurückgezahlt und auf einem Tagesgeldkonto bis zur Wiederanlage zwischengeparkt worden ist.

Aktiva in T€	31.12.13	31.12.12	Veränderung
Anlagevermögen			
Finanzanlagen des Stiftungskapitals und des Haushaltsvermögens	10.939	15.708	-4.769
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	3	+5
Betriebs- und Geschäftsausstattung	20	23	-3
Umlaufvermögen			
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände (Finanzanlagen)	92	519	-427
Kasse, Bank	12.242	6.519	+5.723
Summe Aktiva	23.301	22.772	+529

Passiva

Größter Posten des **Eigenkapitals** der Stiftung ist das Stiftungskapital von 10.940 T€. Es wurde im Jahr 2013 um 180 T€ erhöht.

Die „Rücklage § 58 Nr. 7a AO“ ist eine von der Abgabenordnung zugelassene Rücklage für die zukünftige Erfüllung des Stiftungszweckes. Sie betrug Ende 2013 unverändert 51 T€.

Das „sonstige Kapital“ von 28 T€ ist der Gegenposten zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz, genauer zu den immateriellen Vermögensgegenständen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der „Fonds für zukünftige Projektbewilligungen“ entspricht dem „Haushaltsrest“ der Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Er betrug Ende 2013 7.571 T€ nach 7.876 T€ im Vorjahr.

Die **Verbindlichkeiten** der Stiftung am Jahresende 2013 bestehen aus Verbindlichkeiten aus bewilligten Förderungen, sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Die **Verbindlichkeiten** aus bewilligten Förderungen entstehen durch Förderzusagen, die über das laufende Jahr hinausreichen. Die Stiftung fördert Projekte bis zu einer maximalen Laufzeit von drei Jahren. Der Teil der Förderzusagen, der nicht mehr im laufenden Jahr, sondern erst in den Folgejahren zur Auszahlung kommt, geht in die Verbindlichkeiten aus bewilligten Förderungen ein. Diese Bilanzposition betrug am Jahresende 4.652 T€, das sind 651 T€ mehr als im Vorjahr. Diese deutliche Steigerung ist eine Folge der 2013 erneut erweiterten Fördertätigkeit der Stiftung.

Die sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von 59 T€ setzen sich unter anderem aus kurzfristigen Lohnsteuer- und Sozialversicherungsverbindlichkeiten der Stiftung und aus Rückstellungen für die Kosten des Jahresabschlusses 2013 zusammen.

Passiva in T€	31.12.13	31.12.12	Veränderung
Eigenkapital			
Stiftungskapital	10.940	10.760	+180
Rücklage § 58 Nr. 7a AO	51	51	0
Sonstiges Kapital	28	26	+2
Freies Vermögen (Haushaltsrest)	7.571	7.876	-305
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus bewilligten Projekten	4.652	4.001	+651
Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	59	57	+2
Summe Passiva	23.301	22.772	+530
Saldo aus Freiem Vermögen und Verbindlichkeiten	2.860	3.818	-958

Die tatsächlichen freien Reserven der Stiftung ergeben sich aus dem Saldo aus freiem Vermögen und Verbindlichkeiten. Sie betrugen Ende 2013 2.860 T€, 958 T€ weniger als Ende 2012. Dieser Betrag ist das Sicherheitspolster der Stiftung für ihre bestehenden und zukünftigen Förderverpflichtungen. Sein Rückgang drückt aus, dass wir im Jahr 2013 die Stiftungsarbeit noch einmal ausgedehnt haben.

Landeszuweisungen

Die Landeszuweisungen an unsere Stiftung werden durch das Landeshaushaltsgesetz festgelegt. Sie kommen aus zwei Quellen: Aus an das Land abgeführten Glücksspiel- und Wettüberschüssen und seit 2011 auch aus Steuermitteln.

Die Glücksspiel- und Wetterträge kommen aus den Einspielergebnissen von Fußball-Toto, KENO, Oddset Sportwette, Losbrieflotterie und Spiel77. Sie fließen zunächst in einen gemeinsamen Pool. Diese Einnahme-Position des Landeshaushalts steht allerdings grundsätzlich unter dem Vorbehalt, dass auch tatsächlich entsprechend hohe Lotterie- und Wetterlöse eingespielt werden. Sind die Einspielergebnisse niedriger, wird weniger Geld von der Landeslottogesellschaft an das Land abgeführt. Sind die Einspielergebnisse höher, wird mehr abgeführt.

Aus diesem Pool wird zunächst ein Betrag von 1,25 Millionen € für Einrichtungen entnommen, die den Kampf gegen Spielsucht unterstützen. Der Rest wird nach festen Prozentsätzen an 15 verschiedene Organisationen verteilt. Darunter ist auch unsere Stiftung mit einem Anteil von 3,305 %. Im Jahr 2013 haben wir auf dieser Grundlage eine Zuweisung von 2,468 Millionen € erhalten.

Darüber hinaus hat der Landeshaushalt 2013 der Stiftung wieder eine Summe von 2 Millionen € aus Steuermitteln zugewiesen.

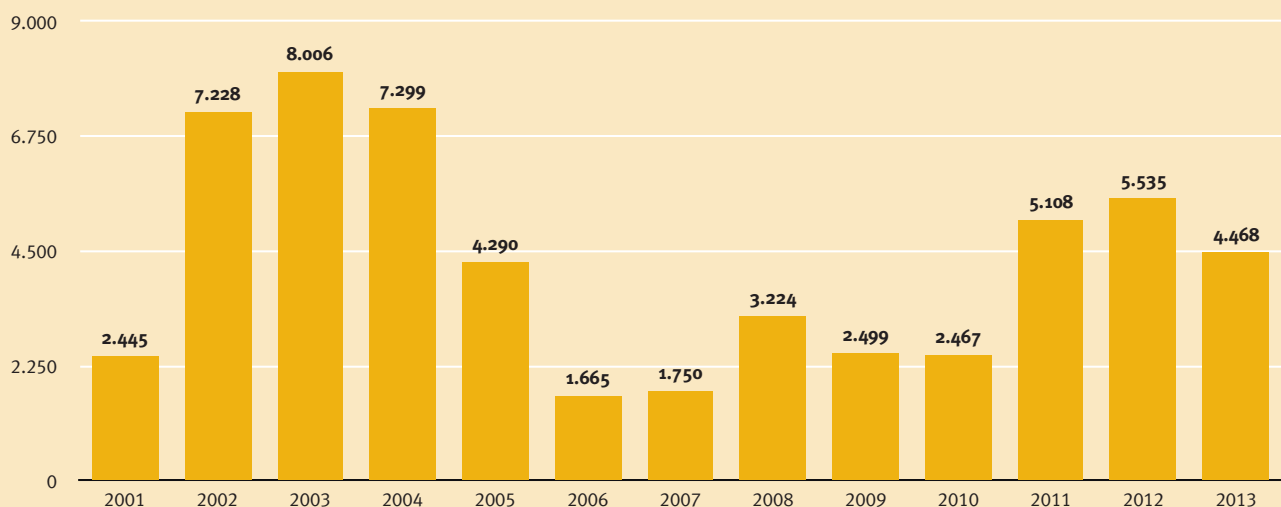
Verteilung der Fördermittel

Nach der Satzung der Stiftung sind Projekte im Bereich Umwelt- und Naturschutz denen im Bereich Entwicklung grundsätzlich gleichwertig. Die tatsächlichen jeweiligen Fördervolumina schwanken von Jahr zu Jahr. Der Vergleich der Auszahlungen für laufende Förderprojekte (deren Förderung überwiegend in den beiden Vorjahren beschlossen wurde) zeigt, dass im Jahr 2013 die Förderung umweltpolitischer Projekte ein Übergewicht gegenüber den entwicklungspolitischen Projekten hatte. Allerdings haben vor allem die fachübergreifenden Projekte, in denen sich beide Aspekte verbinden, stark zugelegt.

Auch die Aufstellung der im Jahr 2013 neu begonnenen Projekte nach Förderbereichen zeigt, dass dem Fördervolumen nach die Umweltprojekte die größere Sparte waren. Auch da haben vor allem die fachübergreifenden Projekte stark zugelegt.

Die Betrachtung der neu begonnenen Förderentscheidungen nach Größenklassen zeigt: Die oberen Größenklassen haben zahlenmäßig und volumenmäßig deutlich zugelegt, besonders die Projekte über 50.000 € bis 100.000 € und die Projekte über 100.000 € Fördervolumen. Dabei haben sich die durchschnittlichen Fördervolumina von 2012 auf 2013 von ca. 31 T€ auf knapp 62 T€ etwa verdoppelt.

Landeszuweisungen in T€



Auszahlungen für laufende Projekte (inkl. Darlehenstilgungen und Bewilligungslöschungen)

Tätigkeitsbereich	2013				2012		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
Förderprojekte	203	94,8	3.226	87,0	201	2.056	+2	+1.170
davon:								
Umwelt	66	30,6	1.235	33,3	58	595	+8	+640
Fachübergreifend	61	28,2	1.116	30,1	55	672	+6	+444
Entwicklung	71	32,9	821	22,1	82	771	-11	+50
Organisationsentwicklung	5	2,3	54	1,5	6	18	-1	+36
Eigenprojekte	13	6,0	482	13,0	13	36	0	+446
davon:								
BnE-Agentur	1	0,5	42	1,1	1	25	0	+17
Fachstelle „newtrade“	1	0,5	131	3,5	0	0	+1	+131
andere Eigenprojekte	11	5,1	309	8,3	12	11	-1	+298
Alle	216	100,0	3.708	100,0	214	2.092	+2	+1.616

Neu begonnene Förderprojekte (ohne Eigenprojekte) nach Größenklassen

Projektvolumen	2013				2012		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
bis 5.000 €	8	9,5	23	0,4	12	31	-4	-8
über 5.000 € bis 10.000 €	15	17,9	126	2,4	15	120	0	+6
über 10.000 € bis 25.000 €	13	15,5	249	4,8	33	602	-20	-353
über 25.000 € bis 50.000 €	16	19,0	613	11,8	17	625	-1	-12
über 50.000 € bis 100.000 €	17	20,2	1.341	25,8	13	913	+4	+428
über 100.000 €	15	17,9	2.846	54,8	4	667	+11	+2.179
Alle	84	100,0	5.198	100,0	94	2.959	-10	+2.239

Vermögensanlage

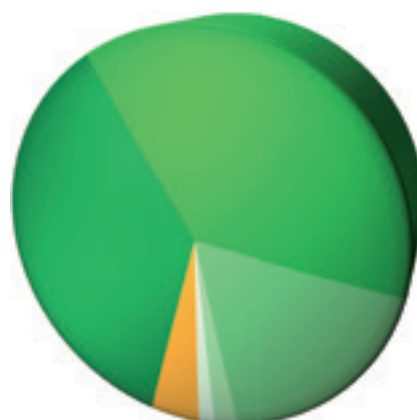
Unsere Vermögensanlage wird zunächst einmal von den gleichen Kriterien bestimmt wie die jeden anderen Anlegers auch: Sicherheit, Rendite und Liquidität. Unser Geld soll erstens sicher angelegt sein, zweitens wollen wir möglichst hohe Zinsen erwirtschaften, und drittens soll uns unser Geld immer dann zur Verfügung stehen, wenn wir es brauchen. Wir haben es immer verstanden, diese Kriterien in ein für uns akzeptables Verhältnis zueinander zu bringen. Zusätzlich wollen wir aber auch mit den konkreten Zwecken, für die das von uns angelegte Geld verwendet wird, unsere Stiftungszwecke unterstüt-

zen. Dieses Kriterium verlangt eine Geldanlage, die auch ökologische und soziale Ziele beachtet. Zum Jahreswechsel 2013 auf 2014 waren wir in einer Phase der Umschichtung unserer Vermögensanlage. Nach längeren Recherchen und vielen Gesprächen haben wir Geschäftsbeziehungen zur Bank für Kirche und Diakonie in Dortmund aufgenommen und legen nunmehr einen wachsenden Teil unseres Vermögens nach den Nachhaltigkeitskriterien dieser Bank an.



Neu begonnene Projekte nach Anzahl 2013

30,1 %	Umweltprojekte
30,1 %	Fachübergreifende Projekte
25,8 %	Entwicklungsprojekte
4,3 %	Organisationsentwicklung
1,1 %	Interkultur
8,6 %	Eigenprojekte



Neu begonnene Projekte nach Fördervolumina 2013

37,0 %	Umweltprojekte
36,5 %	Fachübergreifende Projekte
18,8 %	Entwicklungsprojekte
2,0 %	Organisationsentwicklung
1,4 %	Interkultur
4,2 %	Eigenprojekte

Neu begonnene Projekte nach Förderbereichen

Tätigkeitsbereich	2013				2012		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
Förderprojekte	85	91,4	5.277	96	94	2.958	-9	+2.319
davon:								
Umwelt	28	30,1	2.036	37,0	31	1.136	-3	+900
Fachübergreifend	28	30,1	2.013	36,5	22	596	+6	+1.417
Entwicklung	24	25,8	1.038	18,8	41	1.226	-17	-188
Organisationsentwicklung	4	4,3	112	2,0	0	0	+4	+112
Interkultur	1	1,1	78	1,4	0	0	+1	+78
Eigenprojekte	8	8,6	232	4,2	8	370	0	-138
Alle	93	100,0	5.509	100,0	102	3.328	-9	+2.181

Fazit

Die Stiftung praktiziert grundsätzlich einen konservativen Umgang mit ihren Finanzen. Sie hat hinreichende Reserven aufgebaut, um alle bestehenden Förderverpflichtungen und alle sonstigen Verpflichtungen in jedem Falle erfüllen zu können. Im Jahr 2013 hat die Stiftung ihre Fördertätigkeit noch einmal ausgeweitet und dazu ihre freien Vermögensreserven abgeschmolzen. Es zeichnet sich aber ab, dass in naher Zukunft der materielle Umfang unserer Arbeit wieder auf die Grenzen zurückgeführt werden muss, die uns die Mittelzuflüsse setzen.

Die Stiftung

Stiftungsrat

Vorsitzende
Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender
Johannes Remmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Weitere Mitglieder

Bärbel Beuermann	Josef Hovenjürgen MdL
DIE LINKE. NRW	CDU-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen
Klaus Breyer	Elke Hülsmann (seit 30.4.2014)
Evgl. Kirche von Westfalen	DGB-Bildungswerk NRW e. V.
Dr. Klaus Brülls (bis 31.12.2013)	Tina Jerman
DGB-Bildungswerk NRW e. V.	Exile Kulturkoordination e. V.
Marie Luise Fasse MdL	Ulrich Jost-Blome
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	Bischöfliches Generalvikariat, Referat Weltkirche
Dr. Sabine Graf	Thomas Kubendorff
DGB Bezirk NRW	Landrat, Kreis Steinfurt
Dr. Christopher Grünewald	Dr. Martin Michalzik
Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG	Landtagsverwaltung Nordrhein-Westfalen
Renate Hendricks MdL	Klaus Müller
SPD-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen	Verbraucherzentrale NRW
Andreas Hennig	Norwich Rüße MdL
Engagement Global gGmbH	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW
Außenstelle Nordrhein-Westfalen	Dr. Imme Scholz
Willy Hesse	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
Willy Hesse Dachverarbeitung GmbH	Dr. Anke Valentin
Mark vom Hofe	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband NRW
Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW	Benno Wagner
Henning Höne MdL	Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
FDP-Landtagsfraktion NRW	

Stiftungsvorstand

Vorsitzender
Dr. h.c. Alfred Buß
Altpräsident der Evangelischen Kirche von Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender
Viktor Haase
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Herbert Jakoby (bis 18.10.2013)
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende
Dorothee Zwißelhoff (seit 18.10.2013)
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender
Udo Schlüter
Eine Welt Netz NRW
Stellvertretender Vorsitzender
Paul Kröfges
BUND NRW

Team

Geschäftsführer
Eberhard Neugebohrn
Assistentin des Geschäftsführers
Iris Gause
Sekretariat und Buchhaltung (seit 1.12.2013)
Marion Ostermann
Projektbetreuung und Finanzen (bis 31.12.2013)
Barbara Krebs
Projektreferent (seit 1.1.2014)
Wilson Budde-Iser
Projektreferent
Gerald Knauf
Projektreferent
Dr. Till Winkelmann
PR- und Projektreferentin
Christel Schwiederski



Materialien

Alle Materialien (außer das Goldberg-Buch) kann man unter www.sue-nrw.de/service kostenlos herunterladen oder per E-Mail bestellen bei: info@sue-nrw.de.

- Der Rundbrief der Stiftung, „Resultate“, erscheint vierteljährlich und informiert über aktuelle Projekte und Neuigkeiten zu unserer Fördertätigkeit.
- Die Jahresberichte 2008 bis 2013 enthalten Informationen zu allen im jeweiligen Jahr geförderten Projekten sowie zu Finanzen und Gremien der Stiftung.
- Den Selbstdarstellungsflyer mit den wichtigsten Informationen zur Arbeit unserer Stiftung gibt es in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Niederländisch und Türkisch.
- Nur als Download verfügbar ist die Studie „Förderung von Freiwilligenengagement in Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in NRW“.
- Festschrift zum 80. Geburtstag von Denis Goldberg, dem südafrikanischen Freiheitskämpfer, Humanisten und Mitkämpfer von Nelson Mandela. Herausgegeben von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen
Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist
240 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-7795-0472-6
€ 19,90, Peter Hammer Verlag Wuppertal
- Die Broschüre „Engagement, Spaß und Selbstverwirklichung“ bietet Hintergrundinformationen und Empfehlungen für die erfolgreiche Freiwilligenarbeit in Umwelt- und Entwicklungsorganisationen.

Projekte

Beginn zwischen 1.1.2013 und 31.12.2013

Africa Positive e. V. Dortmund
Fachtagung „Africa 3.0“ Seite 53
Fördersumme 19.100 € E-4843

Aktion Weißes Friedensband e. V. Düsseldorf
Organisationsentwicklung Seite 58
Fördersumme 9.977 € O-2317

Aktions- und Spielpädagogik Dortmund e. V. Dortmund
NIJAMBO – Energie für die Zukunft Seite 23
Fördersumme 87.000 € Z-5189

Aktionsgemeinschaft Humane Welt e. V. Rheine
Fairer Kreis Steinfurt Seite 36
Fördersumme 40.300 € E-4825

ART at WORK e. V. Bielefeld
Ernährung mal ganz anders Seite 30
Fördersumme 85.160 € Z-5204

Asienstiftung Köln
Neugestaltung des Webauftritts Seite 56
Fördersumme 8.350 € E-4830

Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e. V. Bochum
WortWelten – Autoren aus den südlichen Kontinenten Seite 52
Fördersumme 6.310 € E-4845

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Essen
Globales Lernen und Inklusion Seite 23
Fördersumme 19.000 € Z-5241

Biologische Station im Kreis Euskirchen e. V. Nettersheim
Qualifizierung Umweltpädagogik/Streuobstwiesen Seite 11
Fördersumme 84.900 € U-3535

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf
Bildungsoffensive BUND Seite 59
Fördersumme 277.060 € U-3488

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf
Kompetenznetzwerk „Schule als Garten“ Seite 12
Fördersumme 43.100 € U-3505

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf
Köln kartiert Seite 11
Fördersumme 35.900 € U-3513

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf
Essen ändert alles Seite 30
Fördersumme 179.500 € U-3519

Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof e. V. Darmstadt
Bundestagung Lernort Bauernhof 2014 Jahresbericht 2014
Fördersumme 7.800 € U-3548

Bundesverband der Regionalbewegung e. V. Borgentreich
Regional mit Qualität Seite 31
Fördersumme 75.792 € U-3504

Bündnis Entwicklung Hilft Berlin
Medizinische Versorgung/Gesundheit und Katastrophen Seite 47
Fördersumme 31.000 € E-4835

CARE Deutschland-Luxemburg e. V. Bonn
Perspektive CARE 2015 Seite 58
Fördersumme 9.751 € O-2314

Deutsch-Afrikanisches Zentrum e. V. Bonn
Afrikatag bei „Bonner Buchmesse Migration“ Seite 52
Fördersumme 7.610 € E-4856

Deutsch-Äthiopischer Studenten- und Akademikerverein e. V. Köln
Organisationsentwicklung Seite 58
Fördersumme 10.000 € O-2316

Die Multivision – Verein für Jugend- und Erwachsenenbildung e. V. Hamburg
Schulprojekt „Fair Future II“ Seite 31
Fördersumme 270.000 € Z-5248

Eine Welt Forum Düsseldorf e. V. Düsseldorf
Öffentlichkeitsarbeit zu Eine-Welt-Tagen Seite 56
Fördersumme 9.671 € E-4841

Eine Welt Forum Essen e. V. Essen
Politischer Salon Essen Seite 48
Fördersumme 14.500 € Z-5247

Eine Welt Netz NRW e. V. Münster
Sozial gerechte Vergabe konkret Seite 38
Fördersumme 152.477 € E-4822

Eine Welt Netz NRW e. V. Münster
Ausstellung Weltgarten 2013–2015 Seite 47
Fördersumme 111.415 € E-4833

Eine Welt Netz NRW e. V. Münster
Fachforen zur FAIR 2013 und 2014 Seite 40
Fördersumme 69.302 € Z-5230

Eine Welt Netz NRW e. V. Münster
Ganztagsschulen für mehr Nachhaltigkeit Seite 14
Fördersumme 276.940 € Z-5239

Eine Welt Netz NRW e. V. Münster
Eine-Welt-Landeskonferenz 2014 Jahresbericht 2014
Fördersumme: 46.044 € Z-5257

Emschergenossenschaft Essen
Umgestaltung Hof Emschermündung Seite 57
Fördersumme 41.900 € U-3476

Ethiopian German Forum e. V. Köln
China – der heiß ersehnte Partner Afrikas?! Seite 53
Fördersumme 8.500 € E-4827

Ethiopian German Forum e. V. Köln
Blickpunkt Afrika Seite 53
Fördersumme 25.000 € E-4847

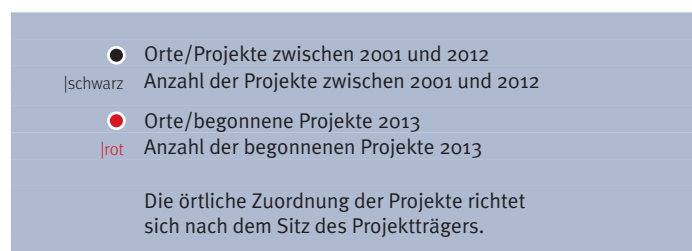
Evangelische Jugend Bielefeld Nutzung von Holzkohle aus Kokosnussschalen Fördersumme 2.599 €	Bielefeld Seite 22 Z-5243	Informationsbüro Nicaragua e. V. Entwicklungspolitisches Bildungslabor Lateinamerika Fördersumme 35.000 €	Wuppertal Seite 46 E-4834
FilmInitiativ Köln e. V. Internetseite und Datenbank Fördersumme 96.000 €	Köln Seite 56 E-4839	Informationsbüro Nicaragua e. V. Agrosprit und die Folgen für Nicaragua Fördersumme 21.400 €	Wuppertal Seite 21 Z-5234
FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk – FIAN e. V. Investitionen in Hunger? Fördersumme 58.435 €	Köln Seite 25 Z-5245	Institut Cultura21 e. V. Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit Fördersumme 9.800 €	Berlin Seite 22 U-3497
for fair education e. V. und The Global Experience e. V. Globales Lernen in Lehrerbildung und Schule Fördersumme 92.200 €	Münster Seite 53 Z-5221	Institut Cultura21 e. V. Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit Fördersumme 31.415 €	Berlin Seite 22 U-3534
Förderkreis Informationszentrum Dritte Welt e. V. Faire Kita Fördersumme 126.590 €	Dortmund Seite 39 E-4823	Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. Ressourcenausbeute und indigene Rechte Fördersumme 6.895 €	Köln Seite 37 Z-5250
Förderverein des Lenkungskeises der „Lokalen Agenda 21“ in Düren e. V. In meine Stadt ohne Auto Fördersumme 2.475 €	Düren Seite 22 U-3531	Internat. Bildungs- und Begegnungswerk Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima Fördersumme 41.546 €	Dortmund Seite 21 U-3511
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Klimaschutz Öffentlich – verankert! Fördersumme 99.130 €	Leverkusen Seite 22 U-3512	Koordinierungskreis Mosambik e. V. Schulpartnerschaftsprojekt „Bergbau – Macht – Theater“ Fördersumme 15.300 €	Bielefeld Seite 23 Z-5200
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Aktionen zur „Deutschen Aktionswoche Nachhaltigkeit“ in Leverkusen Fördersumme 2.558 €	Leverkusen Seite 14 U-3529	Kumulus e. V. BRIDGE-IT! 2013 – Schulpartnerschaftsprojekte Fördersumme 7.700 €	Berlin Seite 52 E-4836
Förderverein Naturkunde-Museum der Stadt Bielefeld e. V. Nachhaltige Nutzung geologischer Ressourcen Fördersumme 46.000 €	Bielefeld Seite 15 U-3509	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Big FIVE – Eine Wissensjagd zur Biodiversität Fördersumme 80.072 €	Dortmund Seite 11 U-3496
Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V. Naturnahes Lernen im lokalen Umfeld Fördersumme 25.000 €	Menden Seite 12 U-3502	Landesgartenschau Zülrich 2014 „Grünes Klassenzimmer“ bei Landesgartenschau Fördersumme 115.105 €	Zülrich Seite 13 U-3520
Forum Eine Welt e. V. Globales Lernen: Lernort Weltladen Fördersumme 44.900 €	Köln Seite 47 E-4838	Landesverband der Volkshochschulen NRW e. V. VHS-Initiative „Zukunft nachhaltig gestalten“ Fördersumme 159.680 €	Düsseldorf Seite 59 Z-5206
German Toilet Organization e. V. WASH-Netzwerk – Aktionsprogramm zu Qualitätssicherung & Politikdialog Fördersumme 113.291 €	Berlin Seite 47 Z-5260	multilateral academy gGmbH Wovon wir leben Fördersumme 4.100 €	Dortmund Seite 14 U-3532
Gesundheit und Dritte Welt e. V. Geschäftsverhalten von Pharmafirmen Fördersumme 40.000 €	Bielefeld Seite 37 E-4814	NABU Kreisgruppe Bonn e. V. Outdoor-Unterricht an NABU-Naturschule Fördersumme 51.600 €	Swisttal Seite 13 U-3526
Global Policy Forum Europe e. V. Zukunftsgerechtigkeit Post-2015 Fördersumme 73.325 €	Bonn Seite 48 Z-5226	NABU Kreisverband Minden-Lübbecke e. V. Umweltbildungsarbeit im Großen Torfmoor Fördersumme 103.000 €	Minden Seite 13 U-3510
Heimatverein Keppeln e. V. Förderung der Obstnutzung im Streuobst Fördersumme 2.500 €	Uedem Seite 11 U-3538	Naturschutzjugend NRW e. V. NAJU-Regionalbetreuer in NRW Fördersumme 82.200 €	Düsseldorf Seite 59 O-2315

OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Hinterm Tellerrand beginnt die Welt Fördersumme 31.308 €	Bonn Seite 14 Z-5228	Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e. V. Saatgutfestival März 2013 Fördersumme 2.400 €	Bonn Seite 29 U-3506
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Green Movie. Green Media. Fördersumme 105.388 €	Bonn Seite 12 Z-5235	Waldhaus 12 e. V. Ein Lehmbackofen für Margarethe Fördersumme 1.475 €	Mönchengladbach Seite 29 U-3536
Ost-Westlicher Diwan e. V. Auswirkungen von Uranmunition auf Gesundheit und Umwelt Fördersumme 7.450 €	Köln Seite 47 Z-5233	Welthaus Bielefeld e. V. Erkennbar einladend – Baumaßnahme Fördersumme 77.000 €	Bielefeld Seite 57 E-4831
Ravensberger LichtLandschaften e. V. Blüten-Netzwerk für den Bielefelder Norden Fördersumme 39.515 €	Bielefeld Seite 10 U-3495	Welthaus Bielefeld e. V. BildungsBags für eine andere Ernährung Fördersumme 45.900 €	Bielefeld Seite 30 Z-5225
recherche international e. V. Indien – „Die Größte Demokratie der Welt?“ Fördersumme 7.800 €	Köln Seite 48 E-4854	Weltladen Aachen e. V. Nachhaltige Entwicklung und Fairen Handel verankern Fördersumme 119.930 €	Aachen Seite 39 E-4848
Service Civil International Deutscher Zweig e. V. Alles Krise oder was? Fördersumme 30.000 €	Bonn Seite 39 Z-5240	Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V. Nachhaltige IT-Beschaffung in NRW Fördersumme 100.000 €	Berlin Seite 38 Z-5232
Sounds for Nature Foundation e. V. Green Events Europe Fördersumme 23.000 €	Bonn Seite 40 U-3527	Wissenschaftsladen Bonn e. V. Natur in Graue Zonen Fördersumme 60.000 €	Bonn Seite 11 U-3501
Stadt Land Welt e. V. react Dialoge Fördersumme 21.061 €	Köln Seite 40 Z-5244		
Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene Finanzierung der Post-MDG-Agenda Fördersumme 19.500 €	Siegburg Seite 48 E-4837		
Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene Deutsche Unternehmen und Kakaoanbau Fördersumme 17.000 €	Siegburg Seite 37 E-4840		
The Global Experience e. V. Digital Participation Summit Fördersumme 8.800 €	Münster Seite 53 E-4846		
Trägerverein des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen e. V. umWelpreis 2014 Fördersumme 5.000 €	Aachen Jahresbericht 2014 Z-5263		
urgewald e. V. Bitter Coal und die kommunale Verantwortung Fördersumme 68.583 €	Sassenberg Seite 37 Z-5251		
Vamos e. V. KonsumWandel Fördersumme 175.841 €	Münster Seite 41 Z-5237		
Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e. V. Den Mutigen eine Stimme geben Fördersumme 17.940 €	Köln Seite 46 E-4829		
		Ausstellung „Klima-Wandelt“	Seite 20 S-9187
		6. Deutscher Nachhaltigkeitstag	Seite 15 S-9183
		Büro für nachhaltige Beschaffung – newtrade nrw	Seite 36 S-9178
		Fundraising-Tagung 2013	Seite 55 S-9176
		Global Media Forum	Seite 49 S-9173
		Goldberg-Festschrift	Seite 43 S-9175

Stiftungsprojekte



Im Jahr 2013 wurden 84 neue Projekte gefördert.
Seit ihrer Gründung 2001 hat die Stiftung etwa 940 Projekte
mit insgesamt rund 46 Millionen Euro unterstützt.





**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**